

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Fragen und Antworten
zur Restabwicklung
Mittel- und Westdeutschlands
von 1990 bis 2022, Teil 4**

Sonderheft Nr. 49



**Fragen und Antworten
zur Restabwicklung
Mittel- und Westdeutschlands
von 1990 bis 2022, Teil 4**

Sonderheft Nr. 49

Fragen und Antworten ... 1990-2022, Teil 4

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Wer plante und realisierte die politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung des deutschen Volkes von 1914-1919	2-8
2. Wie führte das NS-Regime von 1933-1945 die Vernichtung Deutschlands durch?	8-26
3. Was unternahmen die Siegermächte, um die politische Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung und systematische Umerziehung der Deutschen von 1945-1948 zu gewährleisten?	26-34
4. Wieso wurde die politische Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung und systematische Umerziehung der Mittel- und Westdeutschend von 1949-1989 von den Siegermächten konsequent fortgesetzt?	34-40
5. Weshalb bezeichnet man die Bundesrepublik Deutschland auch als Kolonie der USA?	41-87
6. Warum besitzt die deutsche Bundesregierung kein Mitspracherecht bei der Stationierung von US-Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland?	87-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-99

Fragen und Antworten zur Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 1990 bis 2022, Teil 4

1. Wer plante und realisierte die politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung des deutschen Volkes von 1918-1933

Wenn man hinter die Kulissen der geschickt inszenierten "Neuen Weltordnung" blickt, erkennt man z.B. folgende Tatsachen:

- Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) kein ernstzunehmender Gegner der europäischen Großmächte, entwickelte sich nach der Reichsgründung im Jahre 1871 zu schnell zu einem wirtschaftlich und politisch bedeutenden europäischen Staat. Die damaligen Großmächte waren in jener Zeit nicht bereit, das Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.

- Im Gegensatz zu den späteren Siegermächten war der deutsche Michel nie ein aggressiver Welteroberer, kolonialer Sklavenhalter und rücksichtsloser Ausbeuter, sondern die Deutschen arbeiteten selbst in ihrem Land oder handelten mit anderen Ländern. Der deutsche Michel zeichnete sich jeher durch Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Gutmütigkeit, Pünktlichkeit, Toleranz, Treue und Zuverlässigkeit, aber auch durch politische Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit und Langsamkeit aus.

- Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen, denn die damaligen Großmächte dulde-

ten keinen weiteren Konkurrenten.

- Der Erste und der Zweite Weltkrieg waren nicht die Folge unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle. Diese Kriege entstanden nicht unbeabsichtigt, sondern sie wurden von den späteren Siegermächten bewußt im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert, um das Deutsche Reich zu beseitigen. Nur weil die damaligen Großmächte Ende des 19. Jahrhunderts nicht bereit waren, das 1871 neugegründete Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren, inszenierten die Befürworter der "Neuen Weltordnung" (NWO) planmäßig den 2. Dreißigjährigen Krieg, um Deutschland zu vernichten.

Inszenierung des Ersten Weltkrieges: Bis zum heutigen Tag behauptet das Meinungskartell der Mainstream-Historiker, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten großen Weltkrieges würde. Wer die wesentlichen historischen Fakten kennt, die zum Ersten und später zum Zweiten Weltkrieg führten, stößt jedoch schon bald auf die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund. Nicht Zufälle, sondern langfristige Planungen der maßgeblichen NWO-Strategen führten zur Zerschlagung der mächtigen europäischen Kaiserreiche Rußland, Deutsches Reich und Österreich-Ungarn sowie des Osmanischen Reiches und zur Entstehung beider Weltkriege.

Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen, denn die damaligen Großmächte Großbritannien, Frankreich und USA duldeten keinen weiteren Konkurrenten. Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während des Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918: Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten.

Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt. Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Deutschland zählte danach zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden bzw. zu den Staaten ohne Selbstbestimmung. Fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages wurden jedoch später von den Alliierten mißachtet.

General J. F. Fuller schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515):
>>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

Verluste des Ersten Weltkrieges: Nur weil die damaligen Großmächte damals nicht bereit waren, das neugegründete Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren, mußten infolge des Ersten Weltkrieges mindestens 18 Millionen Menschen sterben, darunter waren etwa 1,8 Millionen deutsche Soldaten und 1,1 Millionen deutsche Zivilisten.

Versailler Friedensvertrag: Aufgrund der ultimativen Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag".

Infolge der gnadenlosen Methoden der Siegermächte mußte sich die deutsche Regierung - wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648 - der menschenverachtenden Gewalt beugen. Der gewaltsam erpreßte Versailler Friedensvertrag war zweifelsfrei ein hinterhältiger Gewaltakt der Siegermächte Frankreich, Großbritannien und USA (Ziele: Ausschaltung der "aufmüpfigen" deutschen Industrie- und Wirtschaftsmacht, Durchsetzung von gewaltsam erpreßten, ungerechten "Friedensbedingungen", wie z.B. Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc., die zwangsläufig zu einem erneuten Krieg führen mußten). Ohne die heimtückischen Maßnahmen und katastrophalen Folgen dieses vermeintlichen "Friedensvertrages" hätte es sicherlich keinen Zweiten Weltkrieg gegeben.

Der Versailler Vertrag war ein völkerrechtswidriges Diktat gegen das Deutsche Reich und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Das Deutsche Reich wurde nach der Ablehnung des Versailler Vertrages nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 und Gewaltandrohung: sofortige Besetzung des gesamten Deutschen Reiches) unter Druck gesetzt.

Aufgrund der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen", wie z.B. Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc. unwirksam, so daß die Grenzen des Deutschen Reiches völkerrechtlich unverändert blieben.

Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. ...<<

Sieger und Verlierer des Ersten Weltkrieges: Die Vereinigten Staaten von Amerika, die vor dem Ersten Weltkrieg noch Schuldner der traditionellen europäischen Kapitalexporthändler Deutsches Reich, Frankreich und England waren, entwickelten sich nach 1919 zum größten Kreditgeber bzw. "Weltgläubiger."

Nach den "Friedensverträgen" trieb Nordamerika die britischen und französischen Kriegsschulden rücksichtslos ein, die letzten Endes das Deutsche Reich zahlen mußte. Das finanzielle Zentrum der Welt verlagerte sich von London nach New York. Europa verlor danach seine bisherige Vormachtstellung, während sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Superweltmacht entwickelten und bis 1937 strikt an der US-Isolationspolitik festhielten. Von 1919-39 steigerte Nordamerika seinen Export um 150 % (Europa: nur um 40 %).

England und Frankreich kämpften vergeblich gegen die nordamerikanische Vormachtstellung, obwohl Frankreich nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches Syrien und den Libanon erhielt und England die wichtigsten Ölquellen im Nahen Osten ausbeuten durfte - außer Saudi-Arabien - dort gingen die Nordamerikaner auf Ölsuche.

Nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg zerschlugen die NWO-Strategen die einst mächtigen europäischen Kaiserreiche Deutsches Reich, Rußland und Österreich-Ungarn sowie das Osmanische Reich. Die "Friedensverträge" mit dem Deutschen Reich, Österreich, Bulgarien, Ungarn und mit dem Osmanischen Reich veränderten das politische System Ost-Mitteleuropas entscheidend, denn sie zertrümmerten z.T. jahrhundertealte Strukturen. Nach diesen "Friedensverhandlungen", die ohne die Besiegten abgewickelt wurden, entstanden insgesamt 9 neue europäische Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen, Tschechoslowakei,

Ungarn, das Königreich Jugoslawien sowie Armenien.

Nach dem Ersten Weltkrieg folgte sehr schnell ein regelrechter Siegeszug der Diktaturen. In fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern, die während des Ersten Weltkrieges ruiniert wurden, setzten sich schon bald radikale Nationalisten durch. Die "Pariser Vorortfriedensverträge" schwächten zusätzlich die politischen und wirtschaftlichen Kräfte Europas und bereiteten nachweislich auch den Untergang der demokratischen Weimarer Republik vor.

Gründung der "Weimarer Republik": Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).

Am 10. November 1918 floh Kaiser Wilhelm II. nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten traten anschließend widerstandslos zurück.

Am 11. Februar 1919 wählten die republikanischen Parteien - Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei - Friedrich Ebert in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagte damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschten.

Am 31. Juli 1919 beschloß die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumspartei nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).

Die Nationalversammlung verkündete nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.

Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert. Der Reichspräsident, der für 7 Jahre vom Volk gewählt wurde, hatte den Oberbefehl über die Armee und besaß gemäß Artikel 48 herausragende Rechte. Falls es die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderte, konnte der Reichspräsident z.B. gemäß Verfassung des Deutschen Reiches eigenmächtig den Reichskanzler abberufen bzw. ernennen, die Reichswehr einsetzen und vorübergehend sogar einen Teil der Grundrechte außer Kraft setzen (sogenannte "Notverordnungen").

Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat, denn die Siegermächte hatten Deutschland militärisch, wirtschaftlich und politisch ausgeschaltet. Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassische Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Die "Goldenen Zwanziger Jahre": Die deutsche Wirtschaft erholte sich im Jahre 1925 zwar überraschend schnell, aber der Wiederaufbau wurde fast ausschließlich mit Fremdkapital des Auslands - überwiegend durch US-Anleihen - finanziert.

Die sogenannten "Goldenen Zwanziger Jahre" waren nur kurze, "oberflächliche Träume" und spielten sich nur in einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht ab. Es war eine Zeit, die besonders durch merkwürdige Übererregtheit, überschwengliche Lebensfreude, dramatisches, hektisches und lautstarkes Leben sowie dümmliche Selbsttäuschung geprägt wurde. Während sich

die Schickleria der großen "Welle der Begierde" und "dem Tanz auf dem Vulkan" hingab, erhöhte man für den Arbeitnehmer die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden. Die damalige Zeit der "Goldenen Zwanziger" war hauptsächlich eine Epoche der großen Bonzen, Schieber und Spekulanten sowie die große Zeit der ausschweifenden, oberflächlichen Vergnügungsindustrie.

In den Jahren 1925-29 gehörten Bestechungen, Korruptionsfälle, Skandale und Schiebung von sagenhaften Ausmaßen zur allgemeinen Tagesordnung. Während skrupellose Betrüger, rücksichtslose Wucherer und andere Ganoven riesige Gewinne erzielten, kämpfte die große Mehrheit der verarmten deutschen Bevölkerung täglich um ihre Existenz. In jener Zeit lebten ungezählte hungernde Menschen in bitterer Not, am Rand des Existenzminimums, und hofften auf den Anfang eines besseren Zeitalters.

Die NSDAP wurde im Jahre 1925 in den meisten deutschen Ländern wieder zugelassen und konsequent nach dem "Führerprinzip" ausgerichtet, aber der wirtschaftliche Aufschwung stoppte den Aufstieg der rechtsradikalen Partei zunächst nachhaltig.

Reparationszahlungen: Während der Konferenz von Paris im Januar 1921 forderten die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten. Ferner verlangte man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85). Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagierte das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.

Damit man die jährlichen Reparationen zahlen konnte, mußte das Deutsche Reich notgedrungen ständig mehr ausländisches Fremdkapital aufnehmen. Diese völlig unrealistischen Reparationszahlungen wirkten sich langfristig katastrophal aus, denn sie blockierten zwangsläufig den Wiederaufbau eines gefestigten Staates und verhinderten die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich später während der Weltwirtschaftskrise besonders verhängnisvoll aus.

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später über das Vorgehen der Wall Street bei der Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg (x321/81): >>... Der Unterschied zwischen der Politik der französischen Regierung und dem Vorgehen der Wall Street in der Reparationsfrage war der zwischen mittelalterlicher Brutalität und neuzeitlicher Raffinesse. Die Franzosen verhielten sich wie Raubritter, sie wollten ihr Territorium bis zum Rhein erweitern und alles konfiszieren, was nicht niet- und nagelfest war. ...

Diese Strategie führte in das Chaos des Jahres 1923: Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erreichte Paris keine erhöhten Kohle- und Stahlablieferungen - aber hätte beinahe die Machtergreifung von extrem links (in Mitteldeutschland) oder von extrem rechts (in Bayern) ermöglicht.

Die Wall Street setzte nach diesem Fiasko eine clevere Wende durch: Damit man die deutsche Kuh bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag melken konnte, mußte man sie durch kontrollierte Fütterung am Leben halten, wenn auch nur knapp über dem Existenzminimum und unter scharfer Bewachung. Der Dawes-Plan 1924 und der Young-Plan von 1929 waren die operative Umsetzung des neuen Kurses: Deutschland erhielt amerikanische Kredite, mit denen es seine Schuldzinsen an Frankreich und Großbritannien bezahlen konnte, die damit wiederum ihre kriegsbedingten Außenstände an die Wall-Street-Banken abtrugen. Das ganze war ein perfekter Ringtausch, im Zuge dessen J. P. Morgan & Co. ihre Darlehenssummen umgehend zurückerbekamen, ohne daß sich die deutsche Schuld verringerte - dafür sorgte das Zinseszins-System. ...<<

Weltwirtschaftskrise: Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein.

Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte

sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).

Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus.

Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

Förderung Adolf Hitlers durch die Wall Street: Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle finanziert wurden.

Obwohl Hitlers Kriegspläne bereits seit der Veröffentlichung des Buches "Mein Kampf" im Jahr 1925 bekannt waren, wurde die rechtsradikale NSDAP nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer unterstützt. Adolf Hitler wurde praktisch von der Wall Street gekauft, um als gehorsamer Erfüllungsgehilfe und Handlanger den Zweiten Weltkrieg zu beginnen und die totale Vernichtung des Deutschen Reiches einzuleiten.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219): >> Die Wallstreet kauft Hitler

Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. ...<<

Ende der Weimarer Republik: Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete Hindenburg gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Nach ungemein schweren Jahren, in denen von 1919-33 insgesamt 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627).

Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man endlich die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

Der Untergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Erich Ludendorff, ein berühmter deutscher General des Ersten Weltkrieges und aktiver "Hitlerputsch-Teilnehmer, schrieb am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

2. Wie führte das NS-Regime von 1933-1945 die Vernichtung Deutschlands durch?

NS-Staatsstreich: Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit - fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter - "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" - DNVP = 8,0 % - die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA-Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Joseph Goebbels berichtete am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<

Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" - sogenanntes "Ermächtigungsgesetz" - zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte, ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Grundgesetzänderung zu erhalten.

Am 23. März 1933 stimmten die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt war und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchterte und massiv bedrohte.

Vor dem Berliner Reichstag drohten am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76): >>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<

Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnten, stimmten die 73 Abgeordneten des Zentrums wegen Hitlers mündlicher Zusagen, die er später jedoch nie einlöste, zu. Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit von 444:94 beschlossen.

Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch von März 1933 bis Mai 1945 besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

NS-Gleichschaltung: Am 7. April 1933 begannen großangelegte "NS-Gleichschaltungswellen", die mit Massenentlassungen aller mißliebigen Beamten endeten - gleichzeitige Einführung des NS-Berufsbeamtentums. In allen Ländern waren danach NS-Reichsstatthalter für die Durchführung der NS-Richtlinien verantwortlich. Beamte, die nichtarischer Abstammung oder politisch unzuverlässig waren, konnten sofort entlassen werden.

Am 2. Mai 1933 ließ Hitler alle Führer der 36 Arbeitergewerkschaften und der 6 Angestelltenverbände in "Schutzhaft" nehmen. Die Gewerkschaftshäuser wurden durch SA-Verbände besetzt und sämtliche Gewerkschaften zerschlagen. Die Gewerkschaften wurden später in der NS-Zwangorganisation "Deutsche Arbeitsfront" (1934) zusammengefaßt. Danach übernahm die NSDAP auch die "gleichgeschalteten" 200 Arbeitgeberverbände und 48 Handelsvereinigungen.

Am 10. Mai 1933 ließ Göring alle SPD-Niederlassungen, Druckereien und Zeitungen sowie das gesamte Parteivermögen der SPD beschlagnahmen. Die Polizei- und SA-Einheiten umstellten damals vielerorts komplette Gebäudekomplexe und durchsuchten alle Räume nach Waffen und "staatsfeindlichen Schriften".

Bis Ende Juni 1933 ließ Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen, wie z.B. die SPD am 22.06.1933.

Alle wichtigen Verwaltungsposten wurden unverzüglich von "zuverlässigen" NSDAP-Leuten besetzt. Bürgermeister, die keine NS-Mitglieder werden wollten, mußten zurücktreten. Hitlers NS-Diktatur wurde später von 43 Gauleitern, 890 Kreisleitern, 30.801 Ortsgruppenleitern, 121.406 Zellenleitern und 539.445 Blockwarten organisiert und durchgesetzt (x090/275).

Der NS-Pöbel regierte im Namen des "Einheitsstaates". Amtsanmaßung, Korruption, Rechtlosigkeit, Vetternwirtschaft und Unterschlagung waren im gleichgeschalteten NS-Staat an der Tagesordnung. Unfähige Schreihälse und Mitläufer nutzten damals die einmalige Gelegenheit und erhielten verantwortungsvolle Machtpositionen. Zahlreiche Anführer der "SA-Knüppelgarde", die man während der Weimarer Republik mehrheitlich wegen Faulheit oder Dummheit zuerst entlassen hatte, besetzten jetzt vielerorts leitende Posten.

Ein NS-Flüsterwitz zum Thema "Gleichschaltung" lautete damals wie folgt:

>>Wie konjugiert man "gleichschalten"?

Ich schalte gleich,

du fliegst raus.

Er setzt sich rein!<<

Ab 1934 bestimmten und kontrollierten die NS-Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Blockleiter sowie NS-Blockwarte - ca. 15-20 Personen bildeten jeweils einen Block - das gesamte Leben der deutschen Volksgenossen. Der Blockleiter - "Hoheitsgebiet" ca. 160-240 Personen - führte z.B. Karteien über alle Bewohner, kassierte Parteimitgliedsbeiträge und war verpflichtet, alle "schädigenden Gerüchte" zu melden.

Mit Hilfe der politischen "NS-Hoheitsträger", die ihre Machtpositionen häufig schamlos aus-

nutzten, reichte der Einfluß des NS-Regimes bis in jede Familie. Das kirchliche Leben wurde zwar erheblich eingeengt, aber Gottesdienste und die meisten Seelsorger blieben zunächst noch unbehelligt.

Ab 1934 wurden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder waren. Es gab für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Alle Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenvereine, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstigen Gemeinschaften wurden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".

Wer im NS-Staat berufliche oder wirtschaftliche Erfolge erreichen wollte, wie z.B. Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes oder Handwerker und Unternehmer, die Staatsaufträge benötigten, mußte zwangsläufig NSDAP-Mitglied werden.

Viele Deutsche, die sich weigerten, in eine der vielen NS-Organisationen einzutreten, mußten wenigstens als gutwillige Mitglieder der "Volksgemeinschaft" persönlich Spenden sammeln oder großzügige Spenden leisten.

Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime jedoch aktiv widersetzte, wurde sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landete unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hatte gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.

Ernst Niekisch (1889-1967, SPD-Politiker, 1939 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt, danach SED-Politiker) schrieb 1935/36 z.B. über die NS-Gleichschaltung (x129/34-35): >>Ein Taumel der Gleichschaltung erfaßte das ganze Volk. Alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, Organisationen und Korporationen, alle wirtschaftlichen Betriebe und kulturellen Gesellschaften, alle Verbände und Vereine "schalteten sich gleich".

Zweck der Gleichschaltung war die Herstellung der "Volksgemeinschaft". Die "Volksgemeinschaft" ist kein gesellschaftlicher Ordnungszustand höherer Art. Nirgends trägt der Schein mehr, als er hier es tut. ...

In der "Volksgemeinschaft" soll das ganze Volk auf die formlos chaotische Existenzweise menschlichen Abschaums heruntergebracht werden. Sinn und Inhalt der Volksgemeinschaft ist lediglich die Solidarität des lumpenproletarischen Gesindels.

Irgendwelche untergeordnete Organe oder Angestellte zogen plötzlich ihr nationalsozialistisches Mitgliedsbuch, daß sie bisher sorgfältig verborgen hatten, aus der Tasche und trumpften damit auf; zuweilen war es der Portier, der sich überraschend als Vertrauensmann der nationalen Revolution entpuppte und sich über Nacht zum wichtigsten und ersten Mann empor-schwang. Das Mitgliedsbuch und das braune Hemd waren Ausweise, durch welche sich die Inhaber befugt hielten, nach den Zügeln zu greifen und die Leitung zu übernehmen.

Der Wille der Wähler, der bisher in der Zusammensetzung des Parlaments seinen Ausdruck gefunden hatte, galt nichts mehr; die Persönlichkeiten ihres Vertrauens räumten das Feld. Das Sprachrohr des Volkswillens war nur noch der Mann mit dem Mitgliedsbuch oder mit dem Braunhemd. ...

Die Gleichschaltung der nationalsozialistischen "Revolution" war die deutsche Spielart jener Gleichheit, welche durch die Französische Revolution 1789 verkündet worden war. Die Gleichheit war Gleichheit des Rechts; so blieb kein Platz mehr für feudale Vorrechte. Die Gleichschaltung ist Vereinheitlichung der Gesichtspunkte, Uniformierung der Gesinnung.

Sie ist wie ein technischer Prozeß: man drückt auf einen Hebel, und der ganze menschliche Bestand ist auf ein Einheitsmodell vereinfacht; niemand weicht vom Nächsten ab. Der Mensch verhält sich wie ein mechanisches Element, das von außen her ausgerichtet und in Form gebracht wird. Bis zum täglichen Gruß hin reagiert er nach obrigkeitlich verordnetem Schema: wer immer zur Tag- und Nachtzeit seinen Nächsten sieht, streckt den Arm in die Luft und schreit "Heil Hitler".

Der Punkt, an dem der Hebel ansetzt, welcher den Menschen gleichschaltet, ist die Existenzfrage. Wenn der Mann nicht richtig liegt, bekommt er kein Futter mehr. Unverhüllt wurde noch niemals auf den Magen gedrückt, um die richtige Gesinnung herauszupressen. Der Beamte zitterte um Gehalt und Versorgung: das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" brachte den festen Turm seiner "wohlerworbenen Rechte" zum Einsturz. ...

Die nationalsozialistische Empörung über marxistische "Parteibuchbeamte" entlarvte sich als purer Brotneid; die "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" bestand darin, alle Ämter mit nationalsozialistischen Parteibuchbeamten zu überschwemmen. Die bürokratische Gleichschaltung war eine großangelegte Veranstaltung allgemeiner "Umbonzung".

Angestellten und Arbeitern erging es nicht besser; sie verloren die Arbeitsplätze, wenn ihr Eifer der Gleichschaltung enttäuschte. Entzog sich ein Arbeiter dem anbefohlenen Aufmarsch, wurde er fristlos entlassen: er war als "Staatsfeind" nicht würdig, wirtschaftlich geborgen zu sein. Der Organisationszwang, dem die Angehörigen der freien Berufe, Gewerbetreibende, Handwerker, Kaufleute, Unternehmer unterlagen, bot Handhaben, sie zu maßregeln; wurden sie aus ihrer "Berufskammer" entfernt, war ihnen das Recht auf Berufsausübung genommen; sie waren brotlos und ins wirtschaftliche Nichts verstoßen.

Die nationalsozialistische Weltanschauung zog ihre überzeugende Kraft aus der Sorge um den Futterplatz; weil der nationalsozialistische Herr den Brotkorb monopolisiert hatte, sang jedermann sein Lied. ...<<

NS-Polizei- und Terrorstaat: Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring, der eigentliche Gründer der geheimen Staatspolizei, und Heinrich Himmler nach Hitlers Machtübernahme alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei. Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf und errichtete im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden - außer UdSSR - in den Schatten stellte.

Seit April 1933 führte der SS-Staat in "Nacht- und Nebelaktionen" unentwegt systematische Verfolgungen durch, die oft verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahmen die SS- und SD-Einheiten ungezählte "Staatsfeinde" - Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere Regimegegner - fest. Tausende wurden in den "wilden Schutzhaftlagern" inhaftiert.

Goebbels schrieb am 18. Mai 1934 in der NS-Zeitschrift "Der Angriff" (x025/145): >>Kritik ist nur denen erlaubt, die sich nicht fürchten, ins Konzentrationslager zu kommen. ...<<

Am 17. Juni 1936 ließ Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an den Reichsführer SS Heinrich Himmler übertragen. Himmlers Stellvertreter wurde SS-Obergruppenführer Kurt Dalwege, der Leiter der Ordnungspolizei. Himmler, den seine Anhänger "König Heinrich" nannten, entwickelte in den folgenden Jahren einen "perfekten" Kontroll- und Überwachungsapparat. Himmlers SS-Imperium umfaßte auch sämtliche SS-Hauptämter, die ab 1941 die sogenannte "Endlösung" durchführten.

Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden - Internierung, Folter oder Mord - wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.

Die Hauptaufgabe der Gestapo war es, politische Gegner und verdächtige Personen zu bespitzeln, zu verhaften und mit brutalsten Foltermethoden Geständnisse zu erpressen. Die Gestapo hatte gegenüber der Ordnungspolizei Weisungsrecht und wurde nicht durch Staatsanwälte der

Justiz überwacht. Die Gestapo "korrigierte" sogar oftmals zu milde Gerichtsurteile und führte eigenhändige Verurteilungen sowie Hinrichtungen ohne offizielle Gerichtsverfahren durch. Solange die Gestapo den Willen des Führers durchsetzte, war jede Handlung legal. Die SS-Geheimpolizei wurde schon bald im gesamten Deutschen Reich gefürchtet.

Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches. Die geheime Staatspolizei, der Sicherheitsdienst und die SIPO gingen mit drakonischer Härte gegen alle vermeintlichen Gegner der NS-Diktatur vor. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen.

Jeder Widerstand der deutschen Justiz, der Wissenschaft und der deutschen Intelligenz wurde mit brutalsten Mitteln gebrochen und ausgelöscht. Tausende von aufrechten Deutschen, die sich gegen die NS-Knebelung wehrten, wurden willkürlich als "Staatsfeinde" eingestuft und sofort ausgeschaltet. Sie landeten irgendwann im Konzentrationslager, falls sie nicht sofort liquidiert wurden oder rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.

Außenpolitik: Adolf Hitler (1889-1945), der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Der selbsternannte NS-Führer zählte von 1933-1945 zu den gehorsamen Erfüllungshelfern und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung. Hitlers riskanten Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten schließlich zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Hitler erteilte am 11. März 1938 den Geheimbefehl "Unternehmen Otto", militärische Vorbereitungen für den Einmarsch in Österreich zu treffen, um Österreich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen.

Der österreichische Bundeskanzler Seyß-Inquart forderte am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen. Der deutsche Einmarsch entwickelte sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschierten damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.

Hitler hielt bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung empfing Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubelten Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"

Der Anschluß Österreichs wurde am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen waren für den Anschluß und stimmten mit "Ja" (x032/438).

Eine britische Friedensmission traf am 3. August 1938 in der CSR ein.

Der britische Sonderbeauftragte Runciman schrieb später über das "sudetendeutsche Problem" (x069/172): >>... Ich bin daher der Auffassung, daß diese Grenzdistrikte (mit starker deutscher Mehrheit) sofort von der Tschechoslowakei an Deutschland abgetreten werden sollten.<<

Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reiste vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen. Hitler forderte Horthy während der Verhandlungen auf, ihn bei der Lösung des CSR-Problems zu unterstützen.

Infolge der Unruhen im Sudetenland ließ Staatspräsident Benesch am 13. September 1938 in den Grenzbezirken das Standrecht verhängen.

Der US-Botschafter in Paris, William Bullit, berichtete am 14. September 1938 über die französische Stimmung (x028/53): >>In den letzten Tagen haben die französischen Zeitungen viele Landkarten veröffentlicht, aus denen die volkszugehörige Aufteilung der Tschechoslowakei hervorgeht. ...

Die öffentliche Meinung beginnt Stellung zu beziehen: Warum sollten wir Frankreichs ganze Jugend auslöschen und den Kontinent Europa zerstören lassen, nur um die Herrschaft von 7 Millionen Tschechen über 3.200.000 Deutsche zu sichern? ...

Bei der allgemeinen Ansicht von Franzosen und Briten, daß Benesch im innersten Herzen beschlossen habe, lieber einen allgemeinen europäischen Krieg zu provozieren als eine vollständige Autonomie der unterworfenen Nationalitäten in der Tschechoslowakei hinzunehmen, wird zweifellos starker Druck auf Prag angesetzt werden.<<

Die Briten und Franzosen akzeptierten Hitlers Forderungen und vereinbarten schließlich am 29./30. September 1938 während der Konferenz in München, wegen der Sudetendeutschen keinen europäischen Krieg zu führen. Die CSR mußte die deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 10.10.1938 an das Deutsche Reich abtreten. Die Rest-CSR erhielt Sicherheitsgarantien der Großmächte.

Der Frieden war scheinbar gerettet, denn Hitler beteuerte, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen würde. In München fanden damals große Freudenkundgebungen statt. Die Briten und Franzosen bereiteten ihren Ministerpräsidenten ebenfalls begeisterte Friedensfeiern.

Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938, wie z.B. die "Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes", herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.

Der erfolgsverwöhnte Führer wurde nicht selten abgöttisch verehrt. Für viele war der selbstherrliche Hitler damals der "allmächtige Führer" bzw. eine "erlöserhafte Heilsfigur". Er besaß 1938/39 nachweislich das Vertrauen großer Bevölkerungsschichten. Millionen von begeisterten Anhängern des NS-Regimes, nicht nur die Jugend, sondern auch viele naive oder getäuschte Erwachsene, folgten diesem fanatischen Diktator mit blinder Ergebenheit bis zum bitteren Ende in das Verderben.

Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 sogar zum Mann des Jahres (x268/50).

Deutsch-polnischer Krieg: Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarteten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" im September 1938 noch nicht "kriegsbereit" waren, bereiteten sich jetzt in fieberhafter Eile auf den drohenden Krieg vor.

Der US-Diplomat William C. Bullit, bis 1941 US-Botschafter in Frankreich, erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<

Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung ihre eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzte, ordnete am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnte am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).

Der britische Ministerpräsident Neville Chamberlain gab der polnischen Regierung am 31. März 1939 die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen

sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x041/97, x069/175).

Am 6. April 1939 schloß der polnische Außenminister Beck mit der englischen Regierung einen Beistandspakt.

Der sowjetische Botschafter leitete am 17. April 1939 weitere sowjetisch-deutsche Annäherungsversuche ein.

In Moskau führte Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen über einen britisch-französisch-sowjetischen "Dreibund". Stalin stellte jedoch bewußt unannehmbare Forderungen, wie z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien, so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen wurden (x069/176). Stalin setzte das "geheime Doppelspiel" danach jedoch noch monatelang fort (x041/97).

Die Sowjetunion und das NS-Regime schlossen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag. Stalin, der spätestens seit 1937 fest mit einem Krieg gegen "Hitler-Deutschland" rechnete, hielt einen Krieg gegen das NS-Regime für unvermeidlich. Der sowjetische Diktator bereitete sich deshalb frühzeitig auf diesen Krieg gegen Hitler vor.

Stalin - "der lachende Dritte" - kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde x090/279.

Stalin wollte den unausweichlichen Kampf erst in der "günstigsten Kriegsphase" gegen ein geschwächtes NS-Regime beginnen.

Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab - "die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos".

Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.

Als sich Ribbentrop verabschiedet hatte, sagte Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion! ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (x046/27): >>... Russische Historiker erblicken heute längst auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem 23. August 1939 und dem 22. Juni 1941. Durch den Pakt mit Hitler vom 23. August 1939 hatte Stalin sein erstes Ziel erreicht, und er war, wie Marschall der Sowjetunion Schukow sich erinnert, "überzeugt, er würde aufgrund des Paktes Hitler um den kleinen Finger wickeln".

"Nun, für das erste haben wir Hitler getäuscht", so die Meinung Stalins nach Nikita Chruschtschow. Der Pakt vom 23. August 1939 hatte Hitler dazu ermutigt, Polen anzugreifen und als Folge hiervon, wie erwartet, einen europäischen Krieg entstehen lassen, an dem die Sowjetunion vom 17. September 1939 an als Aggressor teilnahm, ohne daß sie damit freilich die Kriegserklärung der Westmächte auf sich gezogen hätte.

"Ein einziger Schlag gegen Polen", so der verantwortliche Leiter der sowjetischen Politik, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow am 31. Oktober 1939 vor dem Obersten Sowjet, "erst seitens der deutschen, dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von dieser Mißgeburt des Versailler Vertrages, die ihre Existenz der Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten verdankt hatte." Auf ausdrücklichen Wunsch Stalins hin sollten nicht einmal Reste der staatlichen Existenz Polens bestehen bleiben.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele

Väter hatte") berichtete später über die US-Außenpolitik (x320/70-71): >>In Washington läßt Franklin D. Roosevelt die Polen wissentlich in eine Falle laufen. Am frühen Morgen dieses Tages (24. August 1939) verrät ein deutscher Diplomat in Moskau einem amerikanischen Kollegen den Inhalt des gerade geschlossenen Zusatzabkommens, das Osteuropa in eine russische und eine deutsche Interessensphäre teilt. Die Trennungslinie teilt auch Polen. Mittags um 12 Uhr kablet der amerikanische Botschafter aus Warschau den Inhalt des geheimen Zusatzprotokolls nach Washington Nur wenig später kennt Präsident Roosevelt die heiße Nachricht und damit auch die Gefahr, die Polen ab sofort von Rußland droht.

Roosevelt tut jedoch nichts, um Warschau, London und Paris zu warnen. Eine Warnung noch am selben Tag hätte die Polen vielleicht dazu bewegen können, Hitlers Vorschlag vom 28. April zu akzeptieren.

Dieses letzte Hitler-Angebot umfaßte einen Freihafen sowie Wirtschaftsprivilegien in Danzig, die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne seit 1918 in Posen, Westpreußen und Südost-Oberschlesien und einen Friedensvertrag für 25 Jahre im Tausch gegen exterritoriale Wege durch den Korridor und Danzig. Eine Warnung an die Briten hätte den Garantievertrag für Polen, der an diesem Tag geschlossen worden ist, vielleicht verhindert. Doch für Roosevelt ist wichtig, daß Hitler sich im Danziger Streit verfängt. ...<<

Nach dem Angriff gegen Polen vom 1.09.1939 war Stalin unentwegt bestrebt, den Selbstvernichtungskrieg der kapitalistischen Westmächte zu unterstützen, und wartete gelassen die weitere Entwicklung des Krieges und die "Selbstzerfleischung der kapitalistischen Staaten" ab. Nach dem deutschen Angriff, die deutschen Angreifer trafen auf eine kampfbereite polnische Armee, verkündete der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!

Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<

Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<

Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).

Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitler Friedensangebot am 12. Oktober 1939 ab (x040/16).

Nach dem deutsch-polnischen Krieg unterstützte Nordamerika etwa seit Oktober/November 1939 die Anti-Hitler-Koalition, obgleich US-Präsident Roosevelt eigentlich durch die nordamerikanischen Neutralitätsgesetze von 1935 daran gehindert wurde, Kriegsmaterial an kriegsführende Staaten zu liefern.

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 über Hitlers Friedensangebote vom 6. Oktober 1939 (x853/...): >>... **Friedensinitiativen im Herbst 1939**

Erinnerungen an vergessene zeitgeschichtliche Ereignisse

... Da Berlin ausgewiesenermaßen gegenüber England und Frankreich kein Kriegsziel verfolgte, schien einem Friedensschluß zwischen dem Reich und den beiden Westmächten auch kein Hindernis entgegenzustehen.

- Das sah auch Roosevelts "heimlicher Außenminister", Botschafter William C. Bullitt so, wie er in seinem "persönlichen und vertraulichen" Telegramm an den US-Staatschef vom 8. September 1939 bekannte: "Ich erwarte, daß die Deutschen ihre Zerstörung Polens bald abschließen, um dann Frankreich und England den Frieden anzubieten."

Nur redete der Roosevelt-Vertraute - ganz im Sinne seines Chefs - einem helfenden Eingreifen der USA zugunsten der beiden Westmächte entschieden das Wort. Entsprechend telegra-

phierte er dem Präsidenten: "Natürlich ist es offensichtlich, daß, falls der Neutralitätsbeschluß des amerikanischen Kongresses in seiner gegenwärtigen Form bleibt, Frankreich und England rasch besiegt werden."

Statt mit einem von Berlin initiierten Friedensschluß wollten Bullitt und Roosevelt den Krieg mit einem klaren Sieg der Alliierten beenden. Deswegen bauten sie darauf, daß Paris und London die Berliner Friedensvorschläge ablehnen und weiterkämpfen würden, wie es die Kabinette an der Seine und an der Themse dann auch taten. ...

Im Gegensatz zu Chamberlain und Daladier, welche Deutschland immerhin Bedingungen stellten, lehnte Churchill ein Friedensgespräch mit Hitler rundweg ab, obwohl er im gleichen Gespräch mit Botschafter Kennedy die militärische Lage Englands als nicht gerade rosig schilderte und die Schlagkraft der Deutschen unterstrich. Wenn er trotz der schwierigen Kriegslage für eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintrat, dann ist dies nur vor dem Hintergrund seiner heimlichen Kontakte zu Präsident Roosevelt, der ihm moralische und handfeste Unterstützung zusagte, zu verstehen. ...

Am 24. Dezember 1939 rief schließlich Papst Pius XII. zur Einstellung des Krieges auf, da er "auf moralischem, geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet besonders böse Folgen des Krieges" sehe. Die "für das Schicksal der Völker Verantwortlichen sollten es daher nicht von vornherein ablehnen zu verhandeln, wenn sich Gelegenheit dazu biete". ...

Es mußten sich also die Politiker an der Spree ebenso betroffen und angesprochen fühlen wie die Staatsführungen in London und in Paris. Hätten sie sich darüber hinaus auch zur Tat entschlossen und die päpstlichen Empfehlungen gar zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht, wäre der Menschheit der Zweite Weltkrieg erspart geblieben und hätten über 50 Millionen Menschen ihr Leben nicht verloren.<<

Kriegsvorbereitungen für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg: Stalin wurde am 1. Juli 1940 durch den britischen Botschafter Stafford Cripps aufgefordert, gegen die Deutschen in den Krieg einzutreten (x041/105). Stalin lehnte Churchills Forderungen jedoch kommentarlos ab. Für Stalin war die Kriegsteilnahme in jenen Tagen kein Thema, denn Stalin benötigte unbedingt einen deutschen Angriff gegen die Sowjetunion, um die geplante Expansion nach Westeuropa zu begründen und zu verwirklichen. Zu diesem Zeitpunkt war die Rote Armee außerdem noch nicht kriegsbereit.

Die sowjetische Expansionspolitik in Rumänien und Bulgarien verstärkten später die deutsch-sowjetischen Spannungen. Hitler geriet gegenüber der Sowjetunion allmählich in Zugzwang (x090/283).

Hitler unterzeichnete schließlich am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21 "Fall Barbarossa" (x106/79): >>... Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor der Beendigung des Krieges gegen England, Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. ...<<

Stalin informierte die Armeeführer der Roten Armee Ende Dezember 1940, daß mit einem baldigen Angriff der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu rechnen sei (x264/28).

Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über die sowjetischen Vorbereitungen und Planungen für den Krieg gegen Deutschland (x853/...): >>... Die Sowjetunion bereitete sich seit dem Herbst 1939 systematisch auf einen Krieg vor, die Rüstungsproduktion lief auf vollen Touren. Zwischen dem 1. September 1939 und dem 22. Juni 1941 wuchs die Rote Armee von 1,4 Millionen auf über 5 Millionen Mann an.

Nach der Niederlage Frankreichs legten der damalige Generalstabschef Schaposchnikow und der Volkskommissar für Verteidigung Timoschenko eine ausführliche Analyse über die möglichen militärischen Gegner der Sowjetunion sowie über die eigenen Kräfte vor. ...<<

Der deutsche Journalist und Geheimagent Richard Sorge informierte die Sowjets bereits An-

fang Mai 1941 über die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Sorge verschätzte sich bei dem voraussichtlichen deutschen Angriffstermin nur um 2 Tage (x030/327). Ab Mai 1941 verlagerte die UdSSR in den folgenden 3 Monaten etwa 1.360 Betriebe aus den kriegsbedrohten Gebieten nach Sibirien und errichtete dort nach dem deutschen Überfall vom 22.06.1941 weitere 2.250 Betriebe (x074/1.143).

Michail Kalinin, seit 1919 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, erklärte am 5. Juni 1941 vor Zuhörern der Militärpolitischen Akademie ... (x046/79): >>... Die Deutschen beabsichtigen uns anzugreifen. ... Wir warten darauf! Je eher sie das tun, desto besser, da wir ihnen dann ein für allemal den Hals umdrehen werden.<<

Generalfeldmarschall Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, warnte am 11. Juni 1941 das NS-Regime vor einem baldigen Angriff der Roten Armee.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 29. Juli 2000) über Stalins Angriffspläne (x887/...): >>Neuer Suworow belegt Stalins Angriffspläne bis ins Detail ...

Suworows Erstling "Der Eisbrecher" hat bis heute 87 Auflagen in 18 Sprachen erlebt, darunter zwei russische Auflagen mit Megazahlen. Vor kurzem erschien Suworows 350-Seiten-Werk "Stalins verhindertes Erstschlag". ...

Der Kommunismus hinterließ nicht nur ein anthropologisch falsches Menschenbild. Zu seinem Erbe zählt auch ein falsches Weltbild, in dem Stalin als der heimtückisch Überfallene glänzt. Historiker im Westen bekämpfen das Trugbild viel zu schwach und zudem mit nicht überzeugenden Argumenten. Joachim Hoffmann und Ernst Nolte hierzulande und der russische Patriot Viktor Suworow bilden rühmliche Ausnahmen. Daraus resultiert ihr Erfolg im gesamteuropäischen Historikerstreit.

Suworow ist unangreifbar, weil er sich auf Dokumente stützt. Im Zentralarchiv des Ministeriums für Verteidigung der Russischen Föderation befindet sich das weltgeschichtlich bedeutendste Dokument, belegt es doch die gegen Deutschland gerichtete strategische Kriegsvorbereitung Stalins, nur ein knappes Jahr nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes. Aus diesem Dokument geht hervor: Stalin plante den Erstschlag, keinen Verteidigungskrieg. Stalin plante den Überfall, nicht die Reaktion auf einen Überfall. Stalin plante den Vormarsch, nicht eine Defensive. ...

Heute steht eindeutig fest, daß Stalin sich auf seinen Krieg, einen Angriffskrieg, lange vor dem Entschluß Hitlers, einen Präventivschlag gegen die Rote Armee zu führen, vorbereitet hat. ...

"Stalin wußte: In keinem Land der Welt würde eine kommunistische Partei auf legalem Wege an die Macht kommen", schreibt Suworow. Er zitiert Stalin: "Die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre zeigen, daß es in Friedenszeiten unmöglich ist, in Europa eine kommunistische Bewegung zu haben, die so stark ist, daß eine bolschewistische Partei die Macht ergreifen kann. Eine Diktatur dieser Partei wird nur durch einen großen Krieg möglich."

Dies habe Stalin am 19. August 1939 in einer Rede gesagt, die bis 1994 streng geheimgehalten wurde. "Er sagte das in dem Moment, als er die Schleusen des Zweiten Weltkrieges öffnete. Stalin wußte, daß die Kommunisten nur durch einen Krieg an die Macht gelangen konnten." ...<<

Deutsch-sowjetischer Ostkrieg 1941/42: Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, begann der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 - Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet. Während Italien und Rumänien rechtzeitig Kriegserklärungen abgaben, untersagte Hitler ausdrücklich die Abgabe der üblichen Kriegserklärung.

Der US-Senator und spätere Präsident Harry S. Truman erklärte am 23. Juni 1941 (x172/388-389): >>... Wenn es so aussieht, als würde Deutschland gewinnen, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland sich als stärker erweist, sollten wir Deutschland helfen. Dann können sie

sich nach Herzenslust umbringen. Allerdings möchte ich unter gar keinen Umständen Hitler als Sieger sehen.<<

Nach dem deutschen Überraschungsangriff gegen die UdSSR begrüßte Churchill am 24. Juni 1941 die neuen Verbündeten und versprach großzügige Hilfslieferungen. Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes vom 11. März 1941 unterstützte Nordamerika auch die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR kündigte US-Präsident Roosevelt den Sowjets Hilfslieferungen an und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.

US-Hilfslieferungen: In seiner Jahresbotschaft an den US-Kongreß erläuterte US-Präsident Roosevelt am 6. Januar 1941 den "europäischen Demokratien" die "menschlichen Freiheiten" (x033/143): >>... Euer Kampf für die Freiheit ist für uns Amerikaner eine Angelegenheit des eigenen Lebens. Wir werden alle unsere Energien, alle unsere Organisationsfähigkeit aufbieten, um Euch die Kraft zu verleihen, die Freiheit der Welt wieder zu gewinnen und sie zu bewahren. Wir werden Euch Schiffe, Flugzeuge, Panzer und Geschütze senden, in stetig wachsender Zahl, das ist unser Vorsatz und unser Gelübde ...<<

Das neue Leih- und Pachtgesetz ermächtigte US-Präsident Roosevelt am 11. März 1941, alle "bedrohten Staaten", deren Schutz "für die Verteidigung der USA" wichtig war, mit kriegswichtigen Gütern zu unterstützen. Nach Roosevelts Aussagen sollten die Vereinigten Staaten von Amerika ein "Arsenal der Demokratie" werden. Nach der Genehmigung des Leih- und Pachtgesetzes lieferte die USA praktisch unentgeltlich riesige Mengen von Kriegsmaterial an England und ließ später alle Guthaben der sogenannten "Achsenmächte" einfrieren.

Charles de Gaulle berichtete am 12. März 1941 (x172/328-329): >>... Mr. Churchill weckte mich mit der Nachricht, der amerikanische Kongreß habe das Leih- und Pachtgesetz verabschiedet. Dabei führte er ein Freudentänzchen auf.<<

Die Nordamerikaner und Briten transportierten von 1941 bis zum Kriegsende 17,5 Millionen Tonnen Kriegsmaterial in die Sowjetunion. Diese Hilfslieferungen glichen die gewaltigen Materialverluste der Sowjets z.T. vollständig aus und wurden erst mehrere Monate nach dem Kriegsende eingestellt.

Obwohl die UdSSR jahrelang enorme Kriegsmateriallieferungen erhielt, erkannte der sowjetische Diktator diese kriegsentscheidende Hilfe Nordamerikas niemals angemessen an, sondern Stalin forderte weiterhin unaufhörlich die "2. Front" im Westen. Erst nach der Invasion der Westalliierten entspannte sich das Verhältnis zwischen den ungleichen Verbündeten. Für die gewaltigen US-Hilfslieferungen leisteten die Sowjets später keine nennenswerten Rückzahlungen.

Antideutsche Politik: Der britische Premierminister Winston Churchill beschimpfte Hitler am 11. September 1940 während einer Rundfunkansprache wegen der deutschen Luftangriffe (x172/257-258): >>... Dieser niederträchtige Mann, diese Quelle und Verkörperung stupider Animositäten, dieses monströse Produkt vergangener Schandtaten hat nun also beschlossen, unser großartiges Inselvolk durch sinnloses Gemetzel und willkürliche Zerstörung niederzuzwingen.<<

Die US-Zeitschrift "TIME" zitierte am 24. März 1941 Auszüge aus dem Buch des US-Autors Theodore Newman Kaufman (1910-1986) "Germany must perish" (x025/123): >>... Sterilisierung sollte nicht mit Kastration verwechselt werden. Es ist eine gefahrlose und einfache Operation, ziemlich harmlos und schmerzlos, die den Patienten weder verstümmelt noch zum geschlechtslosen Wesen macht. ...

Wenn man bedenkt, daß solche gesundheitsfördernden Maßnahmen wie Impfungen und Serumbehandlungen als direkte Wohltaten für die Bevölkerung betrachtet werden, dann kommt man nicht umhin, die Sterilisierung des deutschen Volkes als eine große Gesundheitsmaßnahme der Menschheit zu betrachten, um sich FÜR IMMER gegen den Virus des deutschen

Wesens zu immunisieren.<<

Das "Kaufman-Buch", das auch eine Landkarte enthielt, wie das ausgestorbene Land (einschließlich Österreich) anschließend an die Nachbarstaaten verteilt werden sollte, wurde im Jahre 1941 von der NS-Propaganda übersetzt, auszugsweise im Rundfunk gesendet und als Buch veröffentlicht (Titel: "Deutschland muß sterben").

NS-Reichsminister Goebbels schrieb damals über das Buch "Germany must perish" (x172/332): >>... Hätte er dieses Buch auf meine Bestellung ausgearbeitet, er hätte es wahrlich nicht besser und vorteilhafter für uns machen können.<<

Am 27. März 1941 wurde in Washington für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - danach Japan - festgelegt (x041/109).

Der britische Premierminister Winston Churchill erklärte am 27. April 1941 während einer Rundfunkansprache (x172/352): >>... Im vergangenen Jahr haben wir durch unsere Einstellung und unser Verhalten die Menschen in den Vereinigten Staaten für uns gewonnen. Sie haben einen Großteil ihrer gewaltigen Industrie auf die Produktion der von uns benötigten Rüstungsgüter umgestellt. Sie haben uns sogar wertvolle Waffen aus ihren eigenen Beständen auf Dauer oder vorübergehend überlassen. ...

Es gibt fast 70 Millionen feindselige Hunnen - manche davon lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren.<<

Der britische Politiker Rhys Davies erklärte am 3. Juni 1941 während der Jahresversammlung der Labour Party (x172/375): >>... Was Premier Winston Churchill kürzlich in einer Rede erklärte, daß es nämlich Millionen Deutsche gebe, "manche lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren", ist vergleichbar mit Herrn Hitlers Einstellung gegenüber den Juden.<<

US-Finanzminister Morgenthau notierte am 19. August 1941 in seinem Tagebuch folgende Äußerung des nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt (x025/124): >>Wir müssen mit den Deutschen hart sein. Das heißt mit dem deutschen Volk, nicht nur mit den deutschen Nazis. Wir müssen sie entweder kastrieren oder mit ihnen so verfahren, daß sie nicht länger Menschen zeugen, die so weitermachen. ...<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete später im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die antideutsche Einstellung des US-Präsidenten Roosevelt (x318/61-62): >>... Kehren wir zu F. D. Roosevelt zurück, der während des Zweiten Weltkrieges, zu Recht empört über die schrecklichen Verbrechen des Dritten Reiches einen Augenblick lang von der sonderbaren Idee der "Kastration" der Deutschen fasziniert war. Vielleicht wären dem US-amerikanischen Staatsmann mehr Zweifel gekommen, wenn er zufällig Gobineau und Waitz und ihre Hinweise auf den Vernichtungs-Rassismus der "amerikanischen Schule" hätte lesen können, denn so hätte F. D. Roosevelt verstanden, daß die Idee, durch "Kastration" der Verantwortlichen die Wiederholung solcher Praktiken zu vermeiden, auch das Volk hätte treffen können, zu dem er selbst gehörte.

Eine grundlegende Wahrheit darf man nicht aus den Augen verlieren: Weit entfernt, die Wiederholung des Identischen zu sein, zeichnet sich die Geschichte durch unaufhörliche Veränderungen und durch auch recht radikale Umschläge aus. Man sollte ein für alle Mal Schluß machen mit dem Mythos der in der Zeit unbeweglichen Identitäten.

Hier ist eine Betrachtung politischen Charakters hinzuzufügen. Wohl oder Übel hat es in Deutschland, wenn auch nur teilweise und unzureichend den Versuch gegeben, sich mit der Vergangenheit und mit dem Schrecken des Dritten Reiches auseinander zu setzen. Jenseits des Atlantiks feiern hingegen die US-amerikanischen Führer und ihre Ideologen weiterhin ihr Land als "die älteste Demokratie der Welt". In dieser historischen Bilanz scheint das den In-

dianern und den Schwarzen vorbehaltenes Schicksal irrelevant zu sein.

Es gibt nicht einmal einen vagen Versuch der Aufarbeitung der Vergangenheit. Und gerade dieses gute Gewissen gibt dem Anspruch Washingtons den Auftrieb, die "Demokratie" mit Waffengewalt zu exportieren. Unter diesen Bedingungen ist es reiner Wahnsinn, das gute Gewissen des heute weitaus gefährlicheren Imperialismus mit Diskursen über ein immer und ewig reaktionäres Deutschland noch weiter zu verstärken.<<

Am 11. September 1941 erließ US-Präsident Roosevelt nach dem "Greer-Zwischenfall" den "Schießbefehl" gegen deutsche und italienische Kriegsschiffe (x040/95). Obwohl die Nordamerikaner spätestens danach eindeutig jegliche Neutralität aufgaben und in den US-Häfen alle deutschen Schiffe beschlagnahmten, erfolgte zunächst nicht die erwartete bzw. erhoffte deutsche Kriegserklärung an die USA.

Der nordamerikanische Flieger Charles Lindbergh sprach am 11. September 1941 während einer Versammlung in Des Moines über "Agitatoren und Kriegstreiber" (x172/440-441): >>...

Sie haben Folgendes geplant: Zuerst, die USA auf einen Krieg im Ausland unter dem Vorwand der Verteidigung Amerikas vorzubereiten; zweitens, uns Schritt für Schritt in diesen Krieg hineinzuziehen, ohne daß wir es merkten; drittens eine Reihe von Zwischenfällen zu inszenieren, die uns zur Teilnahme am Konflikt zwingen würde.

Es gebe drei Gruppen von Kriegtreibern: die britische, die jüdische und die Roosevelt-Regierung. ...

Niemand, der einen Sinn für Würde hat, kann die Judenverfolgung in Deutschland billigen. Doch kann auch niemand, der ehrlich ist und klar sieht, die Politik für den Krieg betrachten, ohne die Gefahr zu erkennen, die daraus für uns und für sie erwachsen. Statt Propaganda für den Krieg zu machen, sollten die jüdischen Gruppen in diesem Land ihn mit allen Mitteln zu verhindern suchen, denn sie werden die Folgen als erste zu spüren bekommen.

Toleranz ist eine Tugend, die auf Frieden und Stärke beruht. Die Geschichte lehrt uns, daß sie Krieg und Verwüstung nicht überdauern kann. Ein paar weitsichtige Juden erkennen dies und sind daher gegen eine Intervention, die Mehrheit ist allerdings noch immer nicht zu diesem Schritt bereit.

Die größte Gefahr für unser Land besteht in ihrem gewaltigen Besitz und dem Einfluß, den sie in der Filmindustrie, Presse, Rundfunk und Regierung haben.<<

Lindbergh wurde nach dieser Rede von den öffentlichen US-Medien systematisch als Sympathisant des NS-Regimes und als Antisemit diskreditiert.

Hitler, der sich trotz der nordamerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemühte, den Nordamerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnete am 11. Dezember 1941 mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den Zweiten Weltkrieg, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.

Churchill meinte am 11. Dezember 1941 nach Hitlers Kriegserklärung (x025/126): >>... (Er wolle den Deutschen) eine Lektion erteilen, die auch in 1.000 Jahren nicht vergessen sein wird ...<<

Zu Beginn des Jahres 1942 erteilte der britische Premierminister Churchill dem RAF-Befehlshaber Harris folgenden Befehl (x049/75): >>... Das Hauptangriffsziel habe von nun an die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft zu sein ...<<

Das britische War Cabinet schlug am 7. Juli 1942 vor, die deutschen Minderheiten nach dem Krieg aus Ost- und Südosteuropa zu "transferieren" (x020/55): >>... dort wo es notwendig und wünschenswert erscheint ...<<

Außenminister Eden beauftragte anschließend das britische Foreign Office mit der Ausarbeitung von "Umsiedlungsplänen". Die britischen Experten ermittelten später eine Zahl von maximal 7,0 Millionen Ostdeutschen, die im Westen aufgenommen werden könnten.

Im US-Magazin "Peabody Magazine" wurde am 4. Januar 1943 ein Aufsatz des nordamerika-

nischen Harvard-Professors Earnest Albert Hooton abgedruckt.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über diesen Vorschlag des nordamerikanischen Harvard-Professors Hooton (x025/124-125): >>In seinem PM-Aufsatz ... schlägt der Anthropologe vor, frei nach Mendels Gesetzen die deutsche "Aggressivität" aus dem Volk herauszuzüchten.

Dieses Ziel könne erreicht werden, indem man Angehörige der alliierten Besatzungstruppen zu Ehen mit deutschen Frauen ermutige und außerdem die Einwanderung nicht-deutscher Menschen, vor allem nicht-deutscher Männer, nach Deutschland fördere. Das Gros der ehemaligen Wehrmacht solle währenddessen mindestens 20 Jahre lang im Ausland Zwangsarbeit leisten.

Auf diese Weise ließe sich die Zahl der reinrassigen Deutschen und damit die kriegerische Erbanlage der Mitteleuropäer in absehbarer Zeit drastisch reduzieren.<<

Winston Churchill erläuterte am 11. Februar 1943 vor dem Unterhaus in London die aktuellen Kriegsziele (x106/216): >>Das Hauptziel, das wir uns in der Konferenz von Casablanca gesetzt haben, ist, den Feind überall, auf dem Land, zur See und in der Luft, anzugreifen, und zwar so rasch als möglich und in weitestem Ausmaß. Wir müssen veranlassen, daß der Feind physisch und moralisch auf jede Art zum Bluten gebracht wird. ...<<

Die US-Regierung legte am 1. März 1943 den Entwurf eines Friedensvertrages für das Deutsche Reich vor.

Im Artikel 3 dieses Friedensvertrages hieß es (x033/347): >>Die Grenzen Deutschlands sind diejenigen vom 30. Januar 1933. Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche auf Gebiete, die seit diesem Zeitpunkt erworben wurden; ohne Ausnahme kehren diese in ihre früheren Staatsverbände zurück. ...<<

Die Außenminister Eden, Großbritannien, Hull, USA, und Molotow, UdSSR, beendeten in Moskau am 30. Oktober 1943 ihre sogenannten "Nachkriegsplanungen" (x040/189). Sie vereinbarten z.B. die Wiederherstellung Österreichs in den Grenzen von 1937 und die Verurteilung der deutschen und japanischen Kriegsverbrecher. Ferner beschloß man die Abtrennung Ostpreußens, denn Stalin sollte nicht vorzeitig aus dem Zweiten Weltkrieg "aussteigen".

US-Präsident Roosevelt stimmte am 5. Dezember 1943 der Absicht des tschechischen Exilpolitikers Benesch zu, die Sudetendeutschen auszuweisen.

Premierminister Churchill berichtete am 15. Dezember 1943 vor dem britischen Unterhaus über die geplante "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen (x149/108): >>... Wir befürworten die völlige Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt, denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Falle Elsaß-Lothringen.

Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.<<

Der nordamerikanische Rechtsanwalt und Berater Louis Nizer (1902-1994) veröffentlichte Anfang Januar 1944 in New York sein Buch "What to do with Germany?". Das Buch wurde in Nordamerika ein Bestseller.

Nizer schrieb in diesem Buch z.B. über den Charakter der Deutschen (x025/118-119): >>... Die Deutschen haben eine Religion entwickelt, die aus dem Krieg eine Religion und aus Massenmord einen Kult macht. Sie betrachten es als ihre Mission, alle anderen Völker zu versklaven. Sie verwerfen die Lehre von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und der Freiheit und ersetzen sie durch das Ideal des Krieges. Das einzigartige Phänomen des Pangermanismus ist es, daß seine Verschwörung gegen den Weltfrieden nicht nur Gangstertum oder Nihilismus darstellt.

Der Nazismus ist keine neue Theorie, geboren aus der Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages oder aus wirtschaftlicher Notlage. Er ist ein Ausdruck deutscher Bestrebungen, die in Jahrhunderten ihren Niederschlag gefunden haben. Es gab einen Kaiser vor Hitler und Bismarck vor dem Kaiser und Friedrich den Großen vor Bismarck - in der Tat sind 2.000 Jahre deutschen Wesens dafür verantwortlich. ...

Ja, es gibt eine deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und jeden freien Menschen in jedem fremden Land. Es ist eine Verschwörung, die in der Niederlage nie abgestorben ist. Sie ist dem deutschen Volk angeboren. ...

Die deutsche Philosophie ist aus der Barbarei entstanden und durch Kultur verfeinert und gefährlicher gemacht worden. Sie bleibt jedoch die Philosophie von Zahn und Klaue, modernisiert durch Flugzeug-Zähne und Panzer-Klauen. Die Jahrhunderte haben sie nicht verändert. Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt. ...<<

Nizers Buch, daß den antijüdischen NS-Hetzschriften ähnelte, wurde später von US-Präsident Roosevelt an Kabinettsmitglieder verteilt. US-General Eisenhower ließ außerdem 100.000 Bücher einer Militär-Ausgabe an die US-Truppen verteilen. Die US-Stabsoffiziere mußten sogar Aufsätze über das Nizer-Buch schreiben (x025/119).

Der spätere US-Präsident Truman war ebenfalls über Nizers Buch begeistert (x025/119): >>... Eines der fesselndsten und aufschlußreichsten Bücher, (die ich je gelesen habe). ... Jeder in diesem Land sollte es lesen! ...<<

Churchill informierte am 22. Februar 1944 das britische Unterhaus (x039/227): >>... daß Polen im Norden und Westen zu Lasten Deutschlands Kompensationen erhalten werde, daß die Atlantik-Charta auf Deutschland keine Anwendung findet und daher Gebietsübertragungen und Grenzberichtigungen zu Lasten des Feindeslandes zulässig sind.<<

US-General Eisenhower erklärte am 7. August 1944 während eines Gespräches mit Henry Morgenthau (x268/31): >>... Die ganze deutsche Bevölkerung ist ein zusammengesetzter Fall von Paranoia (Geistesgestörtheit). Und es gibt keinen Grund, einen Paranoiker schonend zu behandeln. Die beste Behandlung besteht darin, die Deutschen im eigenen Saft schmoren zu lassen.<<

Am 2. September 1944 veröffentlichte die nordamerikanische "Dreierkommission" - Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau - den sog. "Morgenthau-Plan".

Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" sollte das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Die nordamerikanische "Dreierkommission" forderte, sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören, um das "Nazi-Reich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Morgenthau forderte z.B. in der Denkschrift - "Maßnahmen zur Verhinderung eines Dritten Weltkrieges" -, die gesamte deutsche Industrie zu demontieren, um das hochindustrialisierte Deutsche Reich langfristig auszuschalten (x114/1.54): >>... Das einzige, für das ich meinen Namen hergebe, ist die völlige Stilllegung der Ruhr. Was aus den Deutschen wird, ist mir egal. ... Wenn im Ruhrgebiet die Maschinen zerstört, die Bergwerke überflutet, gesprengt, zerstört werden, dann können sie keine Kriege mehr führen. ...

Die Lösung scheint schrecklich unmenschlich, grausam zu sein. Wir haben den Krieg nicht gewollt. Wir haben nicht Millionen in die Gaskammern gejagt. Wir haben all das nicht getan. Sie haben es ja so gewollt. Ich denke an die Zukunft meiner Kinder und Enkel und will nicht, daß diese Bestien wieder Krieg führen. ...<<

Henri Morgenthau forderte während der Konferenz in Quebec vom 11. bis zum 16.09.1944 die Abtretung Ostpreußens an die UdSSR sowie an Polen und die Abtretung Schlesiens bis zur Katzbach an Polen (x039/227).

Roosevelt und Churchill unterzeichneten am 15. September 1944 in Quebec den abgewandelten Morgenthau-Plan.

US-Kriegsminister Henry L. Stimson übergab dem nordamerikanischen Präsidenten später folgende Denkschrift (x063/598): >>Unvorstellbar sei es, im gegenwärtigen Zustand der Welt ein Gebiet, das der Mittelpunkt eines der am höchsten industrialisierten Kontinente sei, bewohnt von einem Volke voll Energie, Arbeitseifer und Fortschrittlichkeit, in ein "Geisterterritorium" zu verwandeln. ...

Übrigens müßte der Wiederaufbau nach den Verheerungen des Krieges möglichst rasch vor sich gehen, wenn gefährliche Umwälzungen in Europa vermieden werden sollen. Die Deutschen auf einem "Existenzminimum" festzuhalten, am Rande der Armut, bedeute, das deutsche Volk zur Sklaverei zu verurteilen - die Schuld der Nazis würde damit verdunkelt werden und die Quellen vergiftet, aus denen wir Hoffnung auf einen Weltfrieden speisen wollen. ...<<
Der US-Staatssekretär des Äußeren, Cordell Hull, schrieb damals in einem weiteren Memorandum für Präsident Roosevelt (x063/599): >>... Nur 60 % der Deutschen könnten sich auf dem Lande erhalten, 40 % werden sterben. ...

Seinem Wesen nach war dies ein Plan blinder Rache. Blind, weil er übersah, daß mit dem Schlag gegen Deutschland der gleiche Schlag gegen ganz Europa geführt würde. Indem man die deutsche Industrie zerstöre, zerstöre man zum großen Teil die Wirtschaft Europas, die seit vielen Generationen von den in Deutschland produzierten Rohmaterialien abhängt.<<

Nach scharfer Kritik der nordamerikanischen Medien und massiven Protesten der deutsch-nordamerikanischen Bevölkerung gegen den "Morgenthau-Plan" zogen Roosevelt und Churchill am 22. September 1944 ihre Unterschriften zurück.

US-Präsident Roosevelt verhielt sich danach zwar distanzierter, aber der "Morgenthau-Plan" wurde letzten Endes nur aufgeschoben und nicht fallengelassen, denn wesentliche Bestandteile des Plans wurden nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und z.T. sogar in verschärfter Form realisiert. Die westlichen Alliierten "verschenkten" später nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten schließlich außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Die Briten machten aus ihrer Abneigung gegenüber den "Germans" oder "butcher-birds" keinen Hehl. Der britische Gewerkschaftskongreß verkündete z.B. im Jahre 1944 mit einer 5:1 Mehrheit die Schuld des gesamten deutschen Volkes (x025/121).

Premierminister Churchill führte am 25. Januar 1945 in London ein Telefongespräch mit dem britischen Luftfahrtsminister Sir Archibald Sinclair.

Sinclair erhielt damals den Befehl, mitteldeutsche Angriffsziele festzulegen und geeignete Vorschläge auszuarbeiten (x021/183): >>... **um den Deutschen beim Rückzug aus Breslau das Fell zu gerben.**<<

Kriegskonferenzen der Alliierten: Im Verlauf der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12.1943) einigten sich die "Großen Drei" (Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungschef Stalin) bereits grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches.

Stalin erkannte während der Konferenz von Teheran frühzeitig, daß Roosevelt und Churchill nicht um Ost-Mitteleuropa kämpfen würden. Churchill und Roosevelt waren dem berüchtigten, verschlagenen Machtpolitiker Stalin bereits in Teheran zu keinem Zeitpunkt gewachsen. Arglos, gleichgültig und leichtfertig vertrauten sie dem sowjetischen Diktator und ließen ihm in Ost-Mitteleuropa sträflicherweise völlig freie Hand.

Churchill und Roosevelt vertraten damals die Meinung, daß Polen zukünftig auf alle Fälle stärker werden müßte. Die polnischen Grenzen sollten deshalb zu Lasten Deutschlands nach Westen verschoben werden, um Polen zu entschädigen (x041/124). Nachdem man die Cur-

zon-Linie (die schon im Dezember 1919 festgelegt worden war) als künftige polnische Ostgrenze vereinbart hatte, schlug Stalin die Oder-Linie als polnische Westgrenze vor.

Churchill erklärte während dieser Diskussion (x028/63): >>... Polen könnte sich nach Westen verlagern, wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf "einige deutsche Zehen" trete, könne man das eben nicht ändern, doch müsse Polen auf alle Fälle stark sein.<<

Mit Hilfe von 3 Streichhölzern, die er nach Westen fallen ließ, demonstrierte Churchill anschließend die westliche Verlagerung Polens. Für dieses berühmt-berüchtigte "Streichhölzchenspiel" - "Nimm von 3 Hölzchen das rechte weg und lege es links wieder an" - erhielt Churchill vor allem von der sowjetischen Delegation großen Beifall (x035/331).

Die Vorschläge für die Westverschiebung der polnischen Grenzen wurden in das offizielle Teheraner Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Von der Lausitzer Neiße, Niederschlesien und Stettin war in Teheran noch nicht die Rede.

Im Verlauf der Teheran-Konferenz verlangte Stalin ferner die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).

Bei einem Trinkspruch forderte der "humorvolle" Stalin außerdem die "formlose Erschießung" von 50.000 deutschen Offizieren (x025/124). Während Roosevelt diese Anmerkung anscheinend als derben "Spaß" auffaßte und "49.500" antwortete, protestierte Churchill energisch gegen Massenhinrichtungen - Churchill dachte wahrscheinlich sofort an das sowjetische Katyn-Massaker.

Auf der Konferenz von Teheran akzeptierten die Westmächte letztlich die von Stalin gewünschten sowjetischen Grenzen. Wie Ismay es ausdrückte, erhielt Stalin "genau das, was er wollte", während die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich im Gegenzug lediglich mit einigen vagen Versprechungen begnügen mußten.

Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn schrieb später über die "Staatsmänner" Roosevelt und Churchill (x025/136): >>In ihren Ländern werden Churchill und Roosevelt als Verkörperung staatsmännischer Weisheit verehrt. Uns hingegen, den Teilnehmern der russischen Gefängnisdebatten, offenbarte sich mit frappierender Deutlichkeit ihre notorische Kurzsichtigkeit, ja Dummheit. ...<<

Am 4. Februar 1945 begannen Churchill, Roosevelt und Stalin die "Jalta-Konferenz" (4. bis 11. Februar 1945) auf der Halbinsel Krim.

Im Verlauf der Jalta-Konferenz faßten "Die Großen Drei" u.a. folgende Beschlüsse:

1. Zerstückelung des Deutschen Reiches und Aufteilung in 4 Besatzungszonen. Die französische Besatzungszone wurde von Churchill durchgesetzt.
2. In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR, die Verwendung von deutschen Arbeitskräften bzw. Zwangsarbeitern wurde erlaubt - x001/79E).
3. Geheimabkommen über den sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan und Überlassung der Kurilen und Süd-Sachalin.
4. Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen" - jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhielt im Konfliktfall ein Vetorecht und war dadurch später in der Lage, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren.

Stalin verpflichtete sich, in Polen freie und uneingeschränkte Wahlen zu gestatten.

Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze wurde zurückgestellt. Die Curzon-Linie wurde zwar als polnische Ostgrenze bestätigt, aber Churchill und Roosevelt trafen in Jalta noch keine verbindlichen Entscheidungen über die polnischen Westgrenzen und den Zeitpunkt der Vertreibung. Sie erkannten aber grundsätzlich an, Polen zu Lasten der deutschen Ostgebiete zu entschädigen und daß die deutsche Bevölkerung Polens umgesiedelt werden sollte. Durch die indirekte Anerkennung der Oder-Linie schafften die Westmächte damals

bereits frühzeitig einen verhängnisvollen Zustand der Rechtsunsicherheit.

Die "Krim-Konferenz" endete sinnigerweise mit einer "Erklärung über das befreite Europa". In dieser Botschaft sicherte man allen Völkern die "freie Wahl" der Regierungsform zu.

In der Jalta-Schlußerklärung vom 11. Februar 1945 hieß es (x114/2.123): >>... Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu zerstören.

...

Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten. Aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.<<

Besatzungspläne der Alliierten: Die Briten legten am 15. Januar 1944 in London ihren Aufteilungsplan des Deutschen Reiches vor (x041/129): Ost-West-Demarkationslinie = Lübeck - Helmstedt - Eisenach - Hof. Nach der zusätzlichen Festlegung von getrennten Besatzungszonen stimmte die UdSSR dem britischen Plan am 18.02.1944 zu. US-Präsident Roosevelt erteilte die Zustimmung am 1.06.1944.

Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichneten am 12. September 1944 in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135).

Stalin, Churchill und Eden sowie US-Botschafter Harriman als "Beobachter" einigten sich in Moskau vom 9. bis zum 20. Oktober 1944 über die "vorläufige" polnische Westgrenze (x028/66-72). Die zukünftige polnische Westgrenze sollte entlang der Oder verlaufen. Bulgarien, Rumänien und die Hälfte Jugoslawiens sowie Ungarns sollten Einflußgebiete der UdSSR werden (x040/241).

Churchill berichtete später über die Festlegung der polnischen Westgrenze und die Zuordnung der südosteuropäischen Gebiete (x106/376): >>... Ich schob den Zettel mit meinen Vorschlägen Stalin zu. ... Eine kleine Pause trat ein. Dann ergriff er einen Bleistift, machte einen großen Haken und schob uns das Blatt wieder zu. Die ganze Sache beanspruchte nicht mehr Zeit, als sie zu schildern. ... Das Papier lag in der Mitte des Tisches:

"Könnte es nicht für äußerst zynisch gehalten werden, wenn wir den Anschein erweckten, über die für Millionen Menschen so gravierenden Schicksalsfragen aus dem Stegreif entscheiden zu haben?

Lassen Sie uns das Papier verbrennen." - "Nein, heben Sie es auf", antwortete Stalin.<<

Am 14. November 1944 beschlossen die Alliierten in London einstimmig das 2. "Zonenprotokoll" (x040/248). In diesem Abkommen wurden auch die zukünftigen Besatzungszonen des Deutschen Reiches abgegrenzt und die Errichtung eines alliierten "Kontrollrates" vereinbart. Durch dieses Abkommen wurde nach dem Kriegsende die gesamte Regierungsgewalt auf die Sieger- bzw. Besatzungsmächte übertragen und das Deutsche Reich praktisch liquidiert.

General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde (x025/126, x063/613): >>... Es sollte den Deutschen beigebracht werden, daß Deutschlands skrupellose Kriegsführung aus dem Geist des fanatischen Naziwiderstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat, und daß die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht entrinnen können für das, was sie selbst über sich gebracht haben. Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. ...<<

>>... (Sie werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen

a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder

b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<

US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur

begrenze Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchstmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...

Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...

(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<

3. Was unternahmen die Siegermächte, um die politische Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung und systematische Umerziehung der Deutschen von 1945-1948 zu gewährleisten?

Kapitulation der deutschen Wehrmacht: Da Eisenhowers Haltung unerbittlich blieb, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (als Vertreter der Luftwaffe) am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation.

Nach der Kapitulationsanerkennung erklärte Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<

Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schwiegen, salutierte die deutsche Delegation und kehrte sofort nach Flensburg zurück.

Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde hieß es (x063/602): >>... daß die hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<

Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.

Mit dieser Kapitulation verhinderte die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).

Verluste des Zweiten Weltkrieges: Infolge des Zweiten Weltkrieges starben mindestens 55 Millionen Menschen, darunter waren etwa 5,9 Millionen deutsche Soldaten und 8,0 Millionen deutsche Zivilisten.

Verschleppung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen zur Leistung von Wiederaufbauarbeiten: Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.

Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).

Verhaftung der Geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches: Am 23.

Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique", wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle durch eine Giftkapsel Selbstmord.

Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkrieges: Das Deutsche Reich, daß von den europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt.

Die Anglo-Amerikaner beendeten zwar Hitlers größtenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch Stalins Terrorregime und die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche. Infolge dieser von den westlichen Alliierten geförderten gewaltsamen Expansionspolitik stieg die UdSSR unaufhaltsam zur neuen Weltmacht auf.

Nordamerika und die neue Supermacht UdSSR übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich die Weltherrschaft, während die bisherigen Machtzentren in Europa und Asien entscheidend geschwächt bzw. gänzlich ausgeschaltet wurden.

Die Nordamerikaner zeigten zunächst nur geringes Interesse, sich langfristig im geschwächten Nachkriegseuropa zu binden. Die US-Amerikaner waren hauptsächlich daran interessiert, aufnahmefähige Absatzmärkte zu sichern und ließen Stalin ungehindert agieren, so daß sich das kommunistische System nicht nur in Ost-Mitteleuropa, sondern auch in Südostasien (Korea und Nord-Vietnam) ungehindert ausdehnen konnte.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den eigentlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges (x068/267): >>... Wie die USA aus dem Ersten Weltkrieg, dessen eigentliche Gewinner sie waren, am besten herauskamen, so erst recht aus dem Zweiten. Was die Europäer schwächte, hatte sie enorm gestärkt, ja zur mächtigsten Nation gemacht. Auch zur reichsten, mit Abstand. Nicht weniger als drei Viertel des gesamten Weltkapitals befanden sich in den USA. Ebenso zwei Drittel der gesamten Industriekapazität. All dies aber war ihnen mehr in den Schoß gefallen, als daß sie es sich erkämpft oder im strengen Sinn erarbeitet hätten. ...<<

Berliner Deklaration: Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber in Berlin aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm.

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67).

Da die Siegermächte keinen Gebrauch von ihrem Recht der Unterwerfung des Deutschen Reiches machten, wurde das Deutsche Reich damals völkerrechtlich nicht annektiert. Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 demnach weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605). Das Deutsche Reich blieb als Rechtssubjekt bestehen. Der Staat war aber nach der Zerschlagung des NS-Regimes desorganisiert bzw. nicht mehr geschäftsfähig.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Gren-

zen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.

Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer erschüttert über sich ergehen lassen.

Potsdamer Konferenz: Am 17. Juli 1945 begann die Konferenz von Potsdam. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill - bis zur Wahlniederlage im Juli 1945 - und Attlee - ab 28. Juli 1945 - angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.

Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.

Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa: Der Alliierte Kontrollrat stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737). Der Alliierte Kontrollrat setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht.

Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfassbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. In den Internierungslagern Ost-Mitteleuropas fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt.

Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen. In den Zwangsarbeitslagern (Polen und Ostdeutschland = 1.255 Lager) wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.

Nach monatelanger, vielfach sogar jahrelanger Schreckenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, waren die meisten Ost- und Volksdeutschen sogar froh, wenn man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/122): >>... Zusammenfassend bleibt festhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa nicht nur die größte Vertreibung der Weltgeschichte war, sondern auch aufgrund der 2,8 bis drei Millionen Menschenleben, die sie gefordert hat, als Völkermord einzustufen ist.

Die Vertriebenen sind im Übrigen rassistisch Verfolgte; denn ihr einziges Verbrechen, war ihre ethnische Zugehörigkeit. ...<<

Reparationen und Wiedergutmachung: Im Vergleich zu der mitteldeutschen und den westdeutschen Besatzungszonen wurde Ostdeutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fast vollständig ausgeplündert. Zur Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Ost- und Volksdeutschen als Kriegsbeute einsammelten, demontierten und abtransportierten. In Mittel- und Westdeutschland wurden zunächst alle deutschen Rüstungswerke demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**

Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere

Nicht Hitler war der Feind, sondern Deutschland. Nicht der Nationalsozialismus sollte zer schlagen werden, sondern Deutschland. Diese Schlußfolgerung zieht der renommierte Verleger und Autor Bruno Bandulet, der unlängst sein Buch "Beuteland. Die systematische Ausplünderung Deutschlands seit 1945" veröffentlicht hat. Der Bad Kissinger Wirtschaftsfachmann ist kein Lautsprecher und niemand, der sich bisher durch Verschwörungstheorien hervor getan hätte. Dementsprechend hält er sich an Fakten.

"Ich muß zugeben, daß die Arbeit an diesem Buch eine echte Entdeckungsreise war. Ich hätte mir nicht vorstellen können, wieviel die Siegermächte im Laufe der Zeit an Sachwerten, an geistigem Eigentum und an Finanzleistungen aus Deutschland herausgezogen haben", erklärt der Autor und benennt Tatsachen. Die Rechnung summiert sich ab 1945 bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre nach heutiger Kaufkraft auf etwa 1.000 Milliarden Euro.

Nach Kriegsende hatten regelrechte Plünderungen stattgefunden. Die deutschen Auslandsvermögen waren beschlagnahmt worden. Zudem gab es Zwangsexporte. Deutschland mußte für die Besatzungskosten aufkommen. ...

Erst durch die Entzweiung der Alliierten hätten die westlichen Besatzungsmächte die Bundesrepublik als geopolitisch wichtiges Ziel erkannt. Dennoch habe man Deutschland bewußt "klein gehalten". Die seit 1945 gezahlten Reparationen in Kombination mit den Kosten der europäischen Transferunion übertreffen bei weitem die Zahlungen des Deutschen Reiches nach dem Versailler Vertrag.

Die Nettozahlungen, die Deutschland seit der Wiedervereinigung kaufkraftbereinigt an die EU geleistet hat, übersteigen mittlerweile 250 Milliarden Euro. ... Nirgendwo wurden die Summen aufgelistet und bilanziert, die die Demontagen und Sachlieferungen verursacht haben, für die vor allem Sowjets und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen waren. Bis heute existieren nur Schätzungen und grobe Berechnungen. Der größte Teil der Reparationen entfiel auf die Besatzungskosten, welche beispielsweise 1946 allein in den Westzonen 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachten. Im Vergleich mit dem heutigen Steueraufkommen wären dies rund 270 Milliarden Euro. ...<<

Entnazifizierung und Umerziehung in Mittel- und Westdeutschland: Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die hoffnungslos erschütterten Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer über sich ergehen lassen. Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands, die man nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Die Deutschen wurden nach der NS-Diktatur von 1933-1945 bzw. nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten zweifelsfrei nicht befreit, sondern politisch und wirtschaftlich entmündigt und in den folgenden Jahrzehnten systematisch ausgeplündert und um-erzogen.

Am 14. Mai 1945 befahl die französische Militärregierung, in der Nähe Freiburgs ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge zu errichten.

NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 in Ketschendorf bei Fürstenwalde das "Speziallager Nr. 5" ein. In den folgenden Monaten wurden hier durchschnittlich ca. 6.000 Häftlinge aus Berlin und der Mark Brandenburg interniert (x126/52). Unter den Gefangenen waren viele Jugendliche - vermeintliche "Werwolf-Angehörige".

Am 22. Mai 1945 trat in Westdeutschland die US-Direktive Nr. 1 in Kraft (x111/25): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<<

Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher wies am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...

Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...

Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.

... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...

Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.

Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen an-erzogen ist ...

Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<

Die US-Militärregierung veröffentlichte am 13. August 1946 ein Programm für die "Wiederherstellung des deutschen kulturellen Lebens" (x111/204): >>... Zur Umsetzung in die Tat muß das Programm der "Deutschen Umerziehung" in steigendem Maße von solchen heimischen Mitteln der deutschen Kultur Gebrauch machen, welche die friedliche Entwicklung neuer Ideale und Institutionen versprechen. ...<<

Am 1. Oktober 1946 wurden im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß nach 403 öffentlichen Sitzungen die Urteile verkündet. 12 NS-Führer (Martin Bormann, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher) wurden zum Tod durch den Strang verurteilt. Hjalmar Schacht, Franz von Papen und Hans Fritzsche wurden freigesprochen. Die Führungskorps der NSDAP, Gestapo, SS und SD stufte man als verbrecherische Organisationen ein. Das deutsche Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Sinne der Anklage für nicht verbrecherisch befunden und freigesprochen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden allein die Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Verlierer geahndet, die zahllosen Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Siegermächte blieben jedoch ungesühnt.

Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung wurden in den Westzonen mindestens 800 NS-Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hinrichtete. In den folgenden Jahren ermittelte die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilte über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).

In der nordamerikanischen Zone wurden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt. Alle deutschen Erwachsenen ab 18 Jahre wurden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigerte, diesen Fragebogen auszufüllen, erhielt kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" endeten mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.

Es war die Zeit der "Persilscheine", die rastlose sog. Jagd nach Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtete später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.

In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrandmarkt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".

In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!

Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" - vor allem ausländische oder klerikale - war nicht ohne Bedeutung.

Der Fragebogen mit seinen ... 133 zum Teil schlichtweg törichtigen Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...

Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung - beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen - insge-

samt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen - fielen aus durch einige Amnestien, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsbeschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<

Der Alliierte Kontrollrat erteilte am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164): >>Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden. ...

Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben. ...<<

Am 10. März 1950 wurde das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, aufgelöst.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Konzentrationslager" in der Sowjetischen Besatzungszone (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.

Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen, Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb.

Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<

Hungerpolitik der sogenannten Befreier: Damit man die angestrebten Hauptziele Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern.

US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sein wird, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr knapp halten wird.

Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtete am 14. Mai 1945 über das besetzte Deutschland (x043/31): >>**Deutschland muß sich selbst ernähren**

Das US-Kriegsernährungsamt dementiert die Gerüchte, daß Deutschland einen wesentlichen Teil der zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel erhalte, die die Vereinigten Staaten nach Europa verschiffen werden, daß irgendwelche Lebensmittel an Deutsche verteilt worden seien, ausgenommen völlig mittellose und heimatlose Personen.

Dieses Dementi wird vom Kriegsministerium bestätigt unter dem Hinweis auf Eisenhowers Erklärung, daß Deutschland sich selbst ernähren müsse.<<

In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wurde von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und mußte am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).

Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge** aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen **von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).

Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung

von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.

Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen. Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann damals ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.

US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über den massenhaften Hungertod in Deutschland (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - Sie verstießen gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche der Zivilbevölkerung das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 9. August 2008) über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...):

>>**Klassiker aktualisiert**

... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: **Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer**, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer. ...<<

"Kalter Krieg" zwischen den Siegermächten Sowjetunion und USA: Der sogenannte "Kalte Krieg" hatte für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelte langfristig die deutsche Spaltung. Er zwang die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wurde. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands sowie der militärische Schutz Westeuropas wurden nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkaufte.

Das Potsdamer Abkommen wurde von den Politikern der USA genutzt, um die langfristige Spaltung Ost-, Mittel- und Westdeutschlands durchzusetzen. Die US-Geostrategen hetzten die Deutschen und die Russen infolge der unfaßbaren Gebietsabtretungen und Vertreibungen vorzüglich gegeneinander auf, denn ein deutsch-russisches Bündnis hätte die angestrebte US-Weltherrschaft gefährden können

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete später (im Jahre 2015) über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg wa-

ren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Der Marshall-Plan erfolgte vor allem aus politischen Gesichtspunkten und kontrollierte die Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem. Mit dem Marshall-Plan begann im Jahre 1947 die europäische Integration (Zusammenschluß von zunächst westeuropäischen Staaten). Der Marshall-Plan war damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wurde vielerorts von US-Unternehmen durchgeführt.

Der US-Bankier Young begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... und daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

4. Wieso wurde die politische Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung und systematische Umerziehung der Mittel- und Westdeutschend von 1949-1989 von den Siegermächten konsequent fortgesetzt?

Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde: Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls. ... Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Die zwangsweise europäische Integration (Ruhrstatut) diene hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Im Petersberger Abkommen vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die genötigte deutsche Bundesregierung beantragte danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut: Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde, um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren, Einleitung der späteren EWG-Zwangseingliederung).

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (Petersberger Abkommen) erfolgte nicht feiwill-

lig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Die westdeutsche Bevölkerung wurde vor dem Abschluß des Petersberger Abkommens nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt. Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut) sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war zweifelsfrei eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919.

Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.

Infolge der Tatsache, daß der Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut) gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, war die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EWG und EU) ebenfalls unwirksam. Das Ruhrstatut wurde später trotz alledem aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion und danach 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.

Besatzungsstatut der westlichen Besatzungsmächte: Am 8. April 1949 beschlossen die Außenminister Acheson, USA, Bevin, England, und Schuman, Frankreich, während einer Konferenz in Washington ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

Die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), genehmigten am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199).

Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demontagen, aber auch die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die zukünftige deutsche Bundesregierung.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland: Die westlichen Militärgouverneure übergaben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragten sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte damals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft

trat.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique" wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" bzw. Forderungen der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Bis zum heutigen Tag erfolgte jedoch keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes.

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte, um Wiedergutmachungen und die Einbindung in Europa zu garantieren.

Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und gewisse Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Eine Verfassung haben die Parteini-

stanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Oder-Neiße-Linie: Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren Entwicklung und Festigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der Sowjetischen Besatzungszone kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Der Alterspräsident Paul Löbe erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages - außer KPD - zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.

Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

Neue Ostpolitik: Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14.10.1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.

Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzu-

erkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten. ...<<

Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck kritisierte am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, das Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.

Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.

Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streitaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt. ...

Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<

Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "Mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung". Diese Politik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau und leitete schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt".

Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann versprach am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzu beziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.

Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deut-

schen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<

Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): In Rom wurde am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) und Montanunion (EGKS).

Der französische Staatspräsident Georges Pompidou erläuterte am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden. ...<<

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit Juni 1979 alle fünf Jahre in allgemeinen und direkten Wahlen gewählt. In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt.

Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschlossen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

Zusammenbruch der DDR: Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten - "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben"

...

In Leipzig duldet die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern - "Wir sind das Volk - keine Gewalt ..."

Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 1. April 2016) die letzten Tage der DDR (x887/...): >>>Das Ende der DDR

Rückblick auf das Jahr 1989

Sein ungläubiges Staunen über die Ereignisse im Herbst 1989 in der DDR hatte SED-Politbüromitglied Horst Sindermann in die berühmt gewordenen Worte gefaßt: "Mit allem haben wir gerechnet, nur nicht mit Gebeten und Kerzen!" Ja, die DDR-Führung war auf jeden gewaltsamen Widerstand mit Sicherheitskräften, Polizei und Kampfgruppen bestens vorbereitet. Aber auf gewaltfreie Demonstrationen, die immer mehr anschwellen und am Ende das ganze Land erfaßten, wußte sie keine Antwort.

Nach dem KSZE-Abkommen von Helsinki 1975 war zwischen beiden deutschen Staaten ein Korrespondentenaustausch vereinbart worden. Die SED hätte das am liebsten bald wieder rückgängig gemacht, denn westdeutsche Journalisten in der DDR entwickelten bald eine für den Staat gefährliche Virulenz, kamen doch via Fernsehen ganz andere Informationen ins Land als die der SED-Propaganda.

Umgekehrt erfuhren westdeutsche Leser und Hörer viele Details über den DDR-Alltag. Lothar Loewe für die ARD, Joachim Jauer für das ZDF, die Zeitungsredakteure Karl-Heinz Baum ("Frankfurter Rundschau") und Peter Pragal ("Süddeutsche Zeitung") gehören zu den bekanntesten Namen.

Daneben gab es den Evangelischen Pressedienst "epd", der wohl am ausdauerndsten berichtete und wegen seiner Nähe zu den Kirchen in der DDR besondere Beachtung fand. Zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit haben Redakteure vom epd-Landesdienst Ost und Karl-Heinz Baum an die damaligen Ereignisse erinnert. In 46 Reportagen, Analysen und Interviews wird zunächst ein Rückblick auf die 80er Jahre in der DDR gegeben, als die Unruhe unter der Bevölkerung ständig wuchs, was sich in der wachsenden Zahl von Ausreiseanträgen und entsprechenden Repressalien der Staatsmacht zeigte.

Das Jahr 1989 zeichnen die Autoren Monat für Monat penibel nach; sie erinnern an die skandalöse Wahlmanipulation im Mai 1989, an die Grenzöffnung in Ungarn, an die überfüllte deutsche Botschaft in Prag, an die Gründungen von Sozialdemokratie und Neuem Forum im Herbst, an Honeckers Abwahl und Krenz' Nachfolge und an das unglaubliche Tempo der Entwicklung nach der Maueröffnung, der kein Jahr später die staatliche Einheit folgte.

Beispielhafte regionale Einsprengsel ergänzen die allgemeine Entwicklung: der letzte Kirchentag in der DDR, Besetzungen von Stasi-Zentralen in Erfurt und anderswo, die friedliche "Wiedereroberung" des jahrzehntelang für Zivilisten gesperrten Brocken im Harz. Zur besseren Orientierung finden sich für August bis Dezember 1989 jeweils eine Monatschronik sowie zwei Texte zur Berliner Mauer und zu den Opfern an dieser "Staatsgrenze". Die meist nur drei bis vier Seiten umfassenden Beiträge ergeben in der Summe eine Dramatik, in die sich der Leser rasch hineingezogen fühlt. Die Autoren haben offensichtlich in vielen Fällen auf frühere Texte zurückgegriffen und, soweit erforderlich, Informationen ergänzt.

Ob dieses Buch wirklich, wie Manfred Stolpe in seinem Vorwort schreibt, "so umfassend und so lebensnah" geschrieben ist wie kein anderes über die Wende, sei dahingestellt; die intime Kenntnis der Autoren und der flüssige Stil machen das Buch aber in der Tat zu einer spannenden Lektüre und zeigen zugleich sowohl die Notwendigkeit als auch die Wirkung einer für jede Demokratie unerläßlichen Freiheit der Medien - was diese freilich auch in die Pflicht nimmt, nämlich wahrheitsgetreu, nicht übertrieben und hysterisierend zu berichten.

Dirk Klose

Karl-Heinz Baum, Thomas Schiller (Hg.): "Mit Kerzen haben sie nicht gerechnet. Das Ende der DDR - von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit". Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2015 ...<<

5. Weshalb bezeichnet man die Bundesrepublik Deutschland auch als Kolonie der USA?

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands: In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).

Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes. Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde der 3. Oktober 1990.

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 29.09.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland, obgleich man die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 bildete!!!

Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag: "Tag der deutschen Einheit".

Bei der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich lediglich um die Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei unsouveränen, abhängigen Staatsgebilden. Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren nie souveräne Staaten. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde am 12. September 1990 ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 23.10.1954) und blieb weiterhin Zwangsmitglied der Europäischen Union, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und Artikel 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

Gemäß Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 1386 ff. vom 8. Oktober 1990 wurden durch den Abschluß des 2+4-Vertrages zahlreiche Punkte des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen) nicht verändert.

Folgende Bestimmungen der einzelnen Artikel des Überleitungsvertrages von 1954 blieben weiterhin gültig (x888/...): >>ERSTER TEIL: Artikel 1, Absätze 3, 4 und 5

(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)

(1) Die Organe der Bundesrepublik und der Länder sind gemäß ihrer im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeit befugt, von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern.

(3) Der in diesem Vertrag verwendete Ausdruck "Rechtsvorschriften" umfaßt Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen (mit Ausnahme gerichtlicher Entscheidungen), Direktiven, Durchführungsbestimmungen, Anordnungen, Genehmigungen oder sonstige Vorschriften ähnlicher Art, die amtlich veröffentlicht worden sind. Die Bezugnahme auf eine einzelne Rechtsvorschrift schließt alle und jeden ihrer Teile, einschließlich der Präambel, ein,

sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

(4) Die amtlichen Texte der in diesem Artikel erwähnten Rechtsvorschriften sind diejenigen Texte, die zur Zeit des Erlasses maßgebend waren.

(5) Der Ausdruck "Besatzungsbehörden", wie er in diesem Teil verwendet wird, bedeutet den Kontrollrat, die Alliierte Hohe Kommission, die Hohen Kommissare der Drei Mächte, die Militärgouverneure der Drei Mächte, die Streitkräfte der Drei Mächte in Deutschland, sowie Organisationen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausüben oder im Falle von internationalen Organisationen und Organisationen anderer Mächte (und der Mitglieder solcher Organisationen) - mit deren Ermächtigung handeln, schließlich die bei den Streitkräften der Drei Mächte dienenden Hilfsverbände anderer Mächte.

ERSTER TEIL: Artikel 2, Absatz 1

(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)

(1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind

ERSTER TEIL: Artikel 3, Absätze 2 und 3

(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)

(2) Soweit nicht in Absatz (3) dieses Artikels oder durch besondere Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte oder der betreffenden Macht etwas anderes bestimmt ist, sind deutsche Gerichte und Behörden nicht zuständig in strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, die sich auf eine vor Inkrafttreten dieses Vertrags begangene Handlung oder Unterlassung beziehen, wenn unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrags die deutschen Gerichte und Behörden hinsichtlich solcher Handlungen oder Unterlassungen nicht zuständig waren, ohne Rücksicht darauf, ob sich diese Unzuständigkeit aus der Sache oder aus der Person ergibt.

(3) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (1) dieses Artikels und jeder anderen einschlägigen Bestimmung des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der in seinem Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträge dürfen deutsche Gerichte die ihnen nach deutschem Recht zustehende Gerichtsbarkeit ausüben:

(a) in nichtstrafrechtlichen Verfahren, für die das Privatrecht maßgebend ist:

gegen juristische Personen, wenn die Gerichtsbarkeit der deutschen Gerichte vorher allein deswegen ausgeschlossen war, weil diese juristischen Personen der Kontrolle der Besatzungsbehörden nach dem Militärgesetz Nr. 52 und der Militärregierung, betreffend Sperre und Kontrolle von Vermögen, nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 9, betreffend Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der I. G. Farbenindustrie, oder nach dem Gesetz Nr. 35 der Alliierten Hohen Kommission, betreffend Aufspaltung der Vermögen der I. G. Farbenindustrie A. G., unterworfen waren;

gegen natürliche Personen, es sei denn, daß solche Verfahren aus Pflichten oder Diensten für die Besatzungsbehörden entstehen oder Handlungen oder Unterlassungen im Zuge der Erfüllung solcher Pflichten oder der Leistung solcher Dienste betreffen oder aus Ansprüchen entstehen, auf die in Artikel 3 des Neunten Teils dieses Vertrags Bezug genommen wird. Für Unterhaltsklagen sind deutsche Gerichte jedoch nur zuständig, soweit Unterhalt für die Zeit nach Inkrafttreten dieses Vertrags verlangt wird;

(b) in Strafverfahren gegen natürliche Personen, es sei denn, daß die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat von den Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte endgültig abgeschlossen war oder diese Straftat in Erfüllung von Pflichten oder Leistung von

Diensten für die Besatzungsbehörden begangen wurde.

Entsteht in einem strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, auf das in diesem Absatz Bezug genommen wird, die Frage, ob jemand in Erfüllung von Pflichten oder Leistung von Diensten für die Besatzungsbehörden gehandelt hat, oder ob die Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat endgültig abgeschlossen haben, so wird das deutsche Gericht eine Bescheinigung des Botschafters oder in seiner Abwesenheit des Geschäftsträgers der betreffenden Macht als schlüssigen Beweis für diese Frage in der in der Bescheinigung angegebenen Umfang anerkennen.

ERSTER TEIL: Artikel 5, Absätze 1 und 3

(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)

(1) Alle Urteile und Entscheidungen in nichtstrafrechtlichen Angelegenheiten, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland erlassen worden sind oder später erlassen werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln und auf Antrag einer Partei von diesen in der gleichen Weise wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden zu vollstrecken.

(3) Im Zusammenhang mit der Vollstreckung von Urteilen können Einwendungen gegen einen durch Urteil festgestellten Anspruch durch ein Verfahren nach § 767 der deutschen Zivilprozeßordnung vor dem zuständigen deutschen Gericht geltend gemacht werden.

ERSTER TEIL: Artikel 7, Absatz 1

(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)

(1) Alle Urteile und Entscheidungen in Strafsachen, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland gefällt worden sind oder später gefällt werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln.

ERSTER TEIL: Artikel 8

(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)

Folgende Personen genießen in bezug auf Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben, während ihrer Amtsdauer und nach deren Ablauf Immunität gegen gerichtliche Verfolgung im Bundesgebiet:

Mitglieder der in Absatz (2) des Artikels 4 dieses Teils bezeichneten Gerichte;

Mitglieder der in Absatz (1) des Artikels 6 des Dritten Teiles dieses Vertrags bezeichneten Gerichte, an deren Stelle das Oberste Rückerstattungsgericht tritt;

von einer der Drei Mächte ernannte Mitglieder des gemäß Absatz (1) des Artikels 6 dieses Teils errichteten Gemischten Ausschusses und des in Absatz (5) des Artikels 7 dieses Teiles bezeichneten Gemischten Beratenden Gnadenausschusses;

von einer der Drei Mächte ernannte Mitglieder des in Absatz (1) des Artikels 12 dieses bezeichneten Prüfungsausschusses;

Während ihrer Amtsdauer genießen diese Personen im Bundesgebiet ferner die gleichen Vorrechte und Immunitäten, die Mitgliedern diplomatischer Missionen gewährt werden.

DRITTER TEIL: Artikel 3, Absatz 5, Buchstabe a des Anhangs

(SATZUNG DES OBERSTEN RÜCKERSTATTUNGSGERICHTES)

Die Richter haben während ihrer Amtszeit den Rang der entsprechenden Mitglieder des Bundesgerichtshofes und genießen während ihrer Amtszeit und nach deren Ablauf Immunität gegenüber gerichtlicher Verfolgung für Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben.

DRITTER TEIL: Artikel 6, Absatz 3 des Anhangs

(SATZUNG DES OBERSTEN RÜCKERSTATTUNGSGERICHTES)

Absatz (3), (4) und (5) des Artikels 2 und Absatz (4) und (5) des Artikels 3 dieser Satzung finden auf die Geschäftsstellenleiter des Gerichtes entsprechende Anwendung.

SECHSTER TEIL: Artikel 3, Absätze 1 und 3

(REPARATIONEN)

(1) Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.

(3) Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisationen oder Regierungen gehandelt haben, werden nicht zugelassen.

Anmerkung: Folgender Artikel wurde **nicht** übernommen

SECHSTER TEIL: Artikel 1, Absätze 1 wurde gestrichen:

Die Frage der Reparationen wird durch den Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern oder vorher durch diese Frage betreffende Abkommen geregelt werden. Die Drei Mächte verpflichten sich, zu keiner Zeit Forderungen auf Reparationen aus der laufenden Produktion der Bundesrepublik geltend zu machen.

SIEBENTER TEIL: Artikel 1

(VERSCHLEPPTEN PERSONEN UND FLÜCHTLINGE)

Die Bundesrepublik verpflichtet sich:

(a) (gestrichen)

(b) (gestrichen)

(c) (gestrichen)

(d) die Fortführung der Arbeiten zu gewährleisten, die gegenwärtig vom Internationalen Suchdienst durchgeführt werden;

(e) die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber alliierter ziviler Kriegsoffer (falls von den beteiligten Staaten nicht anderweitig vorgesehen), verschleppter Personen und nichtdeutscher Flüchtlinge im Bundesgebiet zu übernehmen und Pilgerfahrten von Angehörigen zu diesen Gräbern zu erleichtern;

(f) den Behörden der Drei Mächte und anderer beteiligter alliierter Staaten bei der Exhumierung und Überführung der Leichen von Kriegsoffern die gleichen Möglichkeiten wie bisher zu gewähren.

SIEBENTER TEIL: Artikel 2

(VERSCHLEPPTEN PERSONEN UND FLÜCHTLINGE)

Die Bundesrepublik wird für die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber alliierter Soldaten im Bundesgebiet (falls von den beteiligten Staaten oder den diesen Zwecken dienenden Organisationen dieser Staaten nicht anderweitig vorgesehen) Sorge tragen und die Tätigkeit dieser Organisationen erleichtern. Jede der Drei Mächte wird in ihrem Mutterland für die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber deutscher Soldaten Sorge tragen und die Tätigkeit von Organisationen erleichtern, die diesen Zwecken dienen.

Neunter Teil: Artikel 1:

(GEWISSE ANSPRÜCHE GEGEN FREMDE NATIONEN UND STAATSANGEHÖRIGE)

Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland dürfen deutsche **Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen**, gegen die Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet ha-

ben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im Kriegszustand waren oder in Artikel 5 des Fünften Teils dieses Vertrags genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige **keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben** wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht der Bundesrepublik geltend machen.

ZEHNTER TEIL: Artikel 4

(AUSLÄNDISCHE INTERESSEN IN DEUTSCHLAND)

Die Bundesrepublik bestätigt, daß nach deutschem Recht der Kriegszustand als solcher die vor Eintritt des Kriegszustandes durch Verträge oder andere Verpflichtungen begründeten Verbindlichkeiten zur Bezahlung von Geldschulden und die vor diesem Zeitpunkt erworbenen Rechte nicht berührt.

Anmerkung: Hier ist unter anderem das Versailler Diktat gemeint, sowie die damit verbundenen Reparationsforderungen.<<

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig.

Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937. Dieser Verzicht verstieß eindeutig gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser gewaltsam festgesetzten Grenzen indirekt die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):

>>Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schrieb über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (x800/...): >>... 1. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht identisch mit dem Deutschen Reich und daher auch nicht identisch mit dem Deutschland von heute.

Das Deutsche Reich besteht vielmehr bis auf den heutigen Tag fort. Und zwar aus folgenden Rechtsgründen:

2. Es gibt kein festes Datum, ab dem das Deutsche Reich untergegangen wäre. Daher besteht das Deutsche Reich bis auf den heutigen Tag fort. Das hat auch noch zur Folge, daß auch das Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 46 aus dem Jahre 1947, daß das Land Preußen auflösen sollte und wollte, von Rechts wegen nicht besteht.

Denn es widerspricht dem allgemeinen Völkerrecht eindeutig, da eine Besatzungsmacht nach Kriegsvölkerrecht nicht berechtigt ist, das Gebiet des besetzten Landes willkürlich zu verändern. Nach Artikel 25 des Grundgesetzes geht das Völkerrecht dem deutschen Recht im Range vor, weshalb alles, was dagegen verstößt, in Deutschland rechtswidrig ist.

Das ergibt sich völkerrechtlich aus dem im Völkerrecht für den Krieg allein geltenden Gesetz

des Internationalen Kriegsrechts, der sog. Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907. Sie gilt noch heute für jede Besatzungsmacht in jedem fremden Land, das infolge eines Krieges besetzt wurde (Artikel 22). Mithin ist davon auszugehen, daß das Deutsche Reich und auch Preußen noch vollständig weiterbestehen und nicht etwa gar völkerrechtlich zulässig von den Okkupationsmächten Polen, Rußland (Nord-Ostpreußen), Litauen (Memelkreise) annektiert worden sind.

3. Nach allgemeinem Völkerrecht könnte das Deutsche Reich und auch Preußen am 8. Mai 1945 erloschen sein, sofern eine sogenannte *debellatio* vorliegen würde. Das ist nach allgemeinem Völkerrecht dann der Fall, wenn eine politische Macht durch eine andere militärische Macht den Staat "Deutsches Reich" und auch "Preußen" vollkommen besiegt hätte.

Das aber war nicht der Fall, wie sich völkerrechtlich eindeutig aus der "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Gewalt des Staates durch die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 (sog. Berliner Erklärung)" ergibt.

Dort erklärten die Sieger das Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Daher betrachten sie Deutschland als politische Einheit in diesem Rahmen und wollten so über Deutschland verhandeln. Das bedeutet, daß *debellatio* Deutschlands nicht vorliegt und daß schon aus diesem Rechtsrahmen und Rechtsgrund das Deutsche Reich und Preußen staats- und völkerrechtlich in vollem Umfang fortbestehen.

4. Diese Rechtsgrundlage wurde vom deutschen Staatsrecht bestätigt, indem das Bundesverfassungsgericht am 31. Juli 1973 nach deutschem Verfassungsrecht festlegte, daß das Deutsche Reich fortbesteht und daß das bis auf den heutigen Tag so bleibt, da diese Entscheidung bis heute nicht aufgehoben wurde.

Sie wurde sogar noch durch eine neue Entscheidung dieses Gerichtes von 1975, die zu den Ostverträgen erging, bestätigt, welche ebenfalls bis heute fortbesteht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist daher nach dem allgemeinen Öffentlichen Recht, also nach dem Völkerrecht und dem deutschen Staatsrecht nicht identisch mit dem Deutschen Reich, das als solches bis heute fortbesteht.

Sie ist daher auch nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das ja als solches staats- und völkerrechtlich weiterbesteht.

Es wird international auch nicht etwa durch die Bundesrepublik Deutschland vertreten, da dafür kein entsprechendes Mandat besteht.

Eine den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes entgegenstehende Entscheidung hat es bis heute noch nicht gegeben.

5. Nach diesen beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes sind die ersten staatsrechtlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Wiedervereinigung des gesamten Deutschen Reiches, also auch jenseits von Oder und Neiße, und ihre Pflichten zur Erreichung dieses Zieles nicht aufzugeben, sowie alles zu unterlassen, was dieses Ziel verhindern könnte.

Es ist aber nicht zugleich in diesen Entscheidungen festgestellt worden, in welchem Rahmen diese Wiedervereinigung erfolgen sollte, wie also Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße behandelt werden sollte.

6. Die hiermit geschaffenen Daten der Wiedervereinigung und des Völkerrechtsstatus Gesamtdeutschlands und Preußens sind jedenfalls auf das Gebiet des Deutschen Reiches beschränkt, das nicht zugleich identisch mit dem der Bundesrepublik Deutschland ist. ...

9. Das ist auf die Formulierung des Artikel 25 des Grundgesetzes zurückzuführen: Danach ist das Völkerrecht Bestandteil des deutschen Bundesrechts.

Diese allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und

Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Während viele Bestimmungen des Grundgesetzes nicht unbedingt Bestandteil des deutschen Rechts geworden sind, da sie von den Alliierten den Deutschen aufgezwungen worden sind und das deutsche Volk nie befragt wurde, ob es auch diese Bestimmungen haben wolle, gilt dieses nicht für den Artikel 25 GG.

10. Dort ist allein auf der Grundlage des allgemeinen Völkerrechts die Wirkung dieser Bestimmung zur nationalen deutschen Pflicht geworden und völkerrechtlich zulässig. ...

II

... 10. 10. Dazu ist zu a) und b) festzustellen:

a) Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind zweifellos annektiert worden. Eine solche Annexion soll durch den Grenzanerkennungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990 durch dessen folgende Ratifikation abgeschlossen werden und "Recht" begründen.

Entsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990, künftig keine Gebietsansprüche künftig mehr gelten zu machen.

b) Eine solche Annexion ist aber niemals ein völkerrechtlicher Grund für einen dauerhaften Erwerb aller deutschen Ostgebiete durch die polnische und sowjetische Annexion und Okkupation.

11. 11. Jede Vereinbarung, die die von Polen und der Sowjetunion annektierten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße betrifft, ist somit zunächst in diesen beiden Punkten eine Verletzung von Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Rechtsfolge könnte daher von jeder Bundesregierung, die der jetzigen folgt, den Okkupationsmächten gegenüber geltend gemacht werden.

Daher kann eine solche Vereinbarung nicht dem Frieden in Europa auf Dauer dienen. Denn dieser völkerrechtlich begründete Rechtsanspruch nach der UNO-Konvention vom 22. November 1967 ist unverjährbar und unverzichtbar nach Artikel 8, Abs. 4 der Genfer Konvention von 1949. Die Geltendmachung solcher Ansprüche gegen Polen und Rußland ist völkerrechtlich daher jederzeit zulässig.

12. 12. Darüber hinaus ergibt sich ebenfalls aus dem allgemeinen Recht der internationalen Verträge ein weiterer Rechtsgrund, dessen Nichtbeachtung gleichfalls zur Nichtigkeit im Sinne von Artikel 57 der Wiener Vertragskonvention von jeder entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung führt, mit der die Bundesrepublik Deutschland die von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße an die beiden Okkupationsmächte abtreten wollte und würde.

Wenn ein solcher Abtretungsvertrag völkerrechtswirksam sein sollte, muß die Bundesrepublik Deutschland vorerst einmal über die abzutretenden Gebiete auch völkerrechtlich überhaupt abtretungs- und damit verfügungsberechtigt gewesen sein.

Das war jedoch zu keinem Zeitpunkt jemals der Fall, denn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich nie über Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.

13. 13. Denn unstreitig ist die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls vor der Annexion der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße über diese Gebiete schon damals nicht völkerrechtlich befugt gewesen, weil sie zum Zeitpunkt der Annexion gar nicht bestand.

Sie ist aber auch nachträglich nicht völkerrechtlich verfügungsberechtigt geworden.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache über den Fortbestand des Deutschen Reiches, das als solches allein völkerrechtlich verfügungsberechtigt über seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße ist, ist es auch bis heute nicht untergegangen. Doch ist es als solches auch heute noch nicht einmal völkerrechtlich handlungsfähig.

...

Die Wiedervereinigung hat durch Einigungsvertrag nämlich ebenso wie durch den Zwei-plus-

Vier-Vertrag ausdrücklich nur für Westdeutschland und Mitteldeutschland stattgefunden. Auch der Untergang des Deutschen Reiches ist bisher noch durch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.

Für seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße bleibt daher auch allein das Deutsche Reich Verfügungsberechtigt. Doch ist es völkerrechtlich nicht handlungsfähig und kann daher schon aus diesem Rechtsgrund kein Gebiet völkerrechtlich zulässig abtreten.

15. 15. Demzufolge hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen "Grenz-
anerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 deutsche Gebiete abgetreten, die abzutreten sie weder staats- noch völkerrechtlich die Möglichkeit und daher auch nicht die Befugnis hatte, da sie niemals die Territorialgewalt über diese Ostgebiete ausübte.

Die Wiener Vertragsrechtskonvention kennt zwar keine ausdrückliche Bestimmung, wonach ein Vertrag, der eine unmögliche Leistung zum Gegenstand hat, nichtig ist. Doch gilt auch hier der alte Rechtssatz: Es gibt keine Verpflichtung zu etwas Unmöglichem. Dieser allgemeine Rechtssatz ist sicherlich zwingende Norm des Völkerrechts.

Daher ist der Vertrag vom 14. November 1990, der Ostdeutschland an Polen abtritt, nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention nichtig, weil er eine Leistung verspricht, die keiner der Beteiligten erbringen kann.

a) Die Bundesrepublik Deutschland nicht, weil sie über dieses Gebiet völkerrechtlich nicht Verfügungsberechtigt ist.

b) Das Deutsche Reich nicht, weil es zwar die Territorialhoheit über seine Ostgebiete hatte und daher insoweit völkerrechtlich auch Verfügungsberechtigt gewesen wäre, es aber zur Zeit nicht kann, weil es völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist. ...

Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals Verfügungsberechtigt war, da sie darüber niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtswidrig erlangt wurde.

Auch eine solche Nichtigkeit kann daher jede zukünftige Bundesregierung zu jeder Zeit gegen eine polnische und russische (und litauische) Okkupationsmacht geltend machen.

20. Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.

Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat. ...

"Nichts ist geregelt, was nicht auch gerecht geregelt wurde" (Abraham Lincoln).<<

Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.

Infolge der genialen Vernebelungstaktik wurde jahrzehntelang nicht bekannt, daß die Gründung und die spätere Erweiterung der Europäischen Union in erster Linie von den Vereinigten Staaten von Amerika durchgesetzt wurde, um die wieder aufstrebende deutsche Industriemacht zu neutralisieren und um den sowjetischen Einfluß in Europa zu reduzieren.

Die führende US-Ordnungsmacht benötigte die EU und die NATO außerdem unbedingt für die Realisierung ihrer angestrebten Weltmachtspolitik (Schaffung einer "neuen Weltordnung"). Ferner ging es um die Erweiterung von profitablen Absatzmärkten und strategischen US-Direktinvestitionen sowie um die wirtschaftliche Eindämmung und Zerstörung der kommunistischen UdSSR.

Nach der erfolgreichen politischen und wirtschaftlichen Zerstörung der UdSSR im Dezember

1991 ordnete die NWO-Führung des US-Imperiums schließlich die Ablösung der bisherigen europäischen Nationalstaaten durch den angeblich dringend benötigten EU-Einheitsstaat bzw. die Vereinigten Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA an.

Die katastrophalen Fehlentwicklungen unserer heutigen Gesellschaft (Umerziehung, NS-Schuldskult, politische Korrektheit, Gleichmacherei, EU-Transferzahlungen, ständig neue Entschädigungsleistungen, menschengemachter Klimawandel, Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft, Globalisierungsideologie, Multikulti, Migrationskrise, Gender Mainstreaming, Einführung von Gentechnik, etc.) wurden zweifelsfrei durch die alliierten Siegermächte des Ersten und Zweiten Weltkrieges sowie durch die maßgeblichen NWO-Verantwortlichen eingeleitet und realisiert.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb im Jahre 1992 über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Mai 1996: >>**Karlsruhe beendet Streit um die SBZ-Bodenreform**

Enteignungen zwischen 1945 und 1949 bleiben bestehen / Betroffene rügen "Anschlag auf den Rechtsstaat"

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Schlußstrich unter den Streit um die Bodenreform gezogen: Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bleiben unumkehrbar, neue juristische Vorstöße dagegen sind zwecklos. ...

Die Bundesregierung hatte argumentiert, die Unumkehrbarkeit der Enteignungen von 1949 sei von der Moskauer Seite zur Bedingung gemacht worden. Dieser Darlegung folgend, hatte das Gericht die Ungleichbehandlung gegenüber den nach 1949 Enteigneten für rechtmäßig erklärt. Nach Auflösung der Sowjetunion hatte jedoch der frühere UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow Interviewäußerungen gemacht, wonach es ihm seinerzeit auf die Unumkehrbarkeit nicht ankam. ...

Zustimmung kam am Donnerstag von der SPD und den Grünen in Bonn ... Werner Schulz (Grüne) sagte, niemand könne ein halbes Jahrhundert rückabwickeln.

Die Betroffenen zeigten sich empört. ... Die nachträgliche Anerkennung der Bodenreform sei "ein Anschlag auf den Rechtsstaat". ...<<

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>... **Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.**<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 18. März 2000 (x887/...): >>**Gedanken zur Zeit: Kampf der Kontinente / Konflikte als Chance**

Von *Alfred Mechttersheimer*

Was sich wie ein politisch unkorrekter Witz anhört, ist traurige Realität. Deutschland zahlt auch heute noch Schulden aus dem Versailler Diktat und wird dies noch bis ins Jahr 2020 tun. Wie lange Deutschland für den Zweiten Weltkrieg zahlen wird, ist nicht abzusehen. Die Annahme jedenfalls, mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 sei das Problem weiterer Reparationen vom Tisch, hat sich in diesen Tagen als Trugschluß erwiesen. Der Verzicht auf einen Friedensvertrag schützt keineswegs vor Zahlungsforderungen.

Weshalb hat Washington das Tabu der deutschen Reparationen gebrochen? Offensichtlich hat die Bereitschaft der deutschen Industrie und Regierung zu Entschädigungsleistungen für NS-

Zwangsarbeiter Begehrlichkeiten geweckt. In Umkehrung der Zeitgesetze rückt das Ende des Zweiten Weltkriegs nicht weiter weg - wir kommen ihm immer näher. Bislang galt das vor allem für die deutsche Schuld, nun aber soll es auch für deutsche Schulden gelten.

Um Geld geht es den USA nur in zweiter Linie. Hauptmotiv ist der Kampf gegen den Wiederaufstieg des wiedervereinten Deutschland. Die Ablösung Europas als stärkstes Machtzentrum der Welt durch die USA verläuft keineswegs so glatt, wie dies zunächst aussah. Japan konnte durch währungspolitische Maßnahmen zurückgedrängt werden, aber der alte Kontinent zeigt eine überraschende Dynamik und hält auf den globalisierten Märkten gut mit. Selbst auf dem US-Markt dringt die europäische Konkurrenz weiter vor. An der Ostküste sieht man sich um die Früchte des Sieges nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Kalten Krieg betrogen.

Die Symbole der europäischen Renaissance sind Airbus, Ariane, Deutsche Bank, Daimler-Chrysler oder SAP. In Schröder sieht man den ersten deutschen Kanzler, der die Kluft zwischen ökonomischer Stärke und außenpolitischer Zweitklassigkeit abbauen will, und das auf recht undiplomatische Weise. Dies ist eine Provokation, die von den USA immer öfter mit dem Griff in die deutsche Vergangenheit beantwortet wird. Die Instrumentalisierung deutscher Schuld erfolgte bislang subtil, jetzt wird sie offen betrieben.

Die sich jetzt abzeichnende neue Phase der deutsch-amerikanischen Beziehungen stellt auch das Verhältnis Deutschlands zu seinen europäischen Partnern auf die Probe. Frankreich, Großbritannien, Italien verfolgen mit klammheimlicher Freude die neue Deutschlandpolitik der USA. Aber ihre wirtschaftlichen Interessen sind so eng mit der europäischen Zentralmacht verflochten, daß sie sich im Konflikt zwischen Washington und Berlin für den europäischen Nachbarn entscheiden müssen. Schließlich ist die Wiedergeburt Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine gemeinsame europäische Leistung, zu der neben Deutschland vor allem Frankreich einen Großteil beigetragen hat und in jüngster Zeit verstärkt beiträgt.

Deshalb liegt es im gemeinsamen europäischen Interesse, wenn deutsche Außenpolitik künftig auf gleicher Augenhöhe mit den USA gemacht wird. Amerikanische Außenpolitik folgt den Regeln der Macht, sie ist berechenbar. Dazu gehört auch, daß Gefolgschaft nicht belohnt, sondern ausgenutzt wird. Respektiert wird nur, wer seine Interessen konsequent vertritt. Diese Regeln hatte die Bonner Außenpolitik permanent mißachtet. Eine durchdachte Berliner Außenpolitik gibt es nicht. Außenminister Fischer ist dafür von Haus aus ungeeignet, weil ihm die zentrale Kategorie der internationalen Politik, nämlich nationales Interesse, fremd ist. Im Kanzleramt sind zwar richtige Reflexe, aber noch keine Konzepte zu erkennen.

Neue Berliner Außenpolitik muß im Bewußtsein der historisch einmaligen Leistungen Deutschlands nach 1945 betrieben werden. Das außenpolitische Fundament sind privilegierte Beziehungen mit Frankreich im Westen und Rußland im Osten. Wenn die Versuche der US-Regierung, die Gegensätze innerhalb Europas zu verschärfen und zu nutzen, mit Geschlossenheit nach außen beantwortet werden, dann sind die transatlantischen Spannungen Europas Chance.

Ein Europa, das sich in absurden Integrationsbemühungen verschleißt, wird diese Geschlossenheit nach außen nicht aufbringen. Es gilt Kurt Schumachers Wort: "Nur wer sein Vaterland bejaht, ist zu internationaler Zusammenarbeit bereit." Dieser Satz gilt für die deutsche Politik gegenüber den USA und Europa gleichermaßen, für ein Europa jenseits von Versailles - und dessen Folgen.<<

Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. März 2008 über das Deutsche Reich (x887/...): >>Wann war das Dritte Reich?

... Das Zweite Reich, das "Wilhelminische Deutschland", begann am 18. Januar 1871, als König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde.

Wann endete das Zweite Reich? Sicher nicht 1918, wie das die Nationalsozialisten sahen. Denn 1918 wie 1933/34 änderte sich jeweils nur die Regierungsform. 1938 entstand ein "Großdeutsches Reich", das beinahe den großdeutschen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts entsprach. Aber auch wenn im "Anschluß-Gesetz" (RGBl Nr. 28 vom 18.3.1938) "Großdeutsches Volksreich" steht - völkerrechtlich blieb es wie 1918 das "Deutsche Reich". ...

Anders als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wurde das Deutsche Reich nie durch irgendeinen Formalakt für beendet erklärt - nicht durch die Kapitulation, nicht durch die Besatzungsmächte, nicht durch Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, ja nicht einmal durch den "Zwei-Plus-Vier-Vertrag". So wurde die Bundesrepublik zwar Rechtsnachfolgerin des nie für tot erklärten Reiches - mit allen daraus erwachsenen Nachteilen. Friedensvertrag gibt es aber keinen. Und auch Österreich hat nur einen "Staatsvertrag" mit Einschränkungen der Souveränität, darunter das "Anschlußverbot".<<

Der deutsche Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim berichtete 2008 in seinem Buch "Die Deutschlandakte", Seite 16 (x357/9): >>"Tatsächlich waren es die westlichen Besatzungsmächte, die die Entstehung des Grundgesetzes beherrschten. Sie dekretierten den Erlaß des Grundgesetzes, nahmen massiv Einfluß auf seinen Inhalt und stellten sein Inkrafttreten unter den Vorbehalt ihrer Genehmigung."

Der deutsche Jurist Dr. Klaus Sojka (1926-2009) schrieb im Jahre 2008 über die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland (x857/...): >>Die BRD ist kein Staat

Die BRD ist kein Staat, sondern lediglich ein provisorisches "Besatzungs-Konstrukt". ...

Die Annahme oder Ablehnung des Grundgesetzes kann nur unmittelbar durch das Volk bestimmt werden.

Das geht aus Art. 20 II hervor. Danach geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Sie wird (vornehmlich) vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und (untergeordneter, zweitrangiger Weise) durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Nun wurde auch hier mit formaljuristischen Winkelzügen "ausgelegt", daß der Text "in Wahlen und Abstimmungen" nur für den Begriff Wahlen gilt. Abstimmungen könnten nur bei der Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29) stattfinden.

Demgegenüber ist klarzustellen, daß ein Verfassungstext eindeutig sein muß, daß er für jedermann verständlich und in keiner Weise "auslegungsfähig" ist. Sonst gilt im Zweifel das, was dem Volk selbst zum Besten gereicht.

Und hätten die Väter des Grundgesetzes tatsächlich den Begriff der Abstimmungen nur auf die Neugliederung des Bundesgebiets bezogen, hätten diese besten Fachleute das mit wenigen Worten im Text festgestellt. Die Einschränkung auf Art. 29 II GG ist daher verfassungswidrig, weil willkürlich, daher unbeachtlich. -

Und eine Annahme unmittelbar durch das Volk gleichsam durch schlüssige Handlung, etwa durch mehrheitliche Teilnahme an Bundestags-Wahlen, ist staatsrechtlich ebenso undenkbar wie der Begriff "indirekte Demokratie", der einen Widerspruch in sich bezeugt. Das Grundgesetz ist daher gegenwärtig nicht wirksam zustande gekommen. Und weil jeder Staat die klassischen Mindest-Säulen, nämlich ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine gültige Verfassung, aufweisen muß, kann die BRD kein rechtlich fundierter Staat sein. Eine gültige Verfassung für Deutschland steht, wie erwähnt, nach wie vor aus. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im April 2011) über die politische Entmündigung der Bundesrepublik Deutschland (x878/...): >>8. Mai 1945: Tag der Befreiung?

Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945

... Entmündigte Außenpolitik

Wenig reflektiert ist bisher, daß 1945 auch das Jahr der außenpolitischen Entmündigung Deutschlands ist. Mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über Restdeutschland. Eine deutsche Regierung gab es bis zur Gründung der DDR und der Bundesrepublik nicht, beide Staaten wurden unter Vormundschaft und Aufsicht der Supermächte USA und UdSSR ins Leben gerufen. In der Außenpolitik waren beide Staaten weder frei noch souverän. (Übrigens auch nicht in der Innenpolitik.) Die Bundesrepublik erhielt z.B. erst 1951 ein Auswärtiges Amt und gewann dann im Lauf der Jahre etwas an außenpolitischer Bewegungsfreiheit.

Die Bundesrepublik und die DDR bewegten sich in einem engen, von den Siegermächten im Westen und der Sowjetunion im Osten vorgegebenen Korsett. Abweichungen, wie die Ostpolitik Willy Brandts wurden z.B. in Washington mit Argusaugen beobachtet und teilweise ausgebremst. Der außenpolitische Schulterschuß mit den USA war eine unerläßliche Lebenslinie jeder Bundesregierung. War er gefährdet, wie in der Nachrüstungsdebatte nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979, stürzte die Regierung, während sich die neue ihres Rückhalts in Washington versicherte.

Die außenpolitische Entmündigung, unter anderem als Bündnistreue und zum Teil auch als Multilateralismus eingekleidet, hatte Bestand bis zur Wiedervereinigung. Sie war aus der Sicht der deutschen politischen Klasse eine Art Gottesgeschenk. Sie entthob die deutsche Außenpolitik von schwierigen Entscheidungen, der Übernahme internationaler Verantwortung und eigenverantwortlicher Interessenpolitik.

Die Formulierung "nationaler Interessen" galt als eine Art Teufelswerk, das - abgesehen von Wirtschaftsinteressen - mit einem Tabu belegt war. Die Bundesrepublik ging im Westen, sprich NATO und Europäische Einigung in einer Weise auf, die für Frankreich, Großbritannien und natürlich die USA unvorstellbar war.

Mühsam und gegen Widerstände mußte in den Jahren nach 1990 der Begriff der "nationalen Interessen" erst wieder entdeckt und positiv besetzt werden, obwohl er die Grundlage jeder Außenpolitik ist. Die "nationalen Interessen" sind die einzige Münze, die im internationalen Verkehr, in der internationalen Politik zählen. Rationale Außenpolitik ist nur auf dieser Grundlage möglich.

Zum Zeitpunkt der Rede Weizsäckers, 1985, bedeutete die "Befreiung" auch ein Ja zur fort-

dauernden außenpolitischen Entmündigung. Die westdeutsche politische Klasse war froh, den Entscheidungszwängen entronnen zu sein, die Deutschland nach der Reichsgründung 1871 in die Katastrophen der Weltkriege geführt hatten. Die deutsche Politik und Diplomatie hatten sich nach 1871 im europäischen Interessengeflecht nie zurechtgefunden und waren schließlich als Außenseiter gescheitert (vgl. Guntram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?).

Nach der Niederlage 1945 und der bedingungslosen Kapitulation war die deutsche außenpolitische Entmündigung durch Fremdeinwirkung der Sieger komplett. Im Lauf der Jahre wurde sie in Randbereichen etwas gelockert. 1985 bekam die deutsche Einordnung/Unterordnung unter den fremden Willen mit der Rede Weizsäckers den Charakter der Freiwilligkeit. Die deutsche politische Klasse, die seit der Reichsgründung 1871 auf keine außenpolitische Erfolgsgeschichte sondern nur auf Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Katastrophen zurückblicken konnte, orientierte sich lieber an Vorgaben aus Washington, London, Paris und im Osten aus Moskau. Die Rede Weizsäckers übergab die deutsche außenpolitische Selbstentmündigung mit dem Glorienschein der Befreiung. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Oktober 2011: >>"Lebenslüge der Bundesrepublik"

von Egon Bahr

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt "drei Briefe" an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden.

Willy Brandt war empört. Zum einen darüber, daß man dem früheren Regierenden Bürgermeister damit unterstellte, er wüßte nicht, was die Vorbehaltsrechte der drei Mächte für Berlin (West) seit der Gründung der Bundesrepublik bedeutet haben. Zum anderen hat er sich immer auf seine demokratische Wahl bezogen und dieses Mandat über dem der weisungsgebundenen Stadtkommandanten empfunden. Vor allem hat es ihn empört, weil er als Bundeskanzler zuerst seinem Amtseid verpflichtet ist.

Die Siegermächte besiegelten die Deutsche Teilung

Die Beamten haben ihn darauf hingewiesen, daß Adenauer diesen Brief vor der Genehmigung des Grundgesetzes durch die drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. - Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt.

Nachdem ich die Leitung des Planungsstabes im Auswärtigen Amt 1967 übernommen und gefragt habe, welche Papiere zur Regelung der Deutschen Einheit existierten, erhielt ich zur Antwort: Keine. Das ist nicht unsere Kompetenz. Außerdem war Brandt bewußt, daß seit dem Bau der Mauer, der im stillschweigenden Konsens der vier Sieger vollzogen worden war, Versuche, Risse in diese zu bekommen, nur unterhalb dieser Siegerrechte denkbar waren. Als

menschliche Erleichterungen genehmigten alle Vier die Verhandlungen der beiden deutschen Seiten und ihr Ergebnis, die Passierscheine.

Niemand ahnte damals, daß aus der Wahrnehmung deutscher Interessen in der ehemaligen Hauptstadt allmählich ein Riesengebäude der Ost- und Entspannungspolitik werden würde. Sie existierte und lebte nur von ihrer klaren Unterordnung und der Respektierung für die unkündbaren Rechte der vier Siegermächte.

Die Souveränität für das kleinere Deutschland

In der Tat: Seit der Zementierung der Teilung Berlins war auch der Status quo Deutschlands und Europas vollzogen. Keine Regierung hat danach noch einen Schritt in der deutschen Frage unternommen, auch nicht die Bundesregierung oder die drei Mächte. Alle begnügten sich mit der vielfältigen Wiederholung, daß die Wiedervereinigung ihr Ziel bliebe. Wir hatten natürlich auch nicht den geringsten Schimmer einer Ahnung, daß daraus schließlich 1972 das Vier-Mächte-Abkommen für Berlin erwachsen würde.

Dieser Markstein der Nachkriegsgeschichte war der Augenblick, als die vier Mächte nur mit den beiden deutschen Regierungen diesen Vertrag in Kraft setzen konnten. Das Modell Vier plus Zwei, aus dem 17 Jahre später das Modell Zwei plus Vier wurde. Die Vier konnten gar nicht mehr anders, als am 15. März 1991 die Souveränität, die mit der bedingungslosen Kapitulation des Reiches am 8. Mai 1945 untergegangen war, dem kleineren Deutschland zurückzugeben.

Seit diesem völkerrechtlichen Akt, nicht dem staatsrechtlichen Tag der Einheit am 3. Oktober 1990, gibt es nur noch ein Relikt der deutschen Teilungsjahrzehnte: In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer die Feindstaatenartikel, nach denen die Sieger im Falle eines Falles ihre Rechte über Deutschland aktivieren können.

Lebenslüge der alten Bundesrepublik

Die BRD und die DDR mußten einen Brief, den ich mit DDR-Staatssekretär Michael Kohl abgestimmt habe, an unsere jeweiligen Großen oder Freunde schreiben, daß auch durch Beitritt der beiden Staaten die Siegerrechte nicht erlöschen. Aber das spielt keine Rolle mehr, weil die Vier versichert haben, sie würden sich darauf nicht mehr berufen und die Charta seit ihrem Bestehen nicht verändert wurde und die Büchse der Pandora geöffnet würde, falls man auch nur in einem Punkte damit beginnen würde.

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen.

Egon Bahr war Berater (ab 1960) und persönlicher Freund Willy Brandts und als Bundesminister für besondere Aufgaben (1972 bis 1974) Leiter der Deutschlandpolitik sowie "Architekt" der Neuen Ostpolitik. Geboren 1922 im thüringischen Treffurt, wurde er wegen seiner jüdischen Großmutter als Musikstudent abgelehnt, später - 1944, nach Einsätzen an der Westfront - aus der Wehrmacht ausgeschlossen. Der ehemalige Fahnenjunker lernte Industriekaufmann, bevor er Journalist wurde. 1956 trat er in die SPD ein, deren Bundesgeschäftsführer er von 1976 bis 1981 war. Unter Helmut Schmidt ist er noch bis 1976 Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bahr veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter: "Deutsche Interessen" (Blessing, 1998), "Der Nationalstaat. Überlebt und unentbehrlich" (Steidl, 1999) und "Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal" (Blessing, 2003).<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Ver-

faßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "**Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.**" ...<<<

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulien berichtete über die Energieerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland (x866/...): >>Welche Energietechnik ist den Deutschen erlaubt?

Die Lösung der Energiefrage in Deutschland ist eines der wichtigsten technischen und politischen Probleme, das in naher Zukunft angegangen werden muß mit dem Willen zu echten und dauerhaften Lösungen. Die Frage ist sehr komplex und historisch belastet. Da imperiale Ansprüche mit der Energiefrage verknüpft sind, ist die Diskussion heikel und voller Fallgruben und ideologischer Vernebelungen. Nichts hat die Geschichte der letzten hundert Jahre so geprägt wie der Kampf um die Kontrolle der Ölreserven der Welt in erklärten und unerklärten Kriegen. Dem Erdöl wird von F. William Engdahl die wichtigste Rolle im Kampf um die Weltherrschaft zugeschrieben, aber auch von anderen klugen Beobachtern.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte sich, daß die zukünftige technische und wirtschaftliche Entwicklung sehr eng mit dem Erdöl verknüpft sein wird. Automobile und Flugzeuge benötigen zu ihrem Betrieb Benzin, das aus Erdöl destilliert wird.

Nach dem ersten Weltkrieg mußte Deutschland seine Rechte an dem mesopotamischen Erdöl und an der Bagdadbahn an die Siegermächte abtreten. Es hatte damit keine nennenswerten Energievorräte mehr - abgesehen von der Steinkohle im Ruhrgebiet -, nachdem die oberschlesischen Gruben an Polen, die saarländischen an Frankreich abgetreten waren. Da das unseren westlichen Freunden nicht genügte, erfolgte 1923 die Ruhrbesetzung und die Abtrennung des Ruhrgebiets, die leider nicht den gewünschten Erfolg brachte.

Deutschland hatte zu jener Zeit allerdings noch beträchtliche geistigtechnische und moralische

Ressourcen. Seine Wissenschaftler und Techniker entwickelten in kurzer Zeit ein effektives Verfahren, um aus dem heimischen Energierohstoff Kohle durch Hydrierung ... Benzin zu produzieren. Die Führung des Staates erkannte die Bedeutung der Erfindung und förderte mit beträchtlichen Mitteln den Bau von Hydrieranlagen. Das künstliche Benzin war natürlich teurer als das aus dem billigen Erdöl der Kolonien gewonnene - aber die Erpressungsmöglichkeiten waren reduziert.

Das Energieproblem war technisch gelöst, aber nicht politisch - was dann zu kriegerischen Auseinandersetzungen und zum 2. Weltkrieg führte. Nach dem erfolgreich durchgeführten Kreuzzug gegen die Terroristen in Mitteleuropa konnten sich die siegreichen Amerikaner ab 1945 an den Umbau der deutschen Wirtschaft machen, wie es die Kriegsziele vorsahen. So wurden die Kohleverflüssigungsanlagen geschlossen - die in der östlichen Zone erst nach 1989 - sowie der Bergbau allmählich gedrosselt und der Erdölverbrauch gefördert - die Ölvorräte waren ja in guten Händen.

Etwas voreilig hatte man in den sechziger Jahren die Nutzung der Kernenergie freigegeben, weil man glaubte, die Hand auf allen Uranlagerstätten und ein Monopol auf die Urananreicherung zu haben. Das war zu kurz gedacht, denn es stellte sich heraus, daß im Schnellen Brüter oder im Hochtemperaturreaktor - der in Deutschland bis zur Serienreife entwickelt worden war - neben der Energie auch der benötigte Brennstoff erzeugt werden kann. Mittels der fortgeschrittenen Kernenergietechnik hätten sich also einige wichtige Staaten vom Einfluß der guten Menschen aus New York unabhängig machen können.

Da dies dem Sinn der Geschichte widersprochen hätte und genau das Gegenteil der jahrzehntelangen zähen Bemühungen der Wall-Street-Mächtigen war, wurde die Gefährlichkeit der Kernenergie entdeckt. Die befreundeten Medien und Geheimdienste sorgten dafür, daß diese Gefahr nicht verborgen blieb.

Die Kampagne war sehr erfolgreich. Sie wird bis heute von einer bunten Schar unterschiedlichster Hilfstruppen weitergeführt. Denn das technisch-wissenschaftliche Know-How der Kerntechnik und Kohletechnik ist in Deutschland immer noch nicht erloschen - trotz intensiver Bemühungen unserer guten Freunde aus dem Westen.

Die Kernenergieindustrie wehrte sich mit dem Argument, daß bei der Nutzung der Kernenergie keine Umweltverschmutzung auftritt wie bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, also kein Schwefeldioxid, keine Stickoxide, kein Kohlendioxid, das kein Schadstoff und Klimakiller ist wie die Leute von der Wall-Street behaupten, usf. Die Retourkutsche der Erdölbosse waren die radioaktiven Abfälle aus den Kernreaktoren. Seitdem vernebelt der ideologische Streit um fossile bzw. nukleare Energieträger mit unreflektierten Schlagworten die Gehirne eines Großteils der Menschheit.

Der Ausgang des Disputs Erdöl gegen Kernenergie war in Deutschland bei Würdigung der bestehenden Machtverhältnisse unzweifelhaft. Als Ersatz für die Kernenergie durfte man sich in Deutschland mit regenerativen Energien beschäftigen, also mit Windenergie, Sonnenenergie, Erdwärme, Wellenenergie sowie Energieeinsparung als neuartiger Energieform etc.

Die Pfiffikusse von jenseits des Atlantiks hatten sich dabei vermutlich folgendes gedacht: das von den Medien gelenkte Publikum ist erfreut darüber, daß etwas auf dem Gebiet der "natürlichen und sauberen Energie" geschieht. Außerdem kann man mit den regenerativen Energien allein keine großen Netze betreiben oder ganz Deutschland mit Energie versorgen. Denn Solarenergie und Windenergie werden mit zu geringer Intensität und zu großen Schwankungen ... angeboten. Die Verbraucher möchten allerdings eine konstante gleichmäßige Energielieferung. Um diese Forderung zu erfüllen, braucht man einen leistungsfähigen Energiespeicher für die regenerativen Energien.

Das einzige Speichermedium, das für die Solar- oder Windenergie in größerem Umfang in Frage kommt, ist der Wasserstoff, da er leicht durch Wasserzersetzung erzeugt werden kann,

gut transportabel und speicherbar und sein Verbrennungsprodukt mit Sauerstoff reines Wasser ist: eine ideale Lösung sowohl für kleine Inselnetze als auch für große Einheiten auf der Basis regenerativer Energien. Ohne Speicherung sind die regenerativen Energien nutzlose Spielerei und können die bestehenden Energiesysteme nicht ersetzen.

Als Verfahren für die Speicherung des gasförmigen Wasserstoffs hat man zunächst die Speicherung in Drucktanks erwogen. Solche Tanks sind allerdings zu groß, um sie in normalen Personenautos einzusetzen, abgesehen von anderen Schwierigkeiten der Sicherheit und Infrastruktur. Für die mobile Anwendung könnte man aber den Wasserstoff in Form von Methanol speichern, das durch eine chemische Reaktion von Wasserstoff und Kohlendioxid hergestellt wird. Methanol ist ein geeigneter flüssiger Energieträger, für den z.B. die vorhandene Verteilungsinfrastruktur des Tankstellennetzes ohne große Änderungen benutzt werden kann.

Mit der Wasserstofftechnik bzw. der daraus abgeleiteten Methanoltechnik könnten die regenerativen Energien ihren endgültigen Durchbruch erzielen. Daß dies den Weltpolitikern bzw. Globalstrategen nicht in den Kram paßt, ergibt sich aus dem vorher gesagten. So tauchte bald das Argument auf, die Wasserstofftechnik komme erst in hundert Jahren. Woher man das weiß, ist nicht bekannt. Die Hilfstrupps in Bonn und Berlin haben diese Aussage fleißig kolportiert. Daß damit die regenerativen Energien auch erst in hundert Jahren kommen, haben sie nicht laut gesagt.

Ein weiteres Argument gegen die Wasserstofftechnik kam von den Grünen: diese Technik helfe nur der Großindustrie und sei damit nicht förderungswürdig. Basta! Ab Mitte der 1990er Jahre - als der Einfluß der 68er in allen Parteien bestimmend geworden war - wurde die staatliche Förderung der BRD-Wasserstoff-Projekte zurückgefahren bzw. eingestellt. Dafür wurde der Absatz von Windenergieanlagen und Fotovoltaiksystemen in steigendem Maße subventioniert. Diese Windräder liefern allerdings bei Windstille oder Schwachwind keinen Strom, ebensowenig wie die Solarzellen nachts oder bei wolkenverhangenem Himmel.

Die grünen Energiepolitiker waren sich schnell einig, daß dieses Problem leicht mit Batterien zu lösen sei. Allerdings gibt es auf der Welt nicht so viel Blei - für die Elektroden der Batterien, um die Energieversorgung Deutschlands für einige Wochen durch Batterien sicherzustellen.

Die von den Grünen aller Parteien vorgeschlagene Stromversorgung Deutschlands durch Windräder ist also durch folgende Eigentümlichkeit gekennzeichnet: Bei Windstille wird der Strom für Küche, Fernseher usw. durch konventionelle Kraftwerke geliefert. Deutschland muß also fast die doppelte Kraftwerkleistung installieren statt der real benötigten.

Noch kurioser wird es bei Starkwind. Wegen des EEG müssen bei starkem Wind - also bei hoher Stromproduktion- die konventionellen Kraftwerke, die billigen Strom liefern, abgeschaltet werden, damit die Netzspannung nicht zu hoch wird durch den im Übermaß in das Netz gepumpten Strom. Daher die hohen und derzeit steigenden Strompreise und das Politiker-Gerede, wir hätten zu viele Kraftwerke. Natürlich haben wir in der BRD mehr Kraftwerk-Kapazität als erforderlich, weil konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden müssen für den Fall der Windstille oder Wolken am Himmel. Man könnte mit dem überschüssigen Strom Wasserstoff erzeugen durch Wasserzersetzung, aber das ist verboten.

Denn ein noch größeres Hindernis für die Wasserstofftechnik als die Unwissenheit und Beratungsresistenz der Politiker ist die Gesetzeslage dieser unserer BRD. In dieser US-Kolonie gelten nämlich immer noch viele Kontrollratgesetze, die nach 1945 von den Besatzungsbehörden erlassen wurden. Diese Gesetze stehen gemäß Grundgesetz - Artikel 139 (Befreiungsgesetz) über jedem deutschen Recht und können von deutschen Parlamenten nicht aufgehoben werden.

Gemäß Kontrollratgesetz Nr. 23 vom 10.4.1946 ist die Kohleverflüssigung in Deutschland verboten und damit die Wasserstofftechnik, die ja ein Teil der Kohleverflüssigungstechnik ist.

Ebenso ist gemäß Kontrollratgesetz Nr. 25 B die Herstellung von Methanol nach dem Hochdruckverfahren nur mit Genehmigung unserer Freunde aus der westlichen Wertegemeinschaft möglich.

Welche Energiepolitik ist also für die BRD erlaubt?

Kernenergie ist verboten, Energie aus deutscher Kohle unerwünscht und muß ebenfalls verboten werden, Energie aus Erdöl und Erdgas nur zulässig, wenn Öl und Gas aus den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft stammen und die CO₂-Abgabe an die Börse entrichtet wird, Wasserstoff-Energietechnik ist nicht erlaubt wegen Kontrollratgesetz Nr. 23 und da keine CO₂-Abgabe für den Emissionshandel möglich ist.

Deutsche Energiepolitik im Sinne unserer Freunde aus der Londoner City und der Wall-Street bedeutet: Deutschland zahlt, auch für die Geldsäcke in Paris. Energieautarkie darf es für Deutschland nicht geben, Deutschland muß erpreßbar bleiben. Damit ist die Frage aus der Überschrift beantwortet:

Keine dem deutschen Wohl dienende Energietechnik ist erlaubt. Als Energietechnik für die BRD bleiben also nur die erneuerbaren Energien ohne Speicherung. Damit ist die deutsche Frage im Sinne unserer Freunde aus dem Westen gelöst.

Wenn jetzt noch Zweifel daran bestehen, daß Deutschland immer noch von seinen Freunden aus der westlichen Wertegemeinschaft vernichtet werden soll, dann sollte man sich die Hollywood-Filme der letzten Jahre ansehen, die mit unserem Land zu tun haben.<<

Die deutsche Zeitschrift "Magazin 2000plus" berichtete am 8. Januar 2012 (x936/...): >>**Die Staats-Simulation "BRD"**

Ein Artikel von *Ingrid Schlotterbeck*

Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen des 2. Weltkriegs eingestellt, nach dem am 7. Mai Generaloberst Alfred Jodl, als Delegationsleiter der Regierung Dönitz in Reims (Frankreich) die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Am 9. Mai unterzeichnete Generalfeldmarschall Keitel für die Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst.

"Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Deutschland"

Der völkerrechtliche Begriff "Debellatio", gemeint ist damit die Niederwerfung des Gegners, trifft hier nicht zu. Die Sieger hätten vom Zustand der "Debellatio" Gebrauch machen müssen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, die Annexion, also die Einverleibung der eroberten Gebiete, oder die Subjugation, die Verknechtung des Volkes. Beides haben die Sieger nicht getan, sondern in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß weder das Deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge einer Annexion weggenommen werden. (3-Mächte-Konferenz 17.7. bis 2.8.1945, Potsdam).

Die Siegermächte teilten das Deutsche Reich in Besatzungszonen auf.

Die Westmächte teilten Nord-, West- und Süddeutschland unter sich auf, die Russen besetzten Mitteldeutschland und Ostdeutschland wurde von Rußland unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)- Gesetz Nr. 52 am 12.9.1944 bereits, mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc., mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt.

Der immer noch fehlende Friedensvertrag wird mit den Siegermächten und dem Deutschen Reich zu schließen sein. Daß das Deutsche Reich fortbesteht hat das Bundesverfassungsgericht (so heißt es nun mal), obwohl die Verfassung fehlt und nur ein Grundgesetz von den alliierten Siegermächten der BRD "übergestülpt" wurde, eindeutig festgestellt (BverfGE2, 26 und 2BvF1/1973) siehe dazu auch die Rede Carlo Schmid (in Magazin EXTRA 10).

Seitdem verfügt weder das Deutsche Reich, noch das von den Siegermächten geschaffene Besatzungskonstrukt BRD, noch das vereinigte Wirtschaftsgebiet, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, über volle uneingeschränkte Souveränität. Auch wenn durch die Politiker

der BRD anlässlich des Zwei-plus- Vier-Vertrages 17.7.1990 in Paris (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland 12.9.1990) Grenzverläufe bestätigt wurden, können das keine Gebietsabtretungen sein, da die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist.

Bei diesen Verhandlungen wurde der Artikel 23 (Geltungsbereich des Grundgesetzes) und die Präambel auf Veranlassung von James Baker (USA) und Eduard Schewardnadse (Sowjetunion) **gestrichen**. Damit wurde völkerrechtlich betrachtet das gesamte Grundgesetz der BRD aufgehoben.

Gleichzeitig wurde die Verfassung der DDR aufgehoben. Mit der Streichung der Präambel und des Art. 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes ist spätestens mit der Streichung des Art. 23, am 23.9.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen.

Seit Ende 1990 gibt es das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet Deutschland". **Gemäß Artikel 133 Grundgesetz gibt es keine "BRD", lediglich ein vereinigttes Wirtschaftsgebiet! Somit ist die "BRD" eine Staats-Simulation.**

Alle Politiker Schauspieler.

Ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde wird nur vorgetäuscht, nur vorgespielt. Diese Situation verschweigt man den Bewohnern des Wirtschaftsgebietes "BRD", hält diese dumm (nun gut, die lassen sich ja auch für dumm verkaufen) und ist u.a. bei den Euro-Verhandlungen absolut erpreßbar. Was der aufmerksame Betrachter jeden Tag aufs Neue kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt.

Die "BRD" wird völkerrechtlich (und nach den SHAEF-Militärgesetzen) durch eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitet. Bei der UNO werden die NGO-Staaten unter folgendem Link geführt:

<http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfile-Details&profileCode=43653>.

Mit Debellatio bzw. Debellation (lateinisch: "vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung"; bellum "Krieg") bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges. Nach traditionellem ("klassischem") Völkerrecht konnte, aber brauchte damit nicht einherzugehen die Annexion, das heißt die Beseitigung der Staatsgewalt des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des Staatsgebiets durch den Sieger.

Die Einführung des Kriegsverbots im modernen Völkerrecht und demzufolge auch des Annexionsverbots beschränkt die Bedeutung der Debellation. Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung Karthagos durch die Römer. Nach langen verlustreichen Schlachten wurde die Stadt völlig zerstört. (Quelle Wikipedia) ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Juli 2013 (x887/...):

>>**Land minderen Rechts**

NSA-Skandal wirft alte Frage neu auf: Wie souverän ist Deutschland?

Kanzlerin und Opposition spielen die Empörten. Doch glauben kann ihnen die Entrüstung niemand, der die Hintergründe kennt.

Die Enthüllungen des Edward Snowden haben den Blick auf einen lange verdrängten dunklen Punkt der deutschen Wirklichkeit gelenkt: die noch immer eingeschränkte Souveränität unseres Landes gegenüber ehemaligen Besatzungsmächten.

Wie beiläufig tritt zutage, daß die Deutschen nicht nur massiv ausspioniert werden, sondern daß zudem deutsche Geheimdienste nach einer Vereinbarung von 1968 verpflichtet sind, Rohdaten an die Westalliierten weiterzugeben. BND, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst (MAD) erscheinen so als Handlanger fremder Mächte. Die Vereinbarungen

waren bis 2012 geheim. Angeblich nehmen Westalliierten ihr Recht seit 1990 nicht mehr in Anspruch - so wird behauptet, doch was darf man nach den jüngsten Enthüllungen noch glauben?

Im Zusammenhang mit der Vereinbarung berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" von mehreren gemeinsamen Absichtserklärungen von BND und US-Geheimdiensten, die weiterhin als streng geheim eingestuft würden. Solche sinistren (unheilvollen) Andeutungen rufen die sagenumwobene "Kanzlerakte" in Erinnerung:

Eine Verpflichtungserklärung, welche alle deutschen Regierungschefs nach Amtsantritt zu unterzeichnen hätten. Allein Willy Brandt soll sich, erbost und entsetzt vom Inhalt, zunächst geweigert haben, die Akte zu unterzeichnen. Erst, als ihm eindringlich bedeutet wurde, daß alle seine Vorgänger unterschrieben hätten und dies auch für ihn unumgebar sei, habe er sich gefügt. Brandt nannte die Akte einen "Unterwerfungsbrief", wie Egon Bahr 2009 in der "Zeit" enthüllte hat.

Bis zur Offenlegung durch Bahr wurden alle Mutmaßungen über die "Kanzlerakte" ins Reich der Verschwörungstheorien verbannt. Seitdem hat sich ein Spalt geöffnet auf eine Realität, vor deren Hintergrund die spontane Entrüstung der Kanzlerin wie der Opposition über die NSA nur noch scheinheilig klingt. "Freunde abhören geht gar nicht", empört sich Merkel wenig glaubwürdig, der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, tönt: "Keine Bundesregierung kann akzeptieren, daß wir ein Land minderen Rechts sein sollen." Und warum haben SPD-Regierungen das dann getan?

Für den Status "mindere Rechts" spricht, daß deutscherseits offenbar kaum Gegenspionage betrieben wird. Überdies bauen die USA nach Absprache mit deutschen Behörden in Wiesbaden für mehr als 100 Millionen eine neue Spionagezentrale.

Solche Nachrichten richten schweren Vertrauensschaden an. Die Deutschen könnten den Eindruck gewinnen, daß ihre Politiker Deutschlands Interessen an andere Länder verraten und ihr eigenes Volk hinters Licht führen. Um dem zu begegnen, muß Merkel mehr liefern als durchschaubare Wahlkampfversprüche.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 21. Juli 2013: >>**Überwachung durch US-Geheimdienste unterirdisch**

Die US-Spionage in Deutschland schneidet die Wurzeln der Grundrechte ab. Das ist staatsgefährdend. Und was macht Innenminister Friedrich, der ja auch Verfassungsminister sein soll? Mit seinem Gerede von einem Supergrundrecht Sicherheit versucht der CSU-Mann, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes sogar noch zu rechtfertigen.

Es gibt Wörter, die für die gute Geschichte eines Landes stehen. In Deutschland ist das "Wirtschaftswunder" so ein Wort und auch die "Wiedervereinigung". Willy Brandts kluge Parole "Mehr Demokratie wagen" gehört dazu und ganz gewiß das schöne Bild vom "Boden des Grundgesetzes". Dieser Boden des Grundgesetzes ist die Heimat des deutschen Rechtsstaats und der deutschen Demokratie; auf ihm gründet die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland.

Vom Beginn der Bundesrepublik an waren alle politischen Kräfte bestrebt, auf dem Boden des Grundgesetzes zu agieren. Jede Partei behauptete das von sich selbst, bisweilen sprach die eine das der anderen ab. Der Boden des Grundgesetzes wurde so zum Ort, auf dem die großen politischen Streitigkeiten ausgetragen wurden. Ob bei der Anti-Terror-Gesetzgebung oder bei den Milliardenbürgschaften für Banken und Euro - die große Frage lautete und lautet: Steht all das noch auf dem Boden des Grundgesetzes?

Auf dem Boden des Grundgesetzes wurde der deutsche Rechts- und Sozialstaat errichtet; auf diesem Boden stehen die Parlamente; auf diesem Boden arbeiten die Verwaltungsbehörden; auf diesem Boden urteilt das Bundesverfassungsgericht. Auf dem Boden des Grundgesetzes wurzelt und wächst der schönste Patriotismus der deutschen Geschichte - der Verfassungspa-

triotismus, also der Stolz auf die Grundrechte. Auf dem Boden des Grundgesetzes wurzeln und wachsen auch das Selbstbewußtsein und die Selbstsicherheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger.

Die unterirdische Überheblichkeit des Sicherheitsapparates

Dieses Selbstbewußtsein und diese Selbstsicherheit geraten ins Wanken, seitdem bekannt wird, daß unter dem Boden des Grundgesetzes US-Geheimdienste arbeiten, die sich um die deutschen Grundrechte nicht scheren; die das Fernmeldegeheimnis so wenig achten wie den Schutz der Privat- und Intimsphäre der Bundesbürger; die das Recht der Menschen auf informationelle Selbstbestimmung nicht respektieren; die das Computer-Grundrecht, also das vom Verfassungsgericht geschaffene Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, ja den gesamten Datenschutz ignorieren, den Gesetzgeber und Bundesverfassungsgericht in Jahrzehnten geschaffen haben.

All diese Rechte sind auf dem Boden des Grundgesetzes gewachsen; dieser Boden aber wird von NSA & Co. unterminiert und unterhöhlt, die Wurzeln dieser Grundrechte werden abgeschnitten.

NSA & Co. tun dies im Namen der Sicherheit der USA und ihrer Truppen, sie tun dies aus Gewohnheit und in dem Gefühl, daß es ja nicht die Grundrechte der US-Bürger sind, die malträtiert werden. Die Verwanzung von Botschaften und Büros der Europäischen Union durch den US-Geheimdienst zeigt die unterirdische Überheblichkeit des Sicherheitsapparats.

Was sind die Folgen solcher Untergrabungen? Im Ruhrgebiet kann man das ganz gut studieren: Dort, wo einst Stollen gegraben wurden, tun sich heute gewaltige Löcher auf, in denen manchmal ganze Häuser verschwinden; das gesamte Bodenniveau sackt ab; und in den Stollen und Streben von einst lagern Gifte, die das Grundwasser verseuchen können. Solche Verseuchung droht den Grundrechten.

Widerspruch zum Grundgesetz

Das Spionagenetz, das die Amerikaner einst in ihrer deutschen Besatzungszone errichtet haben, existiert immer noch, jetzt in ganz Deutschland. Die NSA baut gerade in Wiesbaden ein neues Spionagezentrum. Bis zu den Notstandsgesetzen von 1968 beruhte das US-Netz in Deutschland auf den verbrieften Rechten der Alliierten, widersprach aber dem Grundgesetz; der Widerspruch wurde dadurch gelöst, daß kein Politiker je von den US-Lausch- und Kontrollrechten in Deutschland sprach. Im Zuge der Notstandsgesetzgebung von 1968 vereinbarte man dann, daß die deutschen Geheimdienste nun bei der Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs als Dienstleister der ausländischen Partner-Nachrichtendienste agieren und ihnen die gewünschten Daten zur Verfügung stellen.

Das alles hat nicht Edward Snowden herausgefunden, sondern der Freiburger Historiker Josef Foschepoth, der über die Post- und Fernmeldeüberwachung in der alten Bundesrepublik geforscht und 2012 ein aufsehenerregendes Buch geschrieben hat: "Überwachtes Deutschland". Edward Snowden hat freilich aufgedeckt, daß die Überwacherei exzessiv weitergegangen ist und weitergeht, auch nach der Wiedervereinigung und dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der Deutschland angeblich die volle Souveränität gegeben hat.

Die Mißachtung des deutschen Grundrechts hat einen beschwichtigenden Namen: "Strategische Kontrolle" nennt das der US-Geheimdienst. Das ist nicht nur eine Kontrolle bestimmter Telefonate, das ist nicht nur ein Zugriff auf bestimmte Internet-Daten, sondern die Kontrolle des gesamten Telefon- und Internetverkehrs. "Strategische Kontrolle" ist grob verharmlosend, Schleppnetzüberwachung sagt man besser. Sie ist der GAU für das Allgemeine Persönlichkeitsrecht - die Größte Anzunehmende Überwachung. Es existiert in Deutschland eine grundrechtsverachtende Parallelwelt, eine Unterwelt.

Vom Wesensgehalt der Grundrechte ist kaum etwas übrig

Das Grundgesetz sagt, "in keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet

werden". Zum Wesen der US-Spionage gehört aber ersichtlich, vom Wesen der genannten Grundrechte kaum etwas übrigzulassen.

Der Boden des Grundgesetzes verliert seine Stabilität. Die Statik des deutschen Rechtsstaats, der auf diesem Boden errichtet wurde, wankt. Die Tektonik der Verfassung bricht. Die Sicherheit der Menschen im Recht leidet, die Geborgenheit im Rechtsstaat geht verloren. Die umfassende, generelle und flächendeckende US-Überwachung der Bundesbürger ist nicht einfach nur ein Angriff auf die deutsche Souveränität. Sie ist ein umfassender Angriff auf die Grundrechte der deutschen Bürger.

Gewiß: Auch die deutschen Geheimdienste spähen Daten aus, auch von Bundesbürgern, auch sie greifen auf das Internet zu - aber sie tun es auf der Basis von Recht und Gesetz, gebunden an die Grundrechte, kontrolliert vom Bundesverfassungsgericht. Dieses Recht und dieses Gesetz hat die G-10-Kommission geschaffen, welche die Eingriffe der deutschen Geheimdienste in das Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 Grundgesetz genehmigen und kontrollieren soll.

Innenminister Friedrich - ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik

Diese Kontrolle ist sehr unzureichend, aber es gibt sie immerhin. Die US-Geheimdienste dagegen spionieren in Deutschland und gegen deutsche Bürger, ohne daß die Parlamente und die Regierung irgendeinen Einfluß darauf hätten. Die US-Spionagegewalt ist ganz offensichtlich nicht "an Gesetz und Recht", nicht "an die verfassungsmäßige Ordnung" gebunden, wie es der Artikel 20 fordert. Das ist, um es sehr vorsichtig zu formulieren, nicht in Ordnung, das ist verfassungswidrig. Das ist staatsgefährdend.

Der deutsche Staat hat den umfassenden Schutz der Grundrechte des Grundgesetzes garantiert. Wenn er diese Garantie nicht einhalten kann oder einhalten will, wenn diese Garantie also nichts mehr gilt, handelt es sich um einen Fall von Staatsnotstand.

Der Bundesinnenminister ist zugleich Verfassungsminister. Der derzeitige Amtsinhaber Hans-Peter Friedrich, CSU, ist sich offensichtlich dessen nicht bewußt. Er tut so, als gelte es lediglich, den Amerikanern gesprächsweise beizubringen, daß die Deutschen halt so sensibel seien, wenn es um ihre Grundrechte geht. Minister Friedrich versteht offenbar nicht, daß der Schutz der Grundrechte der Bürger zum Wesen des Staates und zu den Hauptaufgaben seines Amtes gehört. Es geht bei den Spionageangriffen nicht um Petitessen (Geringfügigkeiten), es geht nicht um Sensibilitäten, es geht um den Kern von Demokratie und Rechtsstaat.

Ein Minister, dem man das erst erklären muß, ist nicht ein Minister der Bundesrepublik, sondern ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik. Mit seinem Reden von der Sicherheit als einem Supergrundrecht macht er sich zum NSA-Bruder, zum Bruder im Geiste des US-Geheimdienstes. Die Erfindung eines ungeschriebenen Supergrundrechts Sicherheit ist der Versuch, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes zu rechtfertigen.

Der alte, berühmt-berüchtigte Satz des Staatsrechtlers Carl Schmitt - "souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet" - darf aber nicht Wahrheit werden. Heute muß gelten: Souverän ist, wer die Grundrechte seiner Bürger schützen kann. Innenminister Friedrich ist es nicht. Diese Bundesregierung ist es auch nicht. Ist es der deutsche Staat?

Manche halten die US-Spionage für Montezumas Rache an der Internet-Generation

Angeblich existieren immer noch etliche vage ehemalige alliierte Vorbehaltsrechte, die den USA zum Schutze ihrer Truppen in Deutschland alles Erdenkliche und nicht näher Festgelegte erlauben. Angeblich haben die Amerikaner beim US-Besuch des deutschen Innenministers auf die Ausübung solcher alten Rechte verzichtet. Nichts Gewisses weiß man nicht. Aber man hat das unangenehm mulmige Gefühl, daß es darauf nicht ankommen wird - weil die USA ganz unabhängig davon, ob noch ein dünner Faden von US-Vorbehaltsrechten in Deutschland existiert, die Macht haben und die Macht nutzen, auf alle Daten zuzugreifen, die sie wollen.

Der Schutz der Grundrechte der Bundesbürger funktioniert offensichtlich nicht. Das ist ein Befund, der einen um den Schlaf bringt - es sei denn, man gehört zu den Phlegmatikern zumal

aus der älteren Generation, die glauben, daß sie die Überwacherei nichts angehe, weil sie eh nichts zu verbergen hätten. Diese Leute halten die US-Spionage für Montezumas Rache an der Internet-Generation.

Es gibt ja nicht nur den US-Orwell. Es gibt auch eine deutsche und eine internationale Orwellness: Der Exhibitionismus der Web-Gesellschaft nutzt das Internet als Entblößungsmedium. Aus der Datenaskese der Volkszählungszeit ist eine Datenekstase geworden, eine Selbstverschleuderung von Persönlichkeitsdetails in Wort und Bild. Führt das zur Herrenlosigkeit der Daten? Hat die Gesellschaft den Datenschutz weggeworfen wie ein altes Fahrrad? Mitnichten. Erstens: Zwar wirft man sein Fahrrad nicht einfach irgendwo hin. Aber auch der, der das macht, tut damit nicht kund, daß er künftig auf den Schutz seines gesamten Eigentums verzichten will. Zweitens: Internet-Exhibitionisten können nicht die Grundrechte für andere und schon gar nicht für die gesamte Gesellschaft aufgeben.

Dringend nötig: Ein Rettungspaket für die Grundrechte

Als die Banken gefährdet waren, gab es Krisensitzungen. Deutschland und die EU haben Banken Milliardenstücke vor die Tür gestellt, um sie zu wieder zu stabilisieren. Womit stabilisiert die Bundesregierung den Boden des Grundgesetzes? Welche Krisengipfel hat die Regierung Angela Merkel angesichts der Gefahren für die rechtsstaatliche Tektonik einberufen? Welche Rettungsmaßnahmen gibt es? Keine. Nicht auf deutscher Ebene, nicht auf europäischer. War das Geld, war der Euro wichtiger, als es die Grundrechte sind? Das sicher Gelaubte ist nicht mehr sicher, die Grundrechte sind nicht mehr gewiß. Das ist keine Lappalie. Das ist ein Fall von Staatsnotstand. Und das besonders Schlimme daran ist, daß die Bundesregierung die Not nicht erkennt oder nicht erkennen will.

In den Staaten der westlichen Welt ist, angeführt von den USA, ein merkwürdiger Prozeß der Umkehrung rechtsstaatlicher Logik im Gang: Die Rechtsstaatlichkeit mißt sich offenbar nicht mehr daran, daß man die Grundrechte einhält. Statt dessen werden die Verletzungen von Grundrechten damit gerechtfertigt, daß ja ein Rechtsstaat sie vornehme. Der Begriff "Rechtsstaat" wird seines Inhalts entblößt und ungeachtet dessen einfach gesetzt. Die Vereinigten Staaten begründen auch die größten Anrührigkeiten auf diese Weise: Man sei ja ein Rechtsstaat; das adelt dann vermeintlich auch noch das Waterboarding.

Die Anti-Terror-Politik aber hat Recht und Rechte weggeräumt

Die Sicherheitsapparate eines Polizeistaats dürfen alles, was sie können. Die Sicherheitsapparate eines Rechtsstaats können alles, was sie dürfen. Sie dürfen und können ziemlich viel, aber das hat eine Grenze. Das galt vor dem 11. September 2001, und das muß auch nachher so sein; es ist aber nicht mehr so. Die Sicherheitspolitik der westlichen Länder hat in ihren Reaktionen auf die Terroranschläge verkannt, daß auf Dauer nur Recht die Freiheit sichern kann. Die Anti-Terror-Politik aber hat Recht und Rechte weggeräumt, um so für Sicherheit zu sorgen. Die USA waren und sind bei diesem Tun besonders exzessiv - der monströse Zugriff auch auf deutsche Daten und deutsche Bürger ist Teil dieser US-Exzessivität.

Stark ist nicht der Staat, der den Bürgern mit einem Generalverdacht gegenübertritt und grundsätzlich jedem mißtraut. Stark ist der Staat, der die Sicherheit hat, daß die Menschen- und Bürgerrechte die besten Garanten der inneren Sicherheit sind. Der demokratische Staat, der nur wegen und aus der Freiheit seiner Menschen besteht, darf sich nicht gegen seine Schöpfer wenden.

"Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen." Das steht im ersten Entwurf des Grundgesetzes, im Artikel 1 des Entwurfs von Herrenchiemsee. Die USA haben dies einst die Deutschen gelehrt.<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, ... Tempora, X-Keyscore ... Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht ... Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 2013 (x887/...): >>NSA-Affäre: Trotz Unmuts will Berlin das Verhältnis zu den USA nicht überdenken

Die Schiefelage in der Beziehung zwischen Deutschland und den USA ist vor allem im deutschen Selbstverständnis begründet.

Einer peinlichen Situation begegnet man am besten durch ein schnelles, resolutes Wort. So ließ sich Kanzlerin Angela Merkel im Bunde mit ihrem mutmaßlichen Koalitionspartner SPD nicht viel Zeit, um klarzustellen: Kein Asyl für Edward Snowden in Deutschland, aus rechtlichen Gründen und wegen der "überragenden Bedeutung der transatlantischen Beziehungen".

Auf diese "Beziehungen" fällt nach Snowdens Enthüllungen indes ein fahles Licht: Unter Bruch deutschen Rechts haben US-Spitzel Millionen Deutsche bis hin zur Kanzlerin zum Spionage-Objekt gemacht. Empörung darüber beantworteten amerikanische Offizielle gar nicht oder mit einem Achselzucken: So sei das eben, das machten doch alle so.

Ebenso "normal" ist es allerdings, daß man Überläufern, die dem Ausgespähnten verraten, was die andere Seite bei ihm getrieben hat, Schutz gewährt. Doch das soll nun plötzlich nicht mehr gelten.

Kurz gesagt: Den USA ist es erlaubt, Deutschland wie jedes beliebige Land der Welt zu trak-
tieren und entsprechend Staat, Volk und Wirtschaft auszuspionieren. Andersherum aber verpflichtet sich Berlin, die USA als "überragenden" Verbündeten zu behandeln und eben nicht als Staat wie jeden anderen.

Diese Schiefelage der Beziehungen ist nun jedem Deutschen unter die Nase gerieben worden, und das ist gut so. Denn vielleicht ringt sich nun der eine oder andere zu der Frage durch, wie es zu diesem Herr- und Vasall-Verhältnis kommen konnte. Der verlorene Krieg? Zu lange her. Die geringe Größe Deutschlands? Viel kleinere, schwächere Länder pochen erfolgreicher auf ihre Souveränität.

Den eigentlichen Grund für die schämliche Position Deutschlands offenbarte die Snowden-Debatte selbst: Gerade die, die jetzt besonders laut die nationale Souveränität und Selbstbehauptung der Deutschen einklagen, verteufeln derlei Forderungen an anderer Stelle als "rückwärtsgewandten Nationalismus".

Sie können nationale Hoheit nicht schnell genug an Europa, ja die ganze "Weltgemeinschaft" loswerden und weigern sich, Bundeswehr und Auslandsgeheimdienst die Mittel zu geben, die nötig wären, um nicht mehr nur Trittbrettfahrer der USA zu sein. Hans-Christian Ströbele und Gregor Gysi handeln aus Haß auf die USA, nicht aus dem Gefühl vaterländischer Verpflich-

tung. Sie fordern Richtiges aus falschem Grund. Union und SPD wiederum sehen Deutschlands Vasallenrang als unabänderliches Schicksal an.

Diese Grundhaltungen müssen erst geändert werden, bevor man sich in Berlin ernsthaft daran machen kann, die deutsche Souveränität auf ein angemessenes Niveau zu heben. Echte Souveränität muß zuallererst wirklich gewollt werden. Sie muß von innen kommen, nur dann hat sie auch eine Chance, draußen respektiert zu werden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, erklärte am 7. November 2013 während eines WDR-Monitor-Interviews (x357/9): >>Es wäre langsam an der Zeit, daß einmal grundsätzlich geklärt wird: Welche Relikte aus der Besatzungszeit gelten immer noch? Die deutsche Souveränität ist ja 1955 erklärt worden, aber sie war gleich null, ... und das, was dann 1990 draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert."<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 18. November 2013: >>US-Geheimdiensttätigkeiten

Wie souverän ist Deutschland?

Die Recherchen zum geheimen Krieg der USA zeigen: Auf deutschem Boden existieren offenkundig zwei Staatsgewalten - die deutsche und die amerikanische. Wenn die Deutschen das Schalten und Walten der US-Geheimdienste tolerieren, akzeptieren, respektieren, wirft das die Frage nach ihrer Souveränität auf.

Moderne Staaten haben sich der Könige entledigt, aber nicht der Souveränität, so sagt der deutsche Europarechtler und Rechtsphilosoph Ulrich Haltern. Aber was bedeuten Souveränität und Selbstbestimmung heute? Ist Souveränität nur noch ein Habitus, eine Art von staatsmännischer Gelassenheit? Ist es also souverän, wenn es die Bundesregierung hinnimmt, daß die USA von deutschem Boden aus Krieg führen? Ist es souverän, wenn die Bundesanwaltschaft dabei zuschaut? Ist es souverän, daß die deutschen Staatsgewalten das geheimkriegerische Schalten und Walten der Amerikaner tolerieren, akzeptieren, respektieren?

Ist Souveränität die Gabe der deutschen Autoritäten, das alles zu ertragen, was derzeit in der *Süddeutschen Zeitung* und dem NDR ('Der geheime Krieg') an Merk- und Denkwürdigkeiten beschrieben wird - weil es nur um den Preis größter Aufregung und eines Zerwürfnisses mit der Weltmacht und dem Nato-Partner USA zu ändern wäre? Wenn dies Souveränität ist, würde das bedeuten: Souverän ist, wer vergißt, was nur schwer zu ändern ist. Das wäre dann eine sehr souveräne Insouveränität.

Wer ist der Souverän? In der Demokratie ist der Souverän nicht ein König, sondern das Volk. So steht als Kernsatz auch im Grundgesetz: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", heißt es dort in Artikel 20. Das Volk ist in der Demokratie das Subjekt, in dem Recht und Macht zusammenfallen. Aber jedenfalls das deutsche Volk und die deutsche Volksvertretung wissen nichts oder fast nichts davon, daß von Deutschland aus US-Drohnen gesteuert werden, daß hier eine US-Logistik zur Folterung und Exekution von Menschen sitzt; schon gar nicht haben sie das gebilligt.

Ist es mit der Souveränität womöglich so wie mit der Wirtschaft, hat sie sich globalisiert? Wenn es so wäre, dann könnte das ja nicht nur eine einseitige Angelegenheit sein - dann müßte es nicht nur US-Staatsgewalt in Deutschland geben, sondern deutsche Staatsgewalt auch in den USA, so wie es dort (oder in China oder in Rußland) deutsche Autos gibt. Souveränität hat sich nicht globalisiert. Sie sieht allerdings ganz anders aus als früher.

Es hat einen Entstaatlichungsprozeß gegeben - das bekannteste Kürzel dafür heißt Europäische Union. Die Nationalstaaten sind von dem dichten Geflecht einer EU-Rechts- und Quasi-Verfassungsordnung umgeben, dazu auch noch von vielen internationalen Vertragswerken eingehüllt. Die Staatsrechtler und die Politikwissenschaftler reden daher von 'offenen Staaten' und von einer 'Welt jenseits des Staates'; sie konstatieren eine Postnationalisierung des Verfassungsrechts, sie reden von einem europarechtlich überlagerten Grundgesetz und einer rela-

tivierten Staatlichkeit. Mit dieser relativierten Staatlichkeit ringt auch das Bundesverfassungsgericht in jeder seiner Euro-Entscheidungen: Wieviel Hoheit braucht der Staat, um noch als Staat zu existieren?

Der Nationalstaat ist nicht tot, aber entzaubert. Das ist, angesichts der blutigen Geschichte dieser Nationalstaaten, gewiß nicht schlecht. Die Exzesse einer fast mystisch aufgeladenen Staatlichkeit hatten sich im alten, klassischen Konzept von Souveränität niedergeschlagen. Heute sind Deutschland und Co weit entfernt von der absoluten Befehls- und Selbstbestimmungsmacht, von der "summa soluta potestas" - die einst, im 16. Jahrhundert, der Staatstheoretiker Jean Bodin als den Inhalt von Souveränität beschrieben hat. Die modernen Staaten, die in Europa zumal, haben Teile ihrer Herrschaftsgewalt delegiert und dafür die Möglichkeit erhalten, internationale Politik und internationales Recht zu gestalten.

Mit diesem neuen Konzept ist aber das rigorose Schalten und Walten der USA in Deutschland kaum zu erklären. Dieses Schalten und Walten legitimiert sich allenfalls zum Teil durch Verträge, also durch das souveräne Verhandeln zweier Staaten. Die Legitimation der US-Militär- und Geheimdienstlogistik in Deutschland besteht offenbar auch in ihrer schieren Existenz. Muß man das - mit Carl Schmitt, dem umstrittensten Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts - einfach als Faktum respektieren? Carl Schmitt hat in seiner Verfassungslehre geschrieben: "Was als politische Größe existiert, ist, juristisch betrachtet, wert, daß es existiert."

Es existieren offensichtlich zwei Staatsgewalten in Deutschland: erstens die deutsche, und zwar in der Gestalt, die ihr die EU- und andere Verträge gegeben haben; daneben zweitens die US-amerikanische, in nicht genau bekannter Form. Mit zwei nebeneinander existierenden Macht- und Herrschaftssystemen gibt es freilich in Deutschland reiche Erfahrungen: Jahrhunderte lang waren das zuerst Kaiser und Papst, dann Staat und Kirche.<<

Die Tageszeitung "Berliner Zeitung" berichtete am 14. April 2014 über ein US-Geheimabkommen mit der UdSSR: >>**Rußland und Deutschland: Es geht nicht um die Krim**

Rolf Hochhuth

... Helmut Schmidt, noch mit 94 der klügste BRD-Politiker, hat durchschaut, was in Wahrheit gespielt wird: Nicht um die Krim geht es momentan, diese Insel ist nur der sichtbarste Ausdruck dessen, was seit Jahrzehnten von der westeuropäischen Vormundschaftsbehörde Pentagon angezielt wird:

"Die Idee, die Ukraine und Georgien in die Nato aufzunehmen, stammt aus den USA. Nach den Reden einiger amerikanischer Zeitungen sind dafür menschenrechtliche Gesichtspunkte ausschlaggebend, ... aber es sind imperiale Motive, die dahinterstehen.

Wir Deutschen haben angesichts unserer Geschichte im 20. Jahrhundert gute Gründe, mit eigener Beteiligung an militärischen Interventionen zurückhaltend zu sein. Bisweilen hört man, wir müßten uns aus Solidarität im Nato-Bündnis an militärischen Interventionen beteiligen. Das Argument paßt besser in die Nibelungensage als in die heutige Wirklichkeit. Denn das nordatlantische Bündnis war und ist ein Verteidigungsbündnis, nicht etwa ein Bündnis zur Umgestaltung der Welt."

Bismarck würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, was Europäer sich hier von den Amerikanern aufbürden lassen.

Doch die USA können trotzdem ruhig schlafen: Sie wissen ja, was wir Europäer, mit denen sie seit dem Kalten Krieg Blinde Kuh spielen, erst vor zwei Jahren erfahren haben. Und was sie sogar dem allertreuesten ihrer Partner, Konrad Adenauer, stets verschwiegen haben: Daß Kreml und Weißes Haus seit 1952 ein Geheimabkommen haben, demzufolge, sollte doch der Kalte Krieg in einen heißen ausarten, garantiert in Rußland und Amerika keine Fensterscheibe kaputtgeht, sondern "lediglich" Polen und Germany weggemacht werden: Der ungeheuerlichste Verrat an einem Verbündeten, von dem je erfahren hat, wer noch Geschichte liest. ...

Doch verraten - man hüte sich vor jedem, der einem dankbar sein muß - haben vor allem wir

Deutschen wieder einmal die Russen!

So mußte Michail Gorbatschow gegenüber dem Bild-Chefredakteur Kai Diekmann resümieren, und damit ist hier hoffentlich genug gesagt, was uns Deutsche endlich zur kritischen Selbstbefragung hinsichtlich unserer noch andauernden Betrugspolitik gegen Rußland anregen sollte. Gorbatschow sagte: "Kohl, US-Außenminister James Baker und andere sicherten mir zu, daß die Nato sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde. Daran haben sich die Amerikaner nicht gehalten, und den Deutschen war es gleichgültig. Vielleicht haben sie sich sogar die Hände gerieben, wie toll man die Russen über den Tisch gezogen hat. Was hat es gebracht? Nur, daß die Russen westlichen Versprechungen nun nicht mehr trauen."

Kanzler Kohl hatte sein Versprechen an Herrn Gorbatschow sogar unter Zeugen mit "Ehrenwort" bekräftigt.

Der Dramatiker Rolf Hochhuth lebt in Berlin. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl (1930-2017, von 1982-1998 Bundeskanzler): >>... Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/4741" berichtete am 30. November 2014 (x1.049/...): >>Existiert die Kanzlerakte?

Man mag das Papier nennen wie man will, ob man es Kanzlerakte, Unterwerfungsbrief oder auch geheimer Staatsvertrag nennt, spielt keine Rolle.

Existiert eigentlich die Kanzlerakte?

Wer die Existenz eines solchen Papiers leugnet, muß gleichzeitig Persönlichkeiten wie Egon Bahr und Gerd-Helmut Komossa als Lügner bezeichnen. Der ehemalige Chef des militärischen Abschirmdienstes "MAD*", Gerd-Helmut Komossa, berichtete in seinem Buch "Die deutsche Karte" sowohl über die Medienhoheit der Alliierten bis zum Jahr 2009 als auch über die Kanzlerakte, die jeder Bundeskanzler vor Ablegung des Amtseides zu unterschreiben hatte, dies um die Vorbehaltsrechte der Alliierten zu bestätigen.

Gleiches berichtet der ehemalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, über Willy Brandt, der sich zunächst weigerte, den Unterwerfungsbrief zu unterschreiben, um es letztendlich doch zu tun, genau wie seine Vorgänger Adenauer, Erhard und Kiesinger.

Wie bekannt sein dürfte, existieren die Alliierten Vorbehaltsrechte bis heute. Warum also sollte dieser, wie Egon Bahr sich ausdrückt, Unterwerfungsbrief nicht mehr existieren?

Das Verhalten der politischen Akteure beweist eher die Existenz eines solchen Briefes. Der Chef der Linken, Gregor Gysi, spricht hier folgerichtig von "Duckmäusertum" der Merkel-Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika. Recht hat er.

Der Journalist, politischer Aktivist und Autor zahlreicher Bücher über die Außenpolitik Jürgen Elsässer konstatierte über die Souveränität Deutschlands:

"Selbst etwa 70 Jahre nach Kriegsende befinden sich immer noch über 50.000 US-Soldaten, hunderte Panzer und zahlreiche US-Stützpunkte, einschließlich Atomwaffen auf deutschem Boden! Und die Bevölkerung trägt weiter fleißig die Besatzungskosten in Milliardenhöhe! Damit finanzieren deutsche Bürger auch die menschenfeindlichen Drohnenkriege der US-Regierung!

Welche faktisch gesehen Hinrichtungen ohne gerichtliche Urteile von Richtern darstellen!

Todesstrafe ohne Gerichtsverfahren und das von deutschem Boden aus!"...

Auszug aus Phönix 17. Jg. Nr. 4/2014 - Phoenix.com@A1.net<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Mai 2015 (x887/...):

>>**Jämmerlicher Vasall**

Die BND-Affäre taucht die Bundesrepublik in ein katastrophales Licht

Der neueste Geheimdienstskandal wirft fundamentale Fragen nach dem Wesen dieser Republik auf. Gibt es die "Kanzlerakte" doch?

Das Licht, welches die neuesten Enthüllungen zur Kungelei zwischen dem deutschen Bundesnachrichtendienst BND und US-Geheimdiensten auf die Bundesrepublik wirft, ist katastrophal. Die Republik erscheint wie ein jämmerlicher Vasallenstaat, dessen ferngesteuerte Führung im Auftrag einer fremden Macht gegen die Interessen des eigenen Landes und Volkes agiert.

Kanzlerin Merkel und ihre Entourage werden einiges aufbieten müssen, um dieses verheerende Bild zu korrigieren. Billige Ausflüchte wie beim letzten Durchlauf der immer wieder aufblühenden BND-NSA-Affäre darf man ihr nicht mehr durchgehen lassen.

Der BND hat also zigtausende Informationen an die US-Dienste gegeben und den Amerikanern dabei, wie es aussieht, sogar bei der Industriespionage gegen deutsche und europäische Unternehmen geholfen. Prominentestes Opfer sei Airbus. Das Kanzleramt wußte davon seit spätestens 2010 und unternahm nichts.

Als Argument für die Beihilfe, die wie ruchloser Verrat aussieht, wird angeführt: Man benötige im Gegenzug brisante US-Informationen, etwa zum islamischen Terror. Ohne die Gaben der US-Agenten sei man hier "blind und taub", was Deutschlands Sicherheit gefährde. Dafür verlangten die Amerikaner billigerweise entsprechend wertvolle Gegenleistungen.

Diese Begründung für den Vasallendienst ist mehr als fadenscheinig. ...

Was bedeutet "taub und blind" überhaupt? In Berlin wird dem BND gerade ein gigantischer, milliardenteurer Gebäudekomplex hingestellt, 6.500 Mitarbeiter tun beim BND Dienst, sie verschlingen einen Jahresetat von mehr als 600 Millionen Euro. Wenn dabei nur Blindheit und Taubheit herauskommen, ist die Frage zwingend, was dort eigentlich getrieben wird.

Der frühere CDU-Außenpolitiker Willy Wimmer warnt, der Vorfall sei Nahrung für das Gerücht über eine angebliche "Kanzlerakte", nach der jeder Bundeskanzler seit 1949 der USA die Treue schwören müsse, bevor er ins Amt gelange. Wenn Merkel sich erneut herauszuwinden versucht, sind solche Gerüchte kein Wunder. Mit den Ausflüchten muß endlich Schluß sein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Juli 2015 über eine Rede des deutschen CDU-Politikers Wolfgang Schäuble vom 18.11.2011 in Frankfurt: >>**Ein Staat im Wachkoma**

Die Augenwischerei nimmt kein Ende. Seit nunmehr 70 Jahren phantasieren Politiker und Medien im Widerspruch zur ständigen Rechtsprechung vom Untergang des Deutschen Reiches. Dem liegen Mißverständnisse und bewußte Falschinformationen zu Grunde, wie sich gerade wieder gezeigt hat.

... Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, amerikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Das ist mittlerweile vielen klar geworden, besonders seit der NSA-Affäre, was allerdings die Konsequenzen dieser Aussage sind, verstehen nach wie vor die Wenigsten. Wenn Deutschland seither kein souveräner Staat mehr gewesen ist, dann deshalb, weil der einzig legitime

Staat auf deutschem Territorium, der jemals souverän gewesen ist, daß Deutsche Reich war, das nach Auffassung der Richter in den letzten völkerrechtlich verbindlichen Grenzen vom 31. Dezember 1937 bestand hatte. Dieses Deutsche Reich konnte nicht einfach untergehen oder von einer sogenannten Bundesrepublik vereinnahmt werden.

Erinnert wird hier an die Worte von Theo Waigel beim Schlesiertreffen in Hannover im Juli 1989, der seinerzeit formulierte: "Durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen." Das heißt: Der legitime Staat, auf dem wir uns heute befinden heißt nicht Bundesrepublik Deutschland sondern immer noch Deutsches Reich. Das hat nichts mit Geschichtsrevisionismus und noch viel weniger etwas mit braunem Gedankengut zu tun - obwohl allein der Name "Reich" bei vielen unwillkürliche Beißreflexe auslöst.

Hier geht es nicht um die Wiederherstellung des sogenannten Dritten Reiches, sondern um das Anknüpfen an die letztgültige und in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung von 1871. Die tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte gebietet, daß man sich an ihr orientiert, wenn man die Besetzung Deutschlands aufheben und wieder zum Recht und zum Frieden zurückfinden will.

Daß das Bundesverfassungsgericht sich damals anmaßte, die BRD als identisch mit diesem souveränen Deutschen Reich zu bezeichnen, ist als Täuschung wahrzunehmen, denn die BRD war, besonders wenn man die historische Situation während des Urteils 1973 bedenkt, weder souverän, noch wiedervereint, noch in irgendeiner anderen Weise dazu befähigt, über den völkerrechtlichen Zustand des besiegten Deutschen Reiches zu bestimmen. Darauf weist auch die Formulierung hin, das Deutsche Reich besäße nach wie vor "Rechtsfähigkeit", sei aber nicht "handlungsfähig".

Das geht nur deshalb zusammen, weil die Siegermächte völkerrechtlich nicht im Stande waren, den legitimen Deutschen Staat - dessen Geschichte weit über die zwölf dunklen Jahre hinausweist - vollends aufzulösen. Also installierten sie ein Besatzungskonstrukt oben drauf. Zuerst in vier Besatzungszonen aufgeteilt, dann zu zwei deutschen Teil-Verwaltungen - BRD und DDR - zusammengefaßt, dann ab 1989 wieder zusammengefügt, gab es nie den Moment, an dem ein von den Siegermächten errichtetes Staatskonstrukt das Deutsche Reich abgelöst hätte. Das war völkerrechtlich unmöglich. Was aber möglich war, war die Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches sicherzustellen - bis heute geschieht dies auf verschlungenen Pfaden.

Seit der militärischen Niederlage 1945 liegt das Deutsche Reich - das sich aus Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsverfassung und Staatsgewalt zusammensetzte - im Wachkoma. Die Bundesrepublik Deutschland, nach Aussage der Väter des Grundgesetzes ein Besatzungskonstrukt ohne Verfassung, die den ehemaligen Siegermächten ihre Befugnisse sichern und daher nur als Verwaltungsgebiet angesehen werden kann, war ebenso wie Deutsche Demokratische Republik nie ein Staat im eigentlichen Sinne. Der Hauptgrund dafür ist der, daß sie beide 1949 durch die Alliierten gegründet worden sind und bis zum Schluß dem Diktat der Sieger unterlagen.

Bei der sogenannten Wiedervereinigung wurde das Deutsche Reich nicht wiederhergestellt, sondern lediglich zwei Verwaltungskonstrukte zusammengeführt, ohne dabei aber das Besatzungsrecht tatsächlich aufzuheben, wie aus den Klauseln des Zwei-plus-vier-Vertrages deutlich wird, der noch Teile des Überleitungsvertrages von 1954/55 fortbestehen ließ. Explizit wurde damit 1989/90 sichergestellt, daß die USA als Hauptsiegermacht weiterhin ihre Befugnisse über Deutschland behalten würde. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>Nato im Kalten Krieg

Über Stay-Behind-Organisationen im Nachkriegsdeutschland

Lediglich drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges begannen die Sowjets mit ihrer Berlin-Blockade und 1950 verursachten sie den nordkoreanischen Kriegsüberfall auf den Südtteil des Landes. Zunehmend befürchtete man nicht nur in Bonn, Paris und London, sondern speziell in Washington, Moskau werde versuchen, mit seinen insgesamt 45 Divisionen ebenfalls Westeuropa zu überrennen.

Nach den Erfahrungen der deutschen Wehrmacht mit den sowjetischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg begann die CIA, für einen solchen Fall überall eine Art Schattenarmee aufzubauen, die im Krieg als Partisanen und Funker gegen die sowjetische Besatzungs-Streitkräfte kämpfen sollten. Schon aus geographischen Gründen war dabei Deutschland der Schwerpunkt. Während sie in anderen Ländern auf entsprechende Militär-Einheiten und Widerstandskämpfer zurückgreifen konnte, standen in West-Deutschland nur Spezialisten aus Wehrmacht und SS zur Verfügung - ihre politische Vergangenheit war nunmehr kein Hinderungsgrund.

An bestimmten Punkten wurden in Wäldern Erdbunker angelegt, die in handkoffergroßen Blechcontainern Sprengstoff sowie Waffen nebst Munition enthielten; viele waren zudem mit Zigaretten und Schokolade versehen sowie - nagelneu und wasserdicht verpackt - Verbandszeug mit Spritzen und Penicillin (noch vor wenigen Jahren wurden solche Waffenlager in Holland und Norwegen entdeckt).

Zur antikommunistischen Propagandaarbeit baute die CIA 1950 den Bund Deutscher Jugend auf, der bereits ein Jahr später über zwei Millionen Flugschriften im Bundesgebiet verteilte. Seine Behauptung, 1952 über 18600 Mitglieder zu haben, war indes stark übertrieben. Daß der BDJ auch heimliche Anhänger in der DDR hatte, entspricht den Tatsachen.

Zugleich entstand sein Technischer Dienst, dessen Mitglieder als Sabotagetrupps vorgesehen waren. Ihre Ausbildung umfaßte jeweils bis zu 14 Mann und erfolgte in einer Villa in Wald-Michelsbach im Odenwald, getarnt als Erholungsheim. Die Wirkung von Partisanen wird oft unterschätzt: Können sie doch feindliche Truppen binden, deren Soldaten durch Überfälle dezimieren und demoralisieren und ihren Nachschub gefährden. Behauptungen, der Technische Dienst solle bei inneren Unruhen unliebsame Persönlichkeiten beseitigen, führten 1953 zum Verbot. Damals besaß er mit seinen 7.000 Mitgliedern 12.600 Panzerfäuste, 560 Maschinengewehre und 140 Funkgeräte.

Viele von ihnen übernahm die Organisation Gehlen, die seit 1949 ebenfalls eine Stay-Behind-Gruppierung aufbaute. Bald konnte sie etwa 500 Deutsche eingliedern, welche bisher für ähnliche Organisationen der französischen, niederländischen und dänischen Spionage tätig waren. Bereits 1946 hatte Gehlen selber den Nachrichtendienst Kopenhagens mit dessen 30 Funkposten kontaktiert, der ihn bei der Einschleusung seiner Agenten nach Polen unterstützte.

Vier Jahre später bestanden engere Funkverbindungen zur Schweiz, zu Frankreich und Spanien. In der DDR arbeiteten 1954 rund 70 geheime Funker, davon sieben an Schlüsselpositionen an der Oder-Neiße-Linie, sowie einige in Polen und der CSSR. In der Bundesrepublik bestanden für den Ernstfall bereits 1952 an 65 Orten Erddepots mit Waffen und Sanitätsmaterial, 75 Funker waren bei wichtigen Eisenbahnknotenpunkten und Flugplätzen stationiert.

Für die Partisanen waren eine Versorgung aus der Luft sowie eine verstärkte Einschleusung von Agenten in den Osten per Kleinst-U-Booten und per Fallschirm vorgesehen. Luftangriffe der USA sollten sich vorrangig auf die Zerstörung von Brücken über die Oder und Neiße, auf Eisenbahnlinien durch Polen und auf die Aufmarschräume der Sowjetarmeen sowie deren Raketenstellungen konzentrieren.

Für das Zurückholen der Piloten von abgeschossenen US-Flugzeugen war eine Rettungslinie mit sicheren Unterkünften bis weit in die UdSSR vorgesehen sowie Abwurfpunkte für deren Versorgung aus der Luft. Der DDR-Stasi gelang es indes ab 1979, manche Funksprüche zu orten und auch zu entschlüsseln.

Auch gerade die Briten bauten sehr bald nach 1945 ihre eigenen Stay Behind-Organisation in

allen Teilen Deutschlands und Österreichs auf und legten ebenfalls geheime Erdverstecke mit der erforderlichen Ausrüstung an. Von ihr wurde auch die unabhängige Schweizer Schattenarmee "P 26" in England ausgebildet, zur Unterstützung kamen wiederholt britische Offiziere in die Alpenrepublik.

Das äußerst interessante Buch mit seinen 863 Anmerkungen ist der erste Versuch, an ein fast vergessenes Kapitel des Kalten Krieges zu erinnern. Manche Dokumente sind verschwunden, Überlebende gibt es heute nicht mehr. Ob wir je die gesamte Wahrheit erfahren?

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Erich Schmidt-Eenboom und Ulrich Stoll: "Die Partisanen der Nato", Ch. Links-Verlag, Berlin, 2015 ...<<

Die "Neue Rheinische Zeitung-ONLINE" veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>>**Krieg und Frieden**

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO - oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"

Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO - oder Finis Germaniae". Anlässlich dieses Ereignisses hat Armin Siegert für die russische Nachrichtenagentur Sputnik mit Rolf Hochhuth gesprochen. Sputnik leitet das Interview wie folgt ein: "Rolf Hochhuth, der wohl bekannteste Dramatiker Deutschlands, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag feierte, ist bis heute angriffslustig und streitbar. Sein neuestes Buch nennt sich 'Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae', also das Ende Deutschlands. Sputnik hat den Autor gefragt, was er damit meint."

"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"

Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willensloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen.

Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? Frau Merkel hat immerhin noch eine Teilnahme Deutschlands daran verboten. Dies ist ihr aber schon nicht mehr geglückt bei einem Flottenmanöver der Nato vor der Krim. Warum machen die ihre Manöver nicht zum Beispiel in Gibraltar?

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht."

"Die USA werden regiert von der Rüstungsindustrie"

Die amerikanischen Alliierten haben am Ende des Zweiten Weltkrieges Ihre Heimatstadt befreit, sie haben die Genesung der BRD durch den Marshallplan erlebt. Woher kommt Ihr Sinneswandel, sich jetzt gegen den alten Freund, die USA, auszusprechen?

Sie waren eine unglaublich große Nation. Sie haben den Westen Europas befreit, was die Engländer allein nicht hingekriegt hätten. Aber ein Land verändert sich in 75 Jahren. Der Einzelne bleibt ja auch nicht immer gleich. Es sind jetzt andere Leute in Amerika an der Macht, die das vollkommen Wahnsinnige tun, obwohl kein Gegner in Sicht ist. Sie müssen sich immer erst einen suchen jenseits der Weltmeere, im Bewußtsein dessen, daß bei ihnen seit 150 Jahren keine Fensterscheibe kaputt gegangen ist durch Kriege. Und trotzdem geben sie 51 Prozent

ihres Gesamtbudgets ins Militär! Zum Vergleich, Bismarck hat während seiner drei Kriege niemals mehr als 25 Prozent des Etats ins Militär gesteckt. Wozu also dieser ungeheure militärische Aufbau? Antwort: Sie werden regiert von der Rüstungsindustrie, die sonst mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahl droht.

"Wir sind verrückt geworden"

Es ist im Moment nicht gerade populär, Verständnis für Rußland zu zeigen. Warum haben Sie Verständnis?

Uns steht Zurückhaltung gegenüber Rußland besser an, als jedem anderen. Und es ist meine Befürchtung, daß wir nichts als die nützlichen Idioten, das Kanonenfutter für die amerikanische Rüstungsindustrie, die den Krieg braucht, sein werden.

Putin wird ja auch dauernd betrogen. So schrieb Theo Sommer in der ZEIT, Rußland gesteht dem Baltikum zu, sich der EU anzuschließen, und das Baltikum geht in die Nato! Warum tut es das? Wir sind verrückt geworden.

Sie hatten bereits vergangenes Jahr einen offenen Brief an Frau Merkel und Herrn Gauck geschrieben zum Thema Nato. Haben Sie je eine Antwort bekommen?

Von Gauck habe ich eine sehr ausweichende Antwort bekommen. Frau Merkel hat selbstverständlich nicht geantwortet.

"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"

Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?

In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.

Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben.

Herr Lammert, der Vorsitzende des Bundestages, hat mir dazu in einem Briefwechsel geschrieben, das Volk kann komplizierte Fragen ja gar nicht beurteilen. Woher weiß er das? Hat er noch nie von Wilhelm Busch gehört, von seiner Maxime: Wer zusieht, sieht mehr, als wer mitspielt?

Wir sind politisch sehr unintelligent. Wir hatten einige große Männer wie Bismarck, dessen oberstes Gesetz zu allen Zeiten die Pflege guter Beziehungen zu Rußland war. Vier Zaren waren mit deutschen Fürstinnen verheiratet. Bismarck wußte, warum. So schrieb Bismarck auch an König Wilhelm, nie einen Krieg mit Rußland anzufangen, weil das Reich selbst im unwahrscheinlichen Falle eines kurzzeitigen Gelingens, einen Krieg mit Rußland niemals hinter sich, sondern immer nur vor sich haben könnte.

So auch bei Hitler, der nach dem größten Siegeszug der Weltgeschichte, die sechs Wochen, in denen er Frankreich überrannt hat, was die Welt schockierte, ich hab das ja selbst erlebt, ich war damals 12 Jahre alt, völlig den Verstand verlor, als er über seinen getreuen Rohstofflieferanten Stalin hergefallen ist.

Und jetzt sind wir wieder soweit. Zwar nicht, um über sie herzufallen und uns sicher auch nicht so ohne weiteres von den Amerikanern vorschicken zu lassen, aber sie machen uns zum potentiellen Kriegsschauplatz.

"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"

Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?

Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.

Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Banau-

senrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensurieren sich selbst.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juni 2016 über den deutschen SPD-Politiker Willy Brandt (1913-1992): >>USA unterstützten Brandt mit Geld

Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef, ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>"Versteinertes Besatzungsrecht"

Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"

Dr. phil. Bruno Bandulet promovierte über Adenauers Außenpolitik, arbeitete in der CSU-Landesleitung als Referent für Deutschland- und Ostpolitik, war Autor von "Zeitbühne" und "Transatlantik", Chef vom Dienst der Tageszeitung "Die Welt" und Mitglied der Chefredaktion der Illustrierten "Quick". 1995 gründete er den politischen Hintergrunddienst "Deutschlandbrief", der seit 2009 als monatliche Kolumne im libertären Magazin "Eigentümlich frei" erscheint.

Bandulet ist Mitglied der Friedrich A. von Hayek Gesellschaft und hat soeben im Kopp-Verlag ein Aufsehen erregendes Buch mit dem aufschlußreichen Titel "Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945" herausgebracht. Bernd Kallina sprach mit ihm über wichtige Thesen seiner Neuerscheinung.

PAZ: Herr Bandulet, in Ihrer jüngsten Veröffentlichung "Beuteland" greifen Sie so ziemlich alle politisch korrekten Sichtweisen zur deutschen Nachkriegsgeschichte an. Gefallen Sie sich in der Rolle des unerschrockenen Provokateurs?

Bruno Bandulet: Wenn sich jemand provoziert fühlt, bitte sehr. Das habe ich einkalkuliert. Das Berufsethos eines Historikers kann doch nur darin bestehen, den Dingen auf den Grund zu gehen und sie so zu schildern, wie sie sich zugetragen haben. Daß die politische Klasse und die tonangebenden Medien sich in einem Geschichtsbild eingerichtet haben, das mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat, ist deren Problem.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Der Herausgeber der Tageszeitung "Handelsblatt" schrieb in einem Kommentar, 1945 seien die Ostdeutschen aus den "zuvor von ihnen besetzten Gebieten" geflohen. Ich habe ihn schriftlich um Antwort gebeten, welche Gebiete er damit meinte - keine Antwort bis heute. Vermutlich läßt er noch recherchieren, zu welchem Staatsgebiet Ostpreußen und Schlesien gehört haben.

PAZ: Auch widersprechen Sie der pauschalen These von der Befreiung Deutschlands 1945 und verweisen auf eine offiziell kaum bekannte US-Direktive JCS 1067. Was besagt denn diese ominöse Direktive?

Bandulet: Weder hat sich die Mehrheit der Deutschen befreit gefühlt, wie wir von vielen Zeitzeugen wissen, noch wollten die Siegermächte Deutschland befreien. Die These von der Befreiung verträgt sich ja auch schlecht mit der These von der Kollektivschuld. Nein, sie wollten das Land erobern. Auch Konrad Adenauer spricht in seinen Erinnerungen nicht von Befreiung, sondern von Besetzung.

Die von Präsident Franklin D. Roosevelt am 23. März 1945 unterschriebene Direktive 1067 der Joint Chiefs of Staff, der Vereinten Stabschefs, legt in allen Einzelheiten die künftige amerikanische Besatzungspolitik fest. Sie galt bis zum Sommer 1947. In Paragraph 4 der Di-

rektive heißt es: "Deutschland wird nicht zum Zweck der Befreiung besetzt werden, sondern als besiegte Feindnation." Und in Paragraph 5 wurde untersagt, den Wiederaufbau der Wirtschaft in die Wege zu leiten.

PAZ: Führte das etwa dazu, daß der berühmte Morgenthauplan, der Deutschland ursprünglich in eine Wüste verwandeln sollte, keineswegs schon im Sommer 1945 begraben wurde, wie Sie behaupten?

Bandulet: Der genozidale Morgenthau-Plan wurde zwar nicht eins zu eins umgesetzt, ging aber in abgeschwächter Form in die Besatzungsdirektive JCS 1067 ein. Als diese am 10. Mai 1945 auch vom neuen amerikanischen Präsidenten Truman unterzeichnet wurde, sprach Henry Morgenthau von einem "großen Tag".

Er hoffe, fügte er hinzu, daß nicht jemand die Direktive "als den Morgenthau-Plan wiedererkenne". Tatsächlich war der barbarische Plan in den USA nicht unumstritten. Aber erst im Juli 1947 wurden die "Morgenthau-Boys", die Beamten aus dem Finanzministerium, die über die Durchsetzung von JCS 1067 wachen sollten, aus Deutschland abgezogen. Der Bruch mit Stalin und der heraufziehende Ost-West-Konflikt waren es, die Deutschland retteten.

PAZ: Herr Bandulet, Sie sind ja ein richtiger Legenden-Killer: So schreiben Sie, daß die von Harry S. Truman aufgestellte Behauptung, die USA hätten keine Reparationen verlangt, unrichtig sei. Was stimmt also?

Bandulet: Die Behauptung ist nur insofern richtig, als die USA keine Reparationen "verlangt" haben - die Siegermächte haben sie sich einfach genommen. Der Unterschied zu Versailles bestand ja darin, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, sondern daß willkürlich und nach Gutdünken der Sieger geplündert wurde.

Der Wert des geraubten Privateigentums, der Ostgebiete, der Zwangsexporte, der zwei Milliarden Arbeitsstunden der Kriegsgefangenen nach Kriegsende, der intellektuellen Reparationen und der Demontagen läßt sich objektiv nicht beziffern. Ich nenne aber Summen und überlasse es dem staunenden Leser, sich ein Urteil zu bilden. Mein Fazit lautet, daß nach 1945 weitaus mehr aus Deutschland herausgezogen wurde, als auf Grund des Versailler Vertrages an Reparationen geleistet wurde.

PAZ: Bei den "intellektuellen Reparationen", wie Sie den Wissenstransfer nach 1945 aus Deutschland nennen, handelte es sich angeblich um den größten Wissenstransfer aller Zeiten. Können Sie ihn in dieser superlativen Dimension wirklich belegen?

Bandulet: Stellen Sie sich einmal vor, die USA würden besetzt und die Sieger ließen überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen, die in Firmenzentralen, Fabriken und Forschungsinstitute eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse und den gesamten Stand der Forschung zu sichten und fortzuschaffen. Nichts anderes hat sich in Deutschland 1945 und danach abgespielt.

Allein im Berliner Reichspatentamt wurden von den dort liegenden Patenten und Patentanmeldungen mehr als 17 Meilen auf Mikrofilm fotografiert. Nicht zu vergessen die Wissenschaftler, die mehr oder weniger freiwillig nach Amerika, Rußland, Frankreich und Großbritannien gingen. Die deutsche Technologie war in wichtigen Bereichen Weltspitze. Eine derart systematische Plünderung von Wissen hatte es nie zuvor gegeben.

PAZ: Seit der Wiedervereinigung folge die deutsche Politik einem geheimen Fahrplan - jenseits von wirklicher Souveränität. Heißt daß, das zum Beispiel weiterhin Besatzungsrecht bei uns gilt?

Bandulet: Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag wurde die Bundesrepublik völkerrechtlich souverän, und seitdem kann sie den fremden Truppen auf deutschem Boden kündigen. Was bleibt, ist "versteinertes Besatzungsrecht", eine weithin unbekannt und komplizierte Materie, auf die ich im Detail eingehe. Im Übrigen muß Souveränität auch politisch gelebt und wahrgenommen werden - und daran mangelt es bis heute.

Der "geheime Fahrplan" findet sich in einem erstaunlich offenen Aufsatz von Hans Arnold, der als Inspekteur des Auswärtigen Dienstes für die Ausbildung deutscher Diplomaten verantwortlich war. Der Titel sagt alles: "Deutschland muß sich selbst entmachten". Der entscheidende Schritt zur Selbstentmachtung war die Aufgabe der Deutschen Mark und damit der monetären Souveränität. Die Regierung Adenauer kämpfte noch um mehr Selbstbestimmung. Seit Kohl und Merkel läuft der Film rückwärts.

PAZ: EU und europäische Integration blieben die Ziele deutscher Staatsräson und die Einführung des Euro sei der Kardinalfehler der deutschen Politik seit 1949. Was wären denn die Alternativen gewesen?

Bandulet: Die Alternative wäre ein vertraglich seriös geregelter europäischer Staatenbund gewesen, möglichst auch mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, an Stelle des bürokratischen Monstrums EU. Und statt des Euro ein Europäisches Währungssystem, das Kooperation ermöglicht, aber die nationalen Währungen beibehält.

PAZ: Zu Merkels sogenannter Willkommenskultur: Da äußern Sie den Verdacht, daß es sich hierbei um einen weiteren Akt einer Vergangenheitsbewältigung handeln könnte, die nicht vergeht (Ernst Nolte) und verweisen auf den französischen Philosophen Alain Finkielkraut.

Bandulet: Ich bin immer noch unsicher, was Merkel dazu getrieben hat, 2015 Recht zu brechen und die Grenze für eine unkontrollierte Masseneinwanderung zu öffnen. Vielleicht war es ein schuldinduzierter Akt der Vergangenheitsbewältigung. Vielleicht folgte sie dem Fahrplan maßgebender Kreise, die Homogenität des Nationalstaates zu unterminieren. Vielleicht war es eine Mischung aus Naivität, Gutmenschentum und Skrupellosigkeit mit dem Hintergedanken, Deutschland zur moralischen Großmacht zu erheben.

PAZ: Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch, heißt es so schön. Herr Bandulet, Ihr Buch "Beuteland" präsentiert ja eine nicht gerade ermutigende Lageanalyse deutscher Befindlichkeiten. Wie kommen denn die Deutschen aus dieser prekären Lage wieder heraus?

Bandulet: Nichts ist mächtiger als der sich stets wandelnde Zeitgeist. Wir sehen ja, wie das oktroyierte schiefe Geschichtsbild der Deutschen die ersten Risse bekommt. Sonst würde sich mein Buch nicht so gut verkaufen. Es hat offenbar einen Nerv getroffen. Die lange Zeit zementierte politische Landschaft in Deutschland beginnt aufzubrechen. So wie es aussieht, wird 2017 eine echte Opposition in den Deutschen Bundestag einziehen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/12-13): >>**Kalte Krieger in Pullach**

_ von Karel Meissner

Eine kleine Geschichte des BND von seiner Gründung durch Reinhard Gehlen bis zu seinem aktuellen Chef Gerhard Schindler: Es gab immer wieder Linienkämpfe zwischen einer pro-amerikanischen und einer entspannungsfreundlicheren Strömung.

... Seit es den Pullacher Geheimdienst gab," resümierte der Spiegel 1971, "lagen BND und SPD in Fehde. Die SPD hatte 1955 vor einer allzu pauschalen Übernahme der Organisation Gehlen in den Bundesdienst gewarnt; ... der BND wiederum verschloß sich jedem SPD-Einfluß. Er war ganz auf die Achse Gehlen-Adenauer eingeschworen.

Es gab kaum einen prominenten Sozialdemokraten, der sich nicht von BND-Schatten verfolgt fühlte. Erich Ollenhauer wurde beobachtet, der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann war Observations-Objekt, Egon Bahr folgten die Spurenleser bis nach Ost-Berlin und Rom, Herbert Wehner sah sich als Staatsfeind angeprangert."

Die Sozialdemokraten schlugen zurück, als 1969 die CDU/CSU erstmals die Macht in Bonn verlor und unter Willy Brandt eine SPD-geführte Bundesregierung ans Ruder kam. Brandt setzte mit Horst Ehmke seinen Kanzleramtsminister als Ausputzer beim BND ein. Ehmke erinnert sich, daß er einmal beim bayrischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauss wegen geheimer Waffengeschäfte der Pullacher intervenierte. Er wolle "wohl nicht mehr lange le-

ben", habe ihm der CSU-Mann da gedroht.

Ehmke erreichte immerhin eine Säuberung der Spitze des BND, aber der Apparat blieb intakt. Am Sturz von Willy Brandt 1974 soll er seinen Anteil gehabt haben: Der BND wußte frühzeitig von der Spionagetätigkeit von Brandts Vertrautem Günter Guillaume für die Stasi, ließ den Sozialdemokraten aber in die Falle laufen.

Der BND manipulierte den bayrischen Landtagswahlkampf.

Unter Brandts Nachfolger Helmut Schmidt (1974 bis 1982) pendelte sich ein prekäres Gleichgewicht in den Diensten ein. Die ersten Jahre der Kanzlerschaft von Helmut Kohl waren von vielen Skandalen und Pleiten des BND gekennzeichnet.

"KGB und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin konnten über Jahre Maulwürfe in Pullacher Spitzenpositionen plazieren, die Zugang zum kompletten Personalbestand hatten", resümierte der Spiegel 1995 im Rückblick. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/17-19): >>Die alliierte Schattenregierung

_ Interview mit *Josef Foschepoth*

Seit Jahrzehnten überwachen die westlichen Siegermächte unsere Briefe und Telefonate. Dafür hat die Bundesregierung explizit Souveränitätsrechte abgegeben - bis heute.

Herr Professor Foschepoth, Sie haben Akten entdeckt, nach denen seit den frühen 1950er Jahren die Geheimdienste der westlichen Alliierten in der Bundesrepublik massiv den Postverkehr überwacht haben.

Deutschland war ein besetztes Land. Im Westen hatten die USA, Großbritannien und Frankreich die oberste Regierungsgewalt, bis 1955. Sie wollten aus Deutschland einen Staat machen, von dem nie wieder eine Gefahr ausgeht. Das erfolgte durch ein strenges Regiment. Um die Deutschen und das Umfeld im Kalten Krieg zu kontrollieren, hat man ein System der Überwachung entwickelt, das extreme Ausmaße angenommen hat. Man hat großflächig Post aus der DDR und Telefonate, etwa alle ein- und ausgehenden Telefonate aus Westeuropa, kontrolliert. Auf diesem Gebiet waren vor allem die Amerikaner führend. ...

Mit Souveränität hat das wenig zu tun.

Die alte Bundesrepublik ist nie ein wirklich souveräner Staat gewesen. Die Alliierten behielten sich weiterhin bestimmte Rechte vor. Dies betraf nicht nur die Berlin- und Deutschlandfrage, sondern auch die Frage der Truppenstationierung.

Und, wie ich erstmals herausgefunden habe, den sogenannten Geheimdienst- und Überwachungsvorbehalt. Damit durften die Geheimdienste der Alliierten in einer Art rechtsfreiem Raum in der Bundesrepublik tätig werden. Wenn etwa die Polizei ein Mitglied des eigenen oder gegnerischen Dienstes festnahm, durften die deutschen Behörden vorerst keine Ermittlungen aufnehmen, sondern hatten über den Verfassungsschutz umgehend die alliierten Geheimdienste zu informieren, die dann allein die Ermittlungen aufnahmen.

Dazu hatten sie mindestens 21 Tage Zeit. Für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs galt Entsprechendes, und zwar über die Wiedervereinigung hinaus. ...

Also besteht das Besatzungsrecht bis heute weiter?

Es gibt einen internen Briefwechsel zwischen der SPD und dem Staatsminister des Auswärtigen Amtes Harald Schäfer aus dem Jahre 1990. Darin schreibt der Staatsminister, Rechtsgrundlage für die Überwachung durch die Westmächte in der Bundesrepublik seien weiterhin der Zusatzvertrag zum NATO-Truppenstatut von 1959/63 und die entsprechenden Zusatzvereinbarungen. Dies ist bis heute die eigentliche Basis für die Überwachungsrechte der Amerikaner, die im Laufe der Jahre durch ein ganzes Geflecht von Verträgen, Gesetzen und geheimen Zusatzvereinbarungen ergänzt worden sind. ...

Gibt es irgendeine juristische Kontrolle?

Im Gegenteil. Das Grundgesetz wurde dahingehend geändert, daß der Bürger kein Recht hat,

wenn er überwacht worden ist, über diese Überwachungsmaßnahme informiert zu werden. Selbst der Rechtsweg wurde 1968 in Ergänzung zu Artikel 10 des Grundgesetzes ausgeschlossen. Dies war und ist bis heute notwendig, um die Forderung der Alliierten nach strikter Geheimhaltung aller geheimdienstlichen Überwachungstätigkeiten zu erfüllen. ...

Könnte man diese Abkommen kündigen?

Genau das wäre logisch und dringend notwendig, wenn wir wirklich einen entscheidenden Schritt in Richtung von mehr Rechtsstaatlichkeit und Souveränität der Bundesrepublik, nach 60 Jahren ihrer Existenz, gehen wollen.

_ Prof. Dr. Josef Foschepoth ist Zeithistoriker an der Universität Freiburg. Seine Schwerpunkte sind unter anderem Kalter Krieg und alliierte Deutschlandpolitik, Konrad Adenauer und die deutsche Frage, Kommunismus und Antikommunismus, Post- und Telefonüberwachung in der BRD. 2013 erschien sein Buch "Überwachtes Deutschland: Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik" ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/20-21): >>Angriffsziel Deutschland

_ von Karel Meissner

Unser Land steht im Fokus der europäischen Spionage der USA. Der Bundesnachrichtendienst unterstützt den Zugriff der Supermacht, offensichtlich mit Wissen der Bundesregierung. Seit Ende April 2015 kann das erschreckende

Ausmaß der Kollaboration des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit den US-Geheimdiensten bei der Spionage gegen deutsche Interessen nicht mehr verschleiert werden: Die Befehle aus Washington kommen drei bis vier Mal am Tag. Direkt von den Servern der National Security Agency (NSA) erhielt der BND seit 2004 insgesamt zwischen 800.000 (Zeit) und 4,6 Millionen (Spiegel) sogenannte Selektoren: Suchlisten mit IP-Nummern, Mailadressen, Telefonanschlüssen, die im Auftrag der USA zu überwachen sind. Die Süddeutsche Zeitung nennt sogar "690.000 Telefonnummern und 7,8 Millionen IP-Suchbegriffe".

In der Operation Eikonol sollten unter anderem der Siemens-Konzern, die Rüstungsschmieden EADS und Eurocopter - beide Teil der Airbus-Gruppe -, die französische und österreichische Regierung sowie die EU-Kommission ausgehorcht werden; vielfach offenbar mit Erfolg. Auch Auslandsvertretungen deutscher Firmen wurden vom BND elektronisch gefilzt, Erkenntnisse eilfertig über den Atlantik geschickt, wie ein Geheimpapier der Bundesregierung nahelegt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit informiert waren die jeweiligen Kanzleramtsminister Thomas de Maizière, Ronald Pofalla und Peter Altmaier, vielleicht auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. ...

Immer noch Feindstaat

Sicher: Die NSA und ihre Zuträger im britischen Geheimdienst GCHQ spitzeln auf dem ganzen Globus. 122 Staats- und Regierungschefs umfaßt die NSA-Abhörliste "Boundless Informant", die Edward Snowden 2013 enthüllt hat. Nach den von ihm gesicherten NSA-Dokumenten zapften Washingtons digitale Ohren zwischen Dezember 2012 und Januar 2013 in Spanien insgesamt 60 Millionen, in Frankreich 70 Millionen Verbindungen an. Doch in der Bundesrepublik schöpfen die Spione derartige Datenmengen teilweise an einem einzigen Tag ab. Sogar am Heiligabend 2012 lauschte die NSA 13 Millionen Mal, wenn sich die Deutschen per Telefon ein frohes Fest wünschten.

Auf der globalen "Heatmap" der NSA sticht Deutschland inmitten eines grünen und damit für die USA unwichtigen Kontinentes in Dunkelorange hervor - damit liegt die Bundesrepublik auf demselben Top-Level mit Überwachungszielen wie dem Irak und China. In dem dazugehörigen NSA-Papier heißt es, die Daten würden "against", also gegen, die jeweils genannten Staaten gesammelt. ...

Angela Merkel hatte zu Beginn der Snowden-Affäre im Sommer 2013 postuliert: "Auf deut-

schem Boden gilt deutsches Recht." Doch zumindest in den genannten US-Einrichtungen wird dieser Grundsatz immer noch gebrochen, Tag für Tag.

_ *Karel Meissner war COMPACT-Volontär und studiert jetzt in Birmingham.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/27,29): >>>Operation Alberich

_ von *Jürgen Elsässer*

Die Prism-Schleppnetzfangung der US-Geheimdienste habe auch in Deutschland einige Terroranschläge verhindert, heißt es. Das Beispiel der Sauerland-Bomber zeigt das Gegenteil: Der durch Internetüberwachung aufgedeckte Terrorplot war von einem CIA-Mann überhaupt erst angestiftet worden. ...

Neue Gesetze

Im Zuge der Terrorhysterie rund um die Sauerland-Gruppe präsentierte Schäuble weitreichende Vorstöße für Verfassungsänderungen, ja, sogar zur möglichen Einführung der Todesstrafe. "Das Grundgesetz würde doch zerbrechen, wenn wir es nicht anpassen würden, gerade bei solchen zentralen Fragen ... Die Amerikaner würden ihn (Osama bin Laden) exekutieren, und die meisten Leute würden sagen: Gott sei Dank. ... Wir sollten versuchen, solche Fragen möglichst präzise verfassungsrechtlich zu klären, und Rechtsgrundlagen schaffen, die uns die nötigen Freiheiten im Kampf gegen den Terrorismus bieten."

Diese Provokation des radikalen Badeners vom Juli 2007 stieß zunächst auf erhebliche Kritik. Mit der Festnahme der Sauerland-Gruppe Anfang September 2007 jedoch wendete sich das Blatt. Schäuble konnte sich als erfolgreicher Fahnder profilieren und nutzte die Publicity für weitere Angstmache.

Diesmal ging es ihm um einen Anschlag mit schmutzigen Atombomben: "Viele Fachleute sind inzwischen davon überzeugt, daß es nur noch darum geht, wann ein solcher Anschlag kommt, nicht mehr, ob." Und, als ob das nicht schon Horror genug wäre, setzte er nach: "Es hat keinen Zweck, daß wir uns die verbleibende Zeit auch noch verderben, weil wir uns vorher schon in eine Weltuntergangsstimmung versetzen."

Die SPD ging sofort nach der erfolgreichen Polizeiaktion in die Knie. "Noch vor Tagen gaben sich die Sozialdemokraten knallhart in der Ablehnung neuer Instrumente zur Terrorabwehr. Doch nach den gestrigen Festnahmen von drei mutmaßlichen Attentätern bröckelt die Front", hieß es auf spiegel.de. Mitte April 2008 brach der Widerstand der SPD zusammen. Die sozialdemokratische Bundesjustizministerin Brigitte Zypries einigte sich mit Schäuble darauf, Online-Durchsuchungen zu erlauben.

Einziger Vorbehalt: "Ermittler dürfen ... auf Wunsch der SPD nicht in die Wohnung eines Verdächtigen eindringen, um Spähprogramme auf Computern zu installieren." (spiegel.de) Das ist auch gar nicht nötig: Die entsprechende Software, der sogenannte Bundestrojaner, kann auch über E-Mails eingeschleust werden. Gleichzeitig beschlossen die Parteien der Großen Koalition die Ergänzung des Großen Lauschangriffs durch die optische Wohnraumüberwachung.

Gleichzeitig beschloß die Große Koalition die optische Wohnraumüberwachung.

Von diesem Ergebnis her betrachtet ergibt sich die Antwort auf die Frage im Anfangsteil, warum im Rahmen der "Operation Alberich" eine derart riesige Polizeiaktion gegen offenkundig so dilettantische Täter notwendig gewesen war: Den US-amerikanischen Geheimdiensten und ihren deutschen Helfern wie Schäuble ging es nicht darum, den Bürgern durch entschlossenes polizeiliches Handeln die Terrorangst zu nehmen - sondern diese überhaupt erst zu erzeugen. Mit dieser "Strategie der Spannung" schufen sie das geeignete Klima zur Durchsetzung einer Totalüberwachung, die sich gegen die gesamte Bevölkerung richtet.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/33,36): >>Todesschwadronen in Hamburg

_ von Marc Dassen

US-Killerkommandos machten nach dem 11. September 2001 Jagd auf Terrorverdächtige - auch in Deutschland. Unsere Dienste und Behörden mischten teilweise mit, teilweise wurden sie von den Amerikanern nicht einmal informiert. Das Kanzleramt schwieg.

Die US-Todesschwadronen scherten sich bei ihrem Antiterrorkrieg nach 9/11 nicht um die Gesetze und die Souveränität anderer Staaten - auch nicht im Falle der Bundesrepublik. Mitte Juli 2009 berichtete der britische Guardian:

"Dick Cheney, der frühere Vizepräsident, ordnete eine streng geheime CIA-Operation an, die vor dem Kongreß abgeschirmt wurde, weil sie die Grenzen der Legalität mit Plänen ausdehnte, al-Qaida-Kader in freundlich gesinnten Ländern zu ermorden, ohne Kenntnis der dortigen Regierungen, so frühere Geheimdienstmitarbeiter.

" Mit der Ausweitung auch auf die Territorien verbündeter Staaten ging dieser Kill-Befehl weit über die offiziell von Präsident George W. Bush verkündeten Verschleppungs- und Folterbefehle, die ebenfalls menschenrechtswidrig waren, hinaus.

In Deutschland konnten sich die US-Geheimdienste ohnedies in einem sehr permissiven Umfeld bewegen. Nach dem 11. September 2001 verstärkte sich die Kooperation mit den deutschen Behörden stetig. Wolfgang Schäuble, Innenminister ab Oktober 2005, vertrat bald nach seinem Amtsantritt im Gespräch mit der Stuttgarter Zeitung die Auffassung, sogar die Verwertung von Erkenntnissen aus US-Foltergefängnissen sei nötig:

"Wenn wir sagen würden, Informationen, bei denen wir nicht sicher sein können, daß sie unter vollkommen rechtsstaatlichen Bedingungen zu erlangen waren, nutzen wir unter keinen Umständen - das wäre völlig unverantwortlich. Wir müssen solche Informationen nutzen." ...

Die Ausputzer

Das Kill-Programm der US-Geheimdienste, das Vizepräsident Dick Cheney nach 9/11 durchsetzen wollte, scheiterte auf dem Amtsweg. Ausgeführt wurde es trotzdem - mit Hilfe der Söldnerfirma Blackwater (heute: Academi). Deren Chef Erik Prince beschwerte sich Ende 2009 im Magazin Vanity Fair über die angebliche Zahnlosigkeit der Bush-Administration. Ersatzweise will Prince seine Leute in Bereiche, wo die CIA keinen Zugang hatte, eingeschleust und überhaupt als Ausputzer ("Mr. Fix-It") im Krieg gegen den Terror fungiert haben.

Die Mordkommandos der CIA sind ihm zufolge aufgrund des "fehlenden politischen Willens" auf Eis gelegt und schließlich 2004 ganz auf Blackwater übertragen worden. Von diesem Zeitpunkt an arbeiteten nicht mehr CIA-Agenten, sondern "Contractors" und ausländische Hilfskräfte für ihre Auftraggeber in Washington und Langley. Prince will die folgenden Aktionen erst einmal aus eigener Tasche vorfinanziert und erst im Nachhinein vom US-Geheimdienst Geld bekommen haben. So habe man das Programm nicht mit der US-Regierung in Verbindung bringen können.

_ Marc Dassen ist COMPACT-Redakteur<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/80): >>Besatzung im Kleingedruckten

_ von Marc Dassen

Die Bundesrepublik entstand 1949 als Protektorat der westlichen Siegermächte, ist aber nach gängiger Meinung spätestens mit der Wiedervereinigung vollständig souverän geworden. Dennoch gelten bis heute alliierte Vorbehaltsklauseln.

Grundgesetz ohne Geltungsbereich

Zum 29. September 1990 wurde per Bundestagsbeschluß der Artikel 23 des Grundgesetzes

gestrichen. Er hatte bis dahin dessen Geltungsbereich beschrieben, der sich auf die "alten" Bundesländer erstreckte, und weiter festgehalten: "In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen." Doch seltsam: Anstatt die neuen Bundesländer in Artikel 23 mit aufzunehmen, entfiel der entsprechende Passus an jenem 29. September 1990. Mit anderen Worten:

Als am 3. Oktober 1990 die Bundesländer der ehemaligen DDR mit denen des Westens wiedervereinigt wurden, war der Geltungsbereich des Grundgesetzes also schon seit einigen Tagen erloschen. Die Gebiete Mitteldeutschlands konnten der BRD nicht beitreten, wenn der Passus, der dies leisten sollte, nicht mehr existierte.

Kann eine Verfassung ohne Bestimmung des Geltungsbereichs überhaupt irgendwo Gültigkeit haben? Zum Vergleich: In den Bundesverfassungen der Schweiz (Artikel 1) und Österreichs (Artikel 2) ist der jeweilige Geltungsbereich - die Namen der Kantone beziehungsweise Bundesländer - an prominenter Stelle festgeschrieben.

Eine Beschreibung der wahren Verhältnisse nach Kriegsende gab Carlo Schmid als Vertreter der SPD am 8. September 1948 im Parlamentarischen Rat: "Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten."

Es wird deutlich, daß das Grundgesetz eben keine Verfassung, sondern lediglich ein Provisorium für die Besatzungszeit darstellte. Da dieses Gesetzeswerk aber bis heute gilt, bleiben Zweifel, ob diese Besatzungszeit wirklich zu Ende ist. Dafür spricht, daß alliierte Vorbehaltsklauseln, die etwa in Geheimverträgen zum Überleitungsvertrag 1954/55 und in Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von 1959 und 1998 festgeschrieben wurden, ihre Gültigkeit nicht verloren haben.

... Einen Friedensvertrag, der das ausschließen könnte, gibt es bekanntlich nicht. Mit ihrer Behauptung, seit 1990 sei alles gut, widerspricht Zypries jedenfalls dem Juristen Gregor Gysi, der im Zuge der NSA-Affäre Anfang August 2013 feststellte: "Also ich muß ihnen mal ganz ernsthaft sagen, daß das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wir haben nicht das Jahr 1945. Wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden?" Es sind Aussagen wie diese, die das Mißtrauen wacher Bürger wecken und dringend einer Klärung bedürfen.

_ Marc Dassen ist COMPACT-Redakteur.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...):
>>"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"

von *Eva Herman*

Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. Der Rechtsanwalt und studierte Türkeiwissenschaftler ist Chef der liberaldemokratischen Partei und sitzt im russischen Parlament. Die Sichtweise der Russen, die Schirinowski hier vertritt, steht im konträren Widerspruch zu den Aussagen der deutschen Politiker und Medien. Um so interessanter ist es, diesen selten zu findenden Aussagen zuzuhören.

Gleich vorweg: Am Ende des Interviews stellte Schirinowski fest, daß man von russischer Seite aus bereit sei, die berühmte Frage der "deutschen Ostgebiete" zusammen mit Deutschland zu lösen. Vogt dazu: "Damit stellt sich Wladimir Schirinowski in eine über 70-jährige Tradition sowjetisch/russischer Politik. Schon Stalin hatte 1952 mit seiner berühmten Stalinnote die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutrali-

tät und Nichteintritt in die NATO angeboten.

Nikita Chruschtschow wiederholte ein solches Angebot 1955, Andropow in den 80er Jahren und bei der deutschen Wiedervereinigung kam im Sommer 1990 ein neues Angebot über die Rückgabe des sowjetischen Teils Ostpreußens mit Königsberg von Gorbatschow."

Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Michail Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau beknet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden."

Zu den derzeit aktuellen Themen traf Schirinowski ebenfalls klare Aussagen, wie man sie in westlichen Medien nur zu selten hört. Zum Thema einer angeblichen Annexion der Krim von seiten Rußlands stellte der russische Politiker wörtlich klar:

"Die Krim ist russische Erde, sie gehörte immer zum russischen Reich oder der Sowjetunion. Und die absolute Mehrheit der Krimbewohner kehrte mit Vergnügen in die Struktur Rußlands zurück. Es gibt keine Annexion. Wir haben kein fremdes Land erobert. Ab dem Moment der illegitimen Teilung der UdSSR haben sie immer ihre Unabhängigkeit für sich reklamiert und haben stets die Rückkehr nach Rußland gefordert. Das ging über 26 Jahre. Es gab keine bewaffneten Auseinandersetzungen während des Anschlusses der Krim. Und jetzt überhaupt: Es herrscht eine vollkommene Feststimmung. Alle sind zufrieden, und das alles sind die Wünsche der Krimbewohner und der Bewohner unseres Landes."

Michael Vogt sprach die aktuelle Lage in der Ukraine an. Die Antworten Schirinowskis klingen ähnlich gegensätzlich zum deutschen Massenmedien-Einheitsbrei, wie es schon zur Krim-Thematik und zu den deutschen Ostgebieten der Fall ist. Es sind Antworten, die wir dort niemals zu lesen bekommen würden: "Meine persönliche Meinung: Die ganze Ukraine sollte zurückkehren und Teil Rußlands werden. Ein Gouvernement, wie es zu Zeiten des Zaren war. Wenn die Ukrainer das nicht wollen, dann wird das Land, wie in Afrika, zu einer Art Somalia: Krieg, innere Fehden, Provokation, nichts Gutes, weder für Rußland, noch für Europa." Unheilvolle Worte Schirinowskis folgten zur derzeitigen Lage Europas:

"Zwischen den bekannten deutschen Repräsentanten wird darüber gesprochen, daß es ein Szenario gibt, nach dem ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland auf dem Territorium der Ukraine - und zwar wegen der Ukraine stattfinden soll. Es gibt einen solchen Plan. Der Krieg sollte schon im Sommer 2016 anfangen, er hat nicht angefangen. Jetzt planen sie ihn für den Sommer 2017."

Schirinowski verurteilte die NATO-Osterweiterung, vor allem in den baltischen Ländern. Sie stelle eine immense Gefahr für den Frieden in Europa, ganz speziell für Deutschland, dar: "Wir haben Deutschland gebeten, aus der NATO auszutreten. Und es würde ein großes Deutschland sein, ohne Besatzungstruppen, das demokratischste in Europa. Aber, nein! Und die DDR wurde hineingezogen, und sie alle zusammen sind jetzt in der NATO. Die deutschen Soldaten sind schon im Baltikum! Doch warum machen sie das? Dieser Krieg wird der letzte sein. Alles wird vernichtet. Ganz Europa wird vernichtet. Man sollte darüber nachdenken. Amerika ist weit weg. Und wir haben noch hinter dem Ural genug Territorium. Und was

bleibt von Europa nach dem Krieg?"

Schirinowski erläuterte die seit nahezu 200 Jahren verursachten Störungen der russisch-deutschen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Frankreich. Ihnen sei die russisch-deutsche Allianz ein Dorn im Auge, die zu friedvoller Macht führen und ihnen deshalb gefährlich werden könnte. Und so würden seit 200 Jahren Konflikte und Störungen produziert:

"Man soll damit Schluß machen. Deutschland ist doch eine kluge Nation. Es ist an der Zeit, sich endlich aus der Falle zu befreien, in die Deutschland seit fast 200 Jahren getrieben wurde und endlich mit Rußland zusammenzuarbeiten. Wir mischen uns nicht ein in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. In erster Linie sollte es aufhören, ein besetztes Land zu sein und immer nach Washington zu fahren und um Erlaubnis nachzufragen. Es soll vollständig selbstständig sein, und ich bin sicher, daß die meisten Deutschen für ein Bündnis mit Rußland sein werden anstatt für das Bündnis mit Amerika."

Falls es dazu käme, daß das deutsche Volk Rußland um Hilfe bäte, wie würde Rußland entscheiden, fragte der Journalist schließlich. Die Antwort Schirinowskis dürfte so manchem Hoffnung und Trost geben: "Hilfe für Deutschland? Und Europa? Wir leisten jede Hilfe. ... Es ist die Bestimmung Rußlands, in kritischen Momenten Hilfe zu leisten bei der militärischen Lösung jedes Problems, jeder Frage."

Schirinowski beendete das Interview mit der bereits zu Anfang erwähnten Thematik der deutschen Ostgebiete: "Wir haben den Deutschen die östlichen Gebiete weggenommen und den Polen gegeben. Aus welchem Grunde befinden sich heute die Polen auf dem deutschen Territorium? Man kann alles Deutschland wiedergeben. Dabei können wir helfen. Beim deutschen Hafen Memel, Klaipeda, wir können dabei helfen, für Deutschland das ganze Preußen wieder herzustellen. Keiner hilft, nur wir!"<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 5. Juni 2017 (x1.064): >>**Deutschland - ein besetztes Land**

Merkels Deutschland, Merkels Europa - ein lauer deutscher Sommerabend und eine spontane Diskussion an einem Stammtisch in Köln-Ehrenfeld.

von *Werner Rügemer*

Ich ging an diesem lauen Abend durch die Straßen meines Stadtteils, in dem ich schon lange wohne. Als ich an einer der zahlreichen Szenekneipen vorbeikam, die hier seit einigen Jahren sich immer zahlreicher ausbreiten und viel jugendliches Publikum anziehen, viele Studenten, junge Medienleute, auch ein hier geachteter Witzemacher wie Jan Böhmermann wohnt um die Ecke - als ich also an einer dieser Kneipen vorbeikam, sah ich unsere Bundeskanzlerin auf dem üblichen großen TV-Bildschirm. Sie hielt tapfer einen gläsernen, dicken, halbleeren Ein-Liter-Bierkrug in die Höhe und lächelte.

Sie guckte in einer Mischung zwischen frech und unsicher und schien Zustimmung zu erwarten. Sie saß in einem Bierzelt im Münchner Vorort Trudering, in einer Veranstaltung ihrer bayerischen Schwesterpartei CSU, so wurde erklärt. Da ich mich unter anderem für die heute wichtigen Formen des Populismus interessiere, besonders der Variante der angeblich christlichen deutschen Regierungschefin, blieb ich stehen und beugte mich durchs offene Fenster, um die Merkel besser mitzukriegen. Sie hatte jetzt den Bierkrug nicht mehr in der Hand und deklamierte an einem Pult ins Mikrofon: "Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen."

Eine Gruppe junger Frauen und Männer saß in der Nähe des Fensters um einen runden Tisch. Einer erkannte mich und rief - wir hatten schon ein paarmal kurz diskutiert, in meiner Stammkneipe in der Nachbarstraße: "He, komm doch rein! Du kennst dich doch aus! Die Merkel erzählt doch Unsinn! Das ist doch die mächtigste Arschkriecherin Europas, stimmt's oder hab ich recht?"

Ich setzte mich zu den jungen Leuten, die mir freundlich einen Stuhl beizogen. "Mächtigste Arschkriecherin Europas? Wie kommt Ihr darauf?" fragte ich. Eine junge Frau warf sofort ein: "Das hat der Jörg gesagt. Ich finde aber, daß die Merkel recht hat. Wir Europäer müssen uns endlich von den Amis selbständig machen, jedenfalls wenn sie von diesem Trump regiert werden."

Ich ergriff gern die Gelegenheit und begann der aufmerksamen Runde meine angesammelten Kenntnisse in meiner rein sachlichen Weise auszubreiten. Ich begann damit etwas zwinkernd oberlehrerhaft, was aber scheinbar nicht schlecht ankam: "Ihr wißt ja, daß Deutschland Mitglied der NATO und der wichtigste Freund der USA in Europa ist, oder?" Alle nickten ungeduldig. "Ok", fuhr ich fort, "dann wißt Ihr auch, daß die USA in Deutschland mehr militärische Stützpunkte betreiben als in jedem anderen Staat der Welt."

Da blickten sie ungläubig. "Also dann ratet mal, wieviel und was für Militärstützpunkte die USA in Deutschland betreiben", gab ich in die Runde. Sie blickten sich fragend an. "Ja, in Ramstein", antwortete einer, der türkisch aussah, "da haben die einen Flugplatz und ein großes Krankenhaus. Ich glaube, das liegt in der Eifel. Truppen- und Materialtransporte nach Afghanistan, in den Irak und so weiter." "Und Drohnen-Station", rief ein anderer. Ich fragte nach: "Und was haben wir da noch?" Da gebe es vielleicht noch ein paar Standorte, die nach dem letzten Krieg hier eingerichtet wurden und noch nicht abgezogen sind, wurde vermutet.

"Um es kurz zu machen", erklärte ich, "die USA haben in Deutschland ungefähr zwei Dutzend Militärstandorte. Da hat die Bundesregierung nichts zu sagen. Die werden laufend modernisiert. Dazu gehört die Lagerung von Atomsprengköpfen. Dazu gehören auch ganz neue Standorte wie AFRICOM bei Stuttgart, von wo aus Afrika überwacht wird und Drohnen gelenkt werden. Dazu gehören europäische Kommandozentralen für das US-Militär und auch für die NATO. Dazu gehört der Rüstungskonzern General Dynamics, der in Kaiserslautern produziert und dessen Produkte nicht der deutschen Exportkontrolle unterliegen, und so weiter."

Ich brach die Aufzählung ab. Eine junge Frau fragte zögernd: "Dann sind wir ja ein besetztes Land, wenn das stimmt? Wieso sagt die Merkel nichts dazu?" Da fühlte sich der junge Mann bestätigt, der mich gerufen hatte: "Genau, sag ich's doch: Die Merkel ist die mächtigste Arschkriecherin Europas, die Amis haben kein Land so im Griff wie Deutschland. Ich sage nur: Edward Snowden! NSA! Merkel-Handy!"

Der laue Sommerabend in der offenen Kneipe wurde noch lang, da wurde noch einiges an Fritz Kola, Wasser, Rosé und auch ein bißchen Kölsch getrunken. Eine freundliche junge Frau mit dunklen lockigen Haaren bediente uns. Wie sich rausstellte, hatten doch alle irgendwas gehört, jeder und jede erzählte was: Die schon von Obama angeordnete Aufrüstung der europäischen NATO-Staaten und der Aufmarsch an der russischen Grenze. Die CIA-Folterungen in osteuropäischen Gefängnissen, jedenfalls vor ein paar Jahren.

Die US-Militärstadt Bondsteel im Kosovo. Die vielen neuen NATO-Mitglieder in Osteuropa und auf dem Balkan. Aus einem jungen Mann mit kleinen Eisenringen an beiden Ohrläppchen, der bisher nichts gesagt hatte, brach es plötzlich heraus: Die USA hätten den von Merkel geförderten Anwärter auf das Präsidentenamt in der Ukraine, den Boxer Klitschko - den hätten die USA einfach beiseitegeschoben und ihren eigenen Favoriten durchgeboxt! Und diese Frau, diese Abteilungsleiterin aus dem amerikanischen Außenministerium hätte doch "Fuck Europe!" gerufen!

Eine junge Frau, die an der Kölner Uni Politik studiert - mit kurzem Blick auf mich fügte sie das hinzu -, warf die Frage auf: Bricht denn unsere Bundeskanzlerin nicht das Grundgesetz und ihren Amtseid? Sie läßt doch zu, daß die von US-Präsidenten ohne Gerichtsverfahren angeordneten Drohnen-Tötungen über eine deutsche Relaisstation geleitet werden! Ein junger Mann, eifriger Verfasser von Wikipedia-Einträgen, behauptete:

Deutschlands und Europas Bürger und Regierungen und Unternehmen und öffentliche Ein-

richtungen werden nicht nur von US-Geheimdiensten ausgespäht, sondern auch von den US-Internetgiganten Google, Facebook, Microsoft, Uber und so weiter. Ein stiller Teilnehmer der Runde, der als einziger Kölsch trank, fügte plötzlich hinzu: "Und die müssen ihre Daten auch dem US-Heimatschutz-Ministerium zur Verfügung stellen, das habe ich irgendwo gelesen."

Die Runde redete sich immer tiefer hinein. Es drohte chaotisch zu werden. Der Abend war leicht und lau, die Fenster standen offen. Von den Tischen auf der Straße schwirrten gedämpfte Gesprächsfetzen herein. Einzelgänger, Gruppen und Paare schlenderten vorbei. Es war friedlich. Unvermeidlich wurde der Kampf gegen den Terrorismus gestreift und daß die USA seit Jahrzehnten islamistische Terrorgruppen ausbilden. Der Zwischenruf "Aber Putin ist doch auch böse" blieb freundlich ohne Resonanz, ich wunderte mich.

Nach Mitternacht waren noch ganz neue Stichworte aufgetaucht. Einer meinte: McKinsey sitzt im Verteidigungsministerium, in den Jobcentern, und McKinsey berät das Migrationssamt, wie Flüchtlinge möglichst schnell und kostengünstig abgeschoben werden. Eine andere Teilnehmerin unseres Stammtisches glaubte sich zu erinnern, irgendwo im Internet aufgeschnappt zu haben: In der Commerzbank, bei Daimler und jetzt auch in VW sitzen Beamte des FBI mitten in den Vorstandsbüros und müssen an das US-Justizministerium melden, was ihnen auffällt. Ich konnte mir gar nicht alles merken, was da noch alles durcheinander erzählt wurde.

Der Stammtisch, der durch Merkels Bierzelt-Auftritt zustande gekommen war, kam zu dem Beschluß: Da ist noch einiges zu klären! Der Agitator, der mich gerufen hatte, trank im Aufstehen sein Glas aus und wiederholte: "Die Merkel ist die mächtigste Arschkriecherin Europas, das ist doch wohl klar, oder?" Ich machte der Runde den Vorschlag, über eine mehr sachliche Kennzeichnung der deutschen Bundeskanzlerin nachzudenken, zum Beispiel "populistisches Vasallentum". Das schien nicht so gut anzukommen. Aber man war sowieso schon im Aufbruch.

Wir waren schon alle aufgestanden, wir waren fast die letzten Gäste. Der Pächter hatte draußen die Stühle und Tische verkettet, damit sie nicht geklaut werden - da kam die junge Griechin zu unserem Tisch, die uns den Abend über bedient hatte. Sie hatte ihre Schicht beendet und ihre Schürze abgelegt. Sie sprudelte los, als würde sie eine vorbereitete Wahlkampfrede halten. "Ich habe ja mitgekriegt, was Ihr da die ganze Zeit diskutiert habt.

Merkel will Europa stärken. Scheiße dieses starke Europa! Ich bin ausgewandert, weil ich in Griechenland nach dem Studium keine Arbeit gefunden habe. Bei uns regieren die Oligarchen, der Internationale Währungsfonds und die Deutsche Bank! In Slowenien, in Kroatien, im Kosovo sieht es noch schlimmer aus. Reiche Oligarchen und Investoren, Auswanderung, Verarmung. Das ist euer Merkel-Europa. Das solltet Ihr auch mal bedenken!"

Die Runde blickte sich etwas müde, aber interessiert an. "Wann treffen wir uns das nächste Mal?" fragte einer. "Wann sind denn deine Schichten?" fragte die Politikstudentin die griechische Bedienung. ...

Werner Rügemer, interventionistischer Philosoph, ist Mitbegründer von "aktion gegen arbeitsunrecht" und "Gemeingut in Bürgerinnenhand". Zuletzt erschien von ihm "Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder aus Politik und Wirtschaft, Geschichte und Kultur". ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>"Die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren"

_Rolf Hochhuth im Gespräch mit Jürgen Elsässer

Ami go home: Der gefeierte Autor analysiert die Lage der Nation und teilt nach allen Seiten kräftig aus. Angesichts der Großen Koalition fürchtet er um den Bestand der Demokratie. Besonders die Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten bringt ihn zur Weißglut. ...

Die BRD als US-Bundesstaat

Woran arbeiten Sie derzeit?

Germany, 52. US-Bundesstaat, so wird mein nächstes Stück heißen.

Um was geht es darin?

Rolf Hochhuth: Im ersten Akt muß Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer dem Bundeskanzler Ende der 1980er Jahre melden, was die USA uns als ihrem charakterlosen Satelliten zumuten: die atomare Vernichtung Dresdens und Potsdams. Genau wie es, als einziger Deutscher (!), Schäuble sinngemäß gesagt hat: "Wir waren seit Kriegsende nicht eine Stunde souverän."

Im zweiten Akt bittet Putin Siemens-Chef Joe Kaeser in sein Büro und bietet an, daß die Deutschen den Russen ihren ICE bauen können: der größte Industrieauftrag, den es je gab! Doch der US-Präsident verbietet das, und die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren. Vollkommen unterwürfig und ekelhaft, wie seit ihrer totalen Kapitulation 1945. Als hätten wir zum zweiten Mal Auschwitz verbrochen, zwingen uns die Amerikaner, dieses märchenhafte Riesengeschäft an China abzutreten! Merkwürdig, daß hierzulande keinem aufgeht: Eine Regierung, die sich derart von den USA maßregeln läßt, kann gar nicht im Interesse Deutschlands handeln!

"In entscheidenden Fragen sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon."

Und der dritte Akt, auch angezettelt auf Geheiß Amerikas: Abriß der zwei 90 Jahre alten, höchst ruhmreichen Kudamm-Bühnen, die von den zwei großen Juden Max Reinhardt und Oskar Kaufmann aus eigener Tasche finanziert worden sind. So wie Fontane es schriftlich gab: "Die Juden finanzieren uns Deutschen die Kultur, und wir Arier finanzieren den Antisemitismus." Eine Kulturschande, wie Berlin sie bisher allein mit der Bücherverbrennung unter den Nazis erlebt hat, und zweitens mit der Vernichtung des Schlüter-Schlusses durch die SED-Verbrecher. ...

Wollen Sie damit sagen, daß wir in der Bundesrepublik keine legalen Mittel mehr haben, um Opposition und Widerstand zu betreiben?

Rolf Hochhuth: Genau das will ich sagen. Denn in entscheidenden Fragen, nicht in so Nebensächlichem wie Scheidungen oder Steuerhinterziehung oder Bestechung im Sport, sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon. Auf dessen Geheiß schicken wir deutsche Soldaten nach Litauen, 180 Kilometer vor Petersburg - also dorthin, wo wir Deutschen in nur 26 Jahren schon zwei Mal gestiefelt sind!

"Ich habe Frau Wagenknecht gewählt - also zum ersten Mal in meinem sehr langen Leben links."

Wen kann man noch wählen?

Aber wir könnten doch eine andere Regierung wählen, die uns aus der babylonisch-amerikanischen Gefangenschaft führt?

Rolf Hochhuth: Nein, aus der kommt die BRD niemals mehr heraus - genau der Grund, warum ich nicht von Deutschland spreche, sondern von dem 52. US-Bundesstaat, der wir ja in Wahrheit nur noch sind, dank Hitlers Krieg und seiner Ermordung der sechs Millionen!

Dokumentiert ist zum Beispiel die sehr verständliche Ausrede des Schweizers Ackermann, viele Jahre Chef der Deutschen Bank, warum er nicht trotz überbordenden Reichtums der Europäer den Dritte-Welt-Ländern den Schuldenschnitt gewähre: "Weil ich dann ebenso ermordet werde wie Herrhausen!" Der war sein Vorgänger und wurde von den Amerikanern totgemacht - genau deshalb, weil er riskiert hatte, als anständiger Europäer diesen Schuldenschnitt vorzuschlagen.

Wir haben ja in der BRD als maßgebend - alle anderen sind viel zu schwach -, nur noch die Einheitspartei CDU-SPD. Warum? Weil hier sogar unsere Politiker nicht wissen, daß in den

zwei Demokratien England und Amerika die Große Koalition nur im Krieg erlaubt wird! Denn wem Demokratie am Herzen liegt, der weiß, mit der großen Koalition wird diese abgewürgt - jedenfalls wenn sie länger dauert als ein Jahr -, weil der stärkere Partner, bei uns immer die Schwarzen, die Roten mundtot und blöde quatscht.

Wir Deutschen merken es aber deshalb nicht, weil wir im Hinblick auf die sogenannte innere Freiheit immer willenlos-unzurechnungsfähig waren. Natürlich keineswegs, was Freiheit gegenüber Fremden betrifft, sonst hätte es ja unseren höchst ruhmvollen Krieg gegen Napoleon nie gegeben. So ist die SPD mit ihren jammervollen 18 Prozent, wie die letzte Umfrage belegt, keine eigene Partei mehr; sie wurde in der Umarmung der Merkel-Regierung vollständig entmannt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2019 im COMPACT-Spezial Nr. 24 (x346/48): >>Das Sündenregister des BND

_ von *Karel Meissner*

Der Bundesnachrichtendienst steht seit seiner Gründung immer wieder im Zentrum von Skandalen. Nachfolgend sind die bekanntesten Fälle dokumentiert.

Der Fall Vera Brühne

Am 19. April 1960 wurden der BND-Informant Otto Praun und seine Haushälterin ermordet aufgefunden. Verurteilt wurde deswegen 1962 die "Lebedame" Vera Brühne. Am 6. September 1969 enthüllte jedoch die Bild-Zeitung: "Brühne-Mord war Geheimdienst-Arbeit!" Ein Ex-Agent des BND habe eingeräumt, daß er Praun in Begleitung zweier Bundeswehroffiziere besucht und erschossen habe.

Die Guillaume-Affäre

Am 7. Mai 1974 mußte Willy Brandt (SPD) als Regierungschef zurücktreten, nachdem sein Kanzleramtsmitarbeiter Günter Guillaume als Stasi-Spitzel enttarnt worden war. Die Geheimdienstexperten Regine Igel geht davon aus, "daß die westdeutschen Geheimdienste ... schon lange über die Rolle Guillaumes Bescheid wußten, jedoch zögerten, seine Doppelrolle aufzudecken zu lassen, um zum richtigen Zeitpunkt die Wirkung des Rücktritts (von Brandt) zu erzielen".

Der Tod von Uwe Barschel

Am 11. Oktober 1987 wurde der kurz zuvor zurückgetretene schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) tot im Genfer Hotel Beau-Rivage aufgefunden.

Wurde Barschel als Mitwisser geheimer Waffengeschäfte zwischen den USA, Israel und dem Iran (Iran-Contra-Affäre) ermordet? Udo Ulfkotte schrieb in seinem Buch Verschlusssache BND, daß sich nach Angaben eines ranghohen Bonner Beamten in der Todesnacht mindestens ein BND-Mitarbeiter der Abteilung I (Operative Aufklärung) im selben Hotel aufgehalten habe. Der BND dementierte.

Erwiesen ist auf jeden Fall, daß der Privatagent Werner Mauss damals im Nebenhotel des Beau-Rivage wohnte. Dieser bestritt jeden Zusammenhang.

Die Juretzko-Affäre

Der BND-Agent Norbert Juretzko war an der Reaktivierung von Gladio in Deutschland beteiligt. Die Schwierigkeiten für ihn begannen, als er einen Fall von Landesverrat innerhalb des BND aufdeckte - und zwar zugunsten der verbündeten Briten. "Das Doppelspiel mit MI6" (Juretzko) führte zu einem Machtkampf im BND - und zwar zwischen der Gladio-Fraktion um Volker Foertsch und BND-Chef Konrad Porzner, einem Sozialdemokraten, der schließlich zurücktreten mußte. Juretzko packte 2004 in seinem Buch Bedingt dienstbereit aus.

Der Irak-Verrat

Der BND gab Ende 2002 Aussagen des irakischen Überläufers Curveball über angebliche Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins nach Washington weiter, wo sie in die Propaganda der Bush-Regierung einfließen. Obwohl der Informant seine Lügen später eingestand,

blieb er weiter in den Diensten des BND, bekam eine neue Identität und die deutsche Staatsbürgerschaft.

Nach Kriegsbeginn 2003 spielten zudem zwei BND-Agenten in Bagdad eine verheerende Rolle: Sie haben, so ein Bericht der Bundesregierung, "mehr als 130 Meldungen" an die BND-Zentrale geschickt, von denen Pullach "sieben Koordinaten enthaltende Berichte an die US-Seite übermittelte". Dabei handelte es sich um Zielkoordinaten für Luftschläge. Außerdem sollen die beiden Agenten einen geheimen Verteidigungsplan der irakischen Armee an die US-Streitkräfte weitergegeben haben.

Zu dieser Zeit hatte die CIA keine eigenen Leute in Bagdad. Die Kooperation verstieß gegen "eine klare und eindeutige Auftrags- und Weisungslage" der Bundesregierung an den BND, die US-Kriegführung nicht zu unterstützen. Teile des Geheimdienstes hatten diese Direktive jedoch wissentlich ignoriert.

Die Gladio-Fortsetzung

Anfang Februar 2013 wurde nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Heidelberg die sogenannte Verbindungsstelle 61 des BND in Mainz enttarnt, die, so der Spiegel, "selbst innerhalb der Behörde nur wenigen bekannt ist und deren Existenz ... zunächst geleugnet wurde". Laut Insidern habe die Abteilung "die Aufgabe, Kontakt zu ausländischen Streitkräften und zur nahe gelegenen Außenstelle der CIA in Wiesbaden zu halten". Der langjährige Leiter der Verbindungsstelle 61, Joachim von S., stand "unter dem Verdacht der Bildung einer bewaffneten Gruppe und des Verstoßes gegen das Waffengesetz" (Spiegel Online, 8.2.2013). Das riecht nach Gladio - ebenso wie die Einstellung der Ermittlungen.<<

Sonderheft Nr. 49

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 2. März 2022: >>**Nato-Mitgliedschaft: Habeck sieht Deutschland in "dienender Führungsrolle"**

Vizekanzler Robert Habeck (Grüne): "Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle"

WASHINGTON. Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) hat sich für mehr Verantwortung Deutschlands innerhalb der Nato ausgesprochen. Er sehe die Bundesrepublik künftig "in einer dienenden Führungsrolle", sagte der Grünen-Politiker am Dienstag bei einem Besuch in den USA.

"Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle." Von den USA habe er Rücken- deckung für diese Vision. Der Grundstein für eine "dienende Führungsrolle" könnten die Bereitschaft zu höheren Militäraushaben sowie die Waffenlieferungen in die Ukraine legen.

Habeck fordert, Energiewende nicht außer Acht zu lassen

Das Hilfspaket für die Bundeswehr über 100 Milliarden Euro, das Scholz am Sonntag angekündigt hatte, sei richtig. Es müßten aber auch ausreichend Mittel für die Energiewende bereitgestellt werden.

"Aus meiner Sicht sind die Investitionen in die militärischen Kapazitäten und die Investitionen in Energieunabhängigkeit von Rußland zwei Seiten derselben Medaille", führte der Wirtschaftsminister aus. Wenn erneuerbare Energien jetzt "Freiheitsenergien" seien, müsse diese Freiheit auch finanziert werden, sagte er mit Blick auf den Appell von FDP-Chef Christian Lindner zum Ausbau von Windkraft und Co.<<

6. Warum besitzt die deutsche Bundesregierung kein Mitspracherecht bei der Stationierung von US-Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland?

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 16. November 2013: >>**Geheimer Krieg: Deutschland zahlt Millionen für US-Militär**

Wenn die Amerikaner in Deutschland neue Basen bauen, zahlt der Bund drauf. Das kostet die deutschen Steuerzahler Hunderte Millionen Euro. Grund dafür ist ein jahrzehntealtes Ab-

kommen. Die Bundesregierung sieht keinen Änderungsbedarf.

Das US-Militär ist gut versteckt in den fast 3.000 Seiten Bundeshaushalt. Im Einzelplan 12 etwa, dem Budget des Verkehrsministeriums, im Kapitel 12.15, Titel 632.03, unter der Überschrift "Erstattung der den Ländern bei der Erledigung von Bauaufgaben des Bundes entstehenden Kosten".

Unter diesem Etat hat die Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren 598 Millionen Euro Subventionen an die Amerikaner abgerechnet. Doch das sind nicht die einzigen Kosten: Addiert man die Summe der Ausgaben für die US-Streitkräfte im Bundeshaushalt zwischen 2003 und 2012, erhält man etwa eine Milliarde Euro.

Der deutsche Steuerzahler trägt so dazu bei, die amerikanische Militärfrastruktur für den geheimen Krieg aufzubauen. Von US-Basen in Deutschland werden Drohnenangriffe in Afrika koordiniert, die Geheimdienste sind im Land aktiv - und private US-Konzerne helfen ihnen.

Zu den 598 Millionen Euro für Bauten kommen 327 Millionen Euro, mit denen Schäden ausgeglichen wurden, die US-Soldaten angerichtet haben, und Sozialleistungen bezahlt wurden, die von den Amerikanern entlassene Zivilangestellte bekommen. Hinzu kommen Subventionen für den Umzug der amerikanischen Luftwaffe von Frankfurt nach Ramstein und Spangdahlem in Höhe von 70 Millionen Euro sowie Steuer- und Zollvergünstigungen in unbekannter Höhe. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. Mai 2014: >>**Bundesregierung ohne Mitspracherecht: USA modernisieren Atomwaffen**

Die Bundesrepublik hat kein Mitspracherecht bei der Stationierung und Modernisierung von amerikanischen Atomwaffen in Deutschland. Darüber habe es "keine Verhandlungen" gegeben, teilte die Bundesregierung nach Angaben der *Rheinischen Post* auf eine Anfrage der Grünen mit.

Hintergrund ist die Ankündigung der amerikanischen Regierung, ihre Atomwaffen in Deutschland zu modernisieren. Dazu sollen ab 2020 neue Kernwaffen des Typs B61-12 in der Bundesrepublik stationiert werden.

Grünen werfen Bundesregierung Heuchelei vor

Das Bundesverteidigungsministerium verteidigte die Pläne. Diese dienten dazu, "die Sicherheit und Zuverlässigkeit aller von diesem Programm erfaßten Nuklearwaffen auch weiterhin auf höchstem Niveau sicherzustellen und damit die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung zu gewährleisten".

Die Grünen warfen der schwarz-roten Koalition nun ein "doppelzüngiges Spiel in Sachen Atomwaffen" vor. Daß die Bundesregierung weder informiert wurde, noch nachgefragt habe, sei "nicht nur peinlich, sondern auch verantwortungslos", kritisierte die Bundestagsabgeordnete Agnieszka Brugger.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. September 2015: >>**Von Hiroshima zu Euroshima**

Die USA wollen auch auf unserem Kontinent wieder nuklear aufrüsten: Wie in den 1980er Jahren wird die Stationierung von Marschflugkörpern geplant. Um die Bevölkerung darauf einzustimmen, werden die Atombombenabwürfe in Japan von skrupellosen Propagandisten gerechtfertigt.

Es folgen Auszüge aus einem Artikel in COMPACT 9/2015 von Jürgen Elsässer

Vor drei Jahren gab es einen seltsamen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen. Ausgerechnet zum 67. Jahrestag von Hiroshima schrieb Michael Rühle, Abteilungsleiter bei der NATO in Brüssel, eine Wiedergutmachung der Schreckenswaffe, da ihr Einsatz gegen Japan "zur politischen und militärischen Mäßigung in den zwischenstaatlichen Beziehungen beigetragen" habe. Man konnte das als herzlosen Zynismus auf den Gräbern der Toten interpretieren.

In erster Linie aber war der Beitrag gegen die schüchtern vorgetragene Bitte von Außenminister Guido Westerwelle gerichtet gewesen, die US-Amerikaner mögen doch ihre Atomwaffen endlich auch aus Deutschland abziehen. Ghostwriter Rühle und seine Auftraggeber im Pentagon sollten Recht behalten, an der Lagerung von etwa 20 "Nukes" im rheinland-pfälzischen Büchel änderte sich nichts.

Aber mit dem bloßen Erhalt des nuklearen Status Quo ist die Supermacht mittlerweile nicht mehr zufrieden. Seit Beginn des neuen Kalten Krieges gegen Rußland geht es um Aufrüstung, auch mit der schrecklichsten aller Waffen. Am 4. Juni gab die US-Regierung selbst ein vorher geheimes Dossier des Oberkommandierenden Martin Dempsey frei, in welchem von "Überlegungen" zur Stationierung US-Marschflugkörpern mit Nuklearsprengköpfen in Europa berichtet wurde. Einen Tag später beeilte sich der britische Außenminister Philip Hammond, Basen für die neuen US-Systeme auf der Insel anzubieten.

Damit droht ein Rücksturz in die 1980er Jahre, als die Furcht vor einem Euroshima, also einem atomaren Schlagabtausch der Supermächte fernab vom amerikanischen Kontinent, Hunderttausende auf die Straße brachte. ...

Im Wall Street Journal, dem Zentralorgan der US-Finanzoligarchie, hieß es am 3. August unter der Überschrift "Danke Gott für die Atombombe": "Hiroshima und Nagasaki waren nicht nur schreckliche, kriegsbeendende Ereignisse. Sie retteten Menschenleben."

Gemeint waren natürlich die kostbaren Leben US-amerikanischer Soldaten. Daß mehr als 250.000 japanische "Untermenschen" in Asche verwandelt wurden, scheint dem Autor dagegen verschmerzbar und hatte überdies eine heilsame pädagogische Wirkung: "Die Bombe verwandelte das Reich der Sonne in eine Nation von Friedensaktivisten." ...

Hannes Stein legte am 6. August im selben Blatt (Die Welt) nach: "Es war grausam, aber richtig, daß die Amerikaner vor siebzig Jahren die Atombomben über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen haben." Es sei nämlich kein sinnloses Morden gewesen, vielmehr hätte die US-Armee die "Japaner vor sich selbst retten" müssen. Soll das etwa dasselbe heißen wie 100 Jahre zuvor "Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer"?

Was die Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis nimmt: Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen Rußland wird bereits geprobt! Zum Beispiel im Manöver Steadfast Noon im Oktober 2014: Kampfflugzeuge aus sieben NATO-Staaten starteten von der Luftwaffenbasis Ghedi Torre in Norditalien, wo etwa 20 US-Atombomben gebunkert sind. Getestet wurde die sogenannte nukleare Teilhabe: Trägerstaaten aus Staaten wie der Bundesrepublik, die selbst auf Massenvernichtungswaffen verzichtet haben, werden im Ernstfall mit US-Nuklearsprengköpfen bestückt. ...

In einer aktuellen Studie fordert das regierungsnahen Polish Institute for International Affairs einen "radikalen Wechsel im bürokratischen NATO-Herangehen in Bezug auf Atomwaffen". Die NATO solle nicht nur insgeheim den Atomwaffeneinsatz üben - genannt wird die Beteiligung von strategischen B-52-Bombern am Ostsee-Manöver Baltops im Juni 2015 -, sondern das auch offensiv kommunizieren. Um eine "atomare Botschaft" an Moskau zu schicken, sollten in solche Testläufe "so viele Alliierte wie möglich" einbezogen werden.

Parallel will das Pentagon "implizit - wenn auch nicht explizit erklärt - die Fähigkeit von US-Atomwaffen verbessern, militärische Ziele auf russischem Territorium zu zerstören" (AP, 4.6.2015). Genau dazu dürften die neuen Cruise Missiles in Europa dienen. Man bedenke: Es geht hier um "pre-emptive strikes", also um "vorbeugende Schläge", noch bevor Rußland NATO-Territorium attackiert hat, also um einen Angriffskrieg mit Atomwaffen! Aber das paßt ja zur Aussage von General Joseph Dunford, ab September 2015 Nachfolger von Dempsey im US-Oberkommando, der die "Atommacht Rußland ... für gefährlicher als die Terrormiliz Islamischer Staat hält". (Focus, 15.7.2015) ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. September 2015: >>US-Regierung will Atomwaffen in Deutschland aufrüsten

Die Vereinigten Staaten planen eine Modernisierung ihres Atomwaffenbestandes in Deutschland. Auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz würde in diesen Tagen mit den Vorbereitungen für die Stationierung neuartiger, taktischer Nuklearwaffen begonnen, berichtete das ZDF unter Berufung auf amerikanische Haushaltspläne.

Sicherheitsexperten bestätigen, daß die Atomwaffen vom Typ B 61-12 wesentlich zielgenauer seien als die alten Bestände. Kritiker vom "Nuclear Information Projects" in Washington befürchten, daß die Grenzen zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen nicht mehr klar gezogen werden könnten. Dadurch werde ihr Einsatz wahrscheinlicher.

Rußland verurteilt deutsche Beteiligung

Rußland kritisierte die Stationierung der Waffen in Deutschland als Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag. "Uns beunruhigt, daß Staaten, die eigentlich keine Atomwaffen besitzen, den Einsatz dieser Waffen üben, und zwar im Rahmen der NATO-Praxis der Nuklearen Teilhabe", sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber "Frontal 21". Dies sei eine Verletzung des Atomwaffensperrvertrages.

Deutschland ist über das Konzept der "nuklearen Teilhabe" in die Abschreckungspolitik der Nato eingebunden. Das bedeutet, daß Staaten ohne eigene Atomwaffen in die entsprechenden Gremien eingebunden sind und über den Einsatz der Waffen mitberaten und mitentscheiden. Darüber hinaus müssen die Teilhabestaaten Flugzeuge zum Einsatz der Waffen bereithalten. Auf die Zündcodes haben jedoch ausschließlich die Vereinigten Staaten Zugriff.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Oktober 2015: >>Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper

Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist.

Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>Bundesregierung ahnungslos

Rätsel um Drohnen-Relaisstation in Ramstein weiter ungelöst

Die Bundesregierung hat noch immer keine Ahnung, ob die USA von deutschem Boden aus ihren Drohnenkrieg führen. Das ist die Quintessenz der Aussage von Außenminister Frank-Walter Steinmeier vor dem NSA-Untersuchungsausschuß. Trotz intensiver Gespräche mit der US-Regierung habe man "bisher keine abschließende Antwort" auf die Frage erhalten, ob der US-Luftwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein dafür als Relaisstation dient, so Steinmeier. Er sehe aber keinen Anlaß, den Angaben von US-Präsident Barack Obama zu mißtrauen, von deutschem Boden aus würden Drohnen weder gestartet noch gesteuert.

Obamas Angaben sind indes durch die Aussage des ehemaligen US-Drohnenpiloten Brandon Bryant erschüttert, der dem Ausschuß berichtet hatte, daß allein die Relaisstation in Ramstein den Einsatz über Afrika wie über dem Mittleren Osten überhaupt erst ermögliche.

Der Verdacht, Deutschland könnte in den Drohnenkrieg verwickelt sein, bezieht sich auch auf das US-Zentralkommando für Afrika (Africom) in Stuttgart. Es wird vermutet, daß die Flüge von dort aus befehligt werden. Laut Steinmeier allerdings muß mit Obamas Antwort auch der Verdacht gegen Africom als ausgeräumt gelten. Dessen Ansiedlung im Jahre 2007 hält er für richtig, weil damit die US-Präsenz in Deutschland gestärkt worden sei. Zum anderen hätten die USA damit ihr fortdauerndes Interesse am afrikanischen Kontinent bekräftigt. Welchen Nutzen Deutschland davon konkret hat, sagte Steinmeier nicht.

Weiter betonte der Außenminister, Deutschland, das selbst an Militäreinsätzen beteiligt sei, habe keinen Anlaß, "über die Amerikaner zu Gericht" zu sitzen. Vielmehr habe es "ein herausragendes Interesse, mit den Amerikanern gemeinsam Politik zu machen für die Beruhigung von Konflikten, die uns im Augenblick vor Augen liegen, und die keinen Aufschub dulden". Dies sei wichtiger "als alle Irritationen". Was wohl heißen soll, daß die Bundesregierung das Drohnen-Thema zu den Akten gelegt hat. J.H.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/38,41): >>>**Occupy Germany? Schon passiert!**

_ von *Martin Müller-Mertens*

Knapp 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hat die US-Armee immer noch umfassende Vorrechte in Deutschland. Nirgendwo im Ausland haben die Vereinigten Staaten mehr Soldaten stationiert als bei uns. In ihren Stützpunkten sind auch Niederlassungen der Schnüffelagentur NSA. ...

Atomwaffen in Deutschland

Die USA lagern einen Teil ihrer einsatzbereiten Atomwaffen auch heute noch vorgeschoben in Europa. Nach Schätzungen von Experten handelt es sich um 150 bis 200 nukleare Bomben der Typen B61-3 und B61-4. Ein hoher Beamter des US-Verteidigungsministeriums sagte 2009 bei der NATO, es gehe um etwa 180 Waffen. Diese Atombomben sind für Aufgaben im Rahmen der NATO vorgesehen und können von Jagdbombern der USA sowie einiger europäischer Länder eingesetzt werden, die sich an der nuklearen Teilhabe der NATO beteiligen.

...

Für die Wartung und den Zugang zu den Atomwaffen sind an allen Standorten der europäischen Luftwaffen, die sich an der technisch-nuklearen Teilhabe beteiligen - also in Büchel (Rheinland-Pfalz), Kleine-Brogel (Belgien), Volkel (Niederlande) und Ghedi (Italien) - jeweils 130 bis 140 US-Spezialisten zuständig. Sie tun in speziellen Einheiten Dienst, den Munitions Support Squadron (701-704 MUNSS). Die vier Squadrons unterstehen der 38. Munitions Maintenance Group (MMG) in Spangdahlem, die ihrerseits Teil der 38. Combat Support Wing in Sembach/Ramstein ist.

Die insgesamt rund 550 Soldaten sind auch dafür zuständig, daß nie ein einzelner Soldat oder gar ein Europäer ohne Begleitung durch US-Soldaten Zugang zu einer Atomwaffe bekommt. (Quelle: Berlin Information-Center for Transatlantic Security - bits.de)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/43,45): >>>**Raubtiere aus Ramstein**

_ von *Jürgen Elsässer*

So wird die Bananenrepublik zum Mordgehilfen: Von ihrem Pfälzer Truppenstützpunkt aus dirigieren die US-Amerikaner tödliche Drohnenangriffe auf der ganzen Welt. Die Bundesregierung schaut weg - und zahlt.

Der Eiserne Kanzler wacht noch über das Gebiet, aber er kann die Besatzer nicht mehr stoppen: Westlich von Kaiserslautern ragt der Bismarckturm, 19 Meter hoch, aus einem kleinen Waldstück heraus. Die Spitze der von innen begehbaren Sandsteinsäule ist der einzige Punkt, von dem aus man, ohne von der Militärpolizei festgenommen zu werden, eine knapp fünf Kilometer entfernte Siedlung observieren kann: die Air Base Ramstein, mit 35.000 Soldaten und

6.000 Zivilisten der personalstärkste US-Stützpunkt außerhalb der USA.

Auf den ersten Blick wirkt das Riesenareal mit Einkaufszentrum, Hotel und vielen Bäumen recht friedlich. Doch die Idylle trügt: Mit dem Feldstecher erkennt man zwei Start- und Landebahnen, auch Flugzeughangars. ...

Empörend ist, daß der deutsche Staat den US-Militärstützpunkt auch noch mit unseren Steuergeldern unterstützt. Mehrere Landesregierungen und der Bund haben seit 1999 über 170 Millionen Euro zum Aus- und Umbau von Einrichtungen in Ramstein beigesteuert, erfuhren Goetz und Fuchs von den zuständigen Ministerien.

So finanziert die Bundesregierung die Unterhöhlung des deutschen Rechtsstaates. Im NATO-Truppenstatut, das die juristische Grundlage für ausländische Soldaten in der Bundesrepublik ist, heißt es nämlich in Artikel 11 eindeutig, die verbündeten Streitkräfte hätten "das Recht des Aufnahmestaates zu achten". Die Todesstrafe ist in Deutschland verboten - zumal, wenn sie ohne vorherigen Gerichtsprozeß durch Mordmaschinen vollzogen wird.

Und Merkel und ihr Kabinett können sich auch nicht damit herausreden, daß auf den Stützpunkten US-amerikanische Gesetze gälten. Selbst Der Spiegel stellte dazu fest: "Zwar hat der Bund den USA per Vertrag die Nutzung der Liegenschaften zugesichert - allerdings mit der Auflage, daß sie auf dem mit Stacheldraht gesicherten Areal nichts unternehmen, was gegen deutsches Recht verstößt."

Im Oktober 2014 reichte der jemenitische Staatsbürger Faisal bin Ali Jaber eine Klage gegen die Bundesregierung ein, weil sein Schwager, ein gemäßigter Imam, der in seinen Predigten al-Qaida verurteilt hatte, und sein Neffe bei einer Drohnen-Attacke getötet worden waren. "Wenn es die Station auf der Air Base Ramstein in Deutschland nicht gäbe, würden Männer wie mein Schwager und mein Neffe heute noch leben. Es ist doch ganz einfach: Ohne deutsche Unterstützung würden die US-Drohnen nicht fliegen."<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 18. Juni 2020 2021 (x1.062): >>**Der Tod vor unserer Haustür**

Die Airbase Ramstein hilft mit, den Terror in der Welt anzuheizen - die deutsche Bevölkerung ist darüber zu wenig informiert.

von *Angela Mahr*

Von Ramstein aus geschehen Drohnenmorde, also Tötungen aus unbemannten Flugzeugen ohne rechtliche Grundlage. Über Ramstein wird daher Völkerrecht gebrochen. Obwohl es zu diesem brisanten Thema gute Dokumentarfilme gibt, herrscht in der Bevölkerung weitgehend Unwissenheit. Nicht nur die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender beschweigen Ramstein, auch die Bürger sind kaum darüber informiert, daß von deutschem Boden aus wieder skrupellos getötet wird. Warum ist das so, und wie können wir das ändern? Dieser Text entstand auf der Grundlage einer kurzen Rede der Autorin anlässlich der "Kündigt Ramstein Air Base Jetzt" am 30. Mai 2020 vor dem Brandenburger Tor.

Ramstein ist bis heute ein Tabuthema

Rammstein ist eine Metal Band. Ramstein-Miesenbach ist eine rheinland-pfälzische Stadt im Landkreis Kaiserslautern. Aber Ramstein ist auch der größte US-Militärstützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten. - Wer alles weiß das? Bis heute sind das wenige Menschen in Deutschland.

Mehr als 8.000 US-Soldaten sind auf der Air Base tätig. Insgesamt leben etwa 52.000 US-Amerikaner rund um den Stützpunkt (Stand: September 2013). Über die Air Base Ramstein werden über 90 Prozent der Personen- und Frachttransporte der US-Streitkräfte in den Mittleren Osten und nach Afrika abgewickelt. Es handelt sich um ein 1.400 Hektar großes Gelände, betrieben von der United States Air Force, mit eigenen Shoppingmalls, Bars und Bowlingbahnen. Die Ramstein Air Base ist der größte Militärflugplatz der USA außerhalb der Vereinigten Staaten.

Von Ramstein aus geschehen Drohnenmorde, also Tötungen aus unbemannten Flugzeugen ohne rechtliche Grundlage. Über Ramstein wird daher Völkerrecht gebrochen.

Als Filmemacherin war ich viel in Asien unterwegs. Immer war es mir ein tiefes inneres Anliegen, daß verschiedene Kulturen voneinander lernen. Dazu aber brauchen wir Frieden! Und wir brauchen die Möglichkeit, über andere Länder neutral zu berichten. Haben wir diese Möglichkeit überhaupt? Und wie präsent ist der Drohnenkrieg in unseren Medien?

Den Drohnenkrieg gibt es seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Die Grundlage für diese Kriegsführung - also die Rechtfertigung dafür, daß wir mit Drohnen Menschen töten - ist der sogenannte Krieg gegen den Terror. Drohnenmorde geschehen oft auf Verdacht. Manchmal genügt das Aussehen der Opfer für ein Todesurteil.

Man muß sich das so vorstellen: Oft sind es sehr junge Operator aus Militär und Geheimdienst, die vor einem Bildschirm sitzen, etwas aus der Vogelperspektive sehen, und dann in etwa so kommunizieren:

"Sind das Kinder oder Jugendliche? Sind sie in wehrfähigem Alter? Sind die 12 oder 15?"

In den USA sind solche Abteilungen der Air Force manchmal unterbesetzt, weil zu wenig Leute diese Jobs machen wollen. Es kann, auch wenn die ausführenden Soldaten nicht vor Ort im Kampfgeschehen sind, für sie zu posttraumatischen Belastungsstörungen und schweren psychischen Problemen führen.

Der Mythos, die Drohnen träfen nur eindeutig identifizierte Terroristen und dies präzise, ist also falsch. Es sterben dabei viele Zivilisten, auch Kinder und ganze Hochzeitsgesellschaften. Technisch ist der Drohnenkrieg nur möglich durch die Satellitenrelaisstation in Ramstein, welche die Steuerung der Drohnen vor Ort ermöglicht. Die USA sind dafür schlichtweg zu weit weg.

Wie nennt man das Töten von Menschen ohne Prozeß und Urteil, und wie nennt man das Töten von unschuldigen Zivilisten aus politischen Gründen? Man nennt das Terror! Wie soll Terror durch Terror verschwinden?

Der Whistleblower Brandon Bryant ist ein ehemaliger Drohnenpilot. Nach eigenen Angaben hat er mehr als 1.600 Menschen getötet. Ihm wurde schlecht, als er sich diese Zahl bewußt gemacht hat. Er gab mehrere Interviews und machte bekannt, was in Ramstein geschieht.

Eigentlich ist das doch unvorstellbar: Wir sind hier in Deutschland friedliebende Menschen. Wir wollen keinen Krieg. Wenn jemand in unserem Land etwas Kriminelles tut, bekommt er einen Prozeß, und bei uns gibt es keine Todesstrafe. Aber wir sind durch Ramstein an den Drohnenmorden beteiligt! Was geschieht da in unseren Köpfen?

Kopfkino vom Krieg gegen den Terror

In unseren Köpfen läuft das Narrativ vom Krieg gegen den Terror. Aber wer von uns war in Afghanistan, in Pakistan oder im Jemen? Wir kennen die Menschen dort gar nicht! Dennoch glauben wir, daß es dort Terroristen gibt, die den Weltfrieden gefährden. Und wir glauben, wir hätten das Recht, diese Menschen umzubringen. Warum? Weil es immer und immer wieder in den Medien erzählt wird.

Diese Rahmenerzählung ist auch in den Köpfen der Soldaten, die die Drohnen steuern. Brandon Bryant sagt, er dachte damals, "das sind schlechte Menschen, und wir tun gut daran, sie loszuwerden". Allein das Wort Terrorist gibt also einen Menschen zum Abschuß frei? Wollen wir wirklich Teil von diesem System sein?

Jedes unschuldige Drohnenopfer verschärft zudem die Entwicklung von Wut, Haß und die Bereitschaft zur Radikalisierung. Terror erzeugt Terror.

Die Bedeutung der US-Basis Ramstein für den Drohnenkrieg ist seit 2013 bekannt. Was bekommen wir seither zu sehen?

Betrachtung der Filmlandschaft in Schlaglichtern

2014 erklärte Brandon Bryant in einem sehr guten Dokumentarfilm des ARD-Magazins "Pan-

orama" ausführlich, daß der Drohnenkrieg ohne Ramstein gar nicht funktionieren würde. Liebe Kollegen von der ARD: Danke dafür!

Im Jahr darauf brachte das ZDF die Doku "Tod aus der Luft", einen guten, sehr kritischen Film über den Drohnenkrieg. Die schrecklichen Folgen werden im Film dargestellt. Die Rolle von Ramstein - und damit von Deutschland - wird leider nur in einem kurzen Satz erklärt, in insgesamt einer Dreiviertelstunde Filmlänge. Dazu werden in einer Landkarte die Zielorte eingeblendet, Ramstein selbst aber nicht. Wer kaum Vorwissen dazu hat, wird den einen Satz vermutlich nicht verarbeiten können.

Und wie ist es heute? Jedes Jahr protestieren mehrere Tausend Menschen friedlich in Ramstein, aber es wird fast nichts darüber im Fernsehen berichtet.

Kabel eins sendete im Jahr 2017 den Film "Little USA". Es ist ein fröhlicher Film über den Alltag eines jungen US-Soldaten, der beim Bowlen, beim Shoppen und beim Verladen von Frachten gezeigt wird. Der Drohnenkrieg wird darin gar nicht erwähnt.

Der Kinofilm "National Bird", 2017 vom NDR mitproduziert, ist sehr gut, wirklich empfehlenswert. Die Filmemacher dieser deutsch-amerikanischen Koproduktion begleiten US-Whistleblower, die aus dem Drohnenprogramm ausgeschieden sind. Leider wird im Film nicht erklärt, daß der Drohnenkrieg via Ramstein läuft.

Für Arte sprach Maik Meuser mit Brandon Bryant über Ramstein. Das Video dazu ist leider nicht auffindbar. In der Arte-Mediathek heißt es unter der kurzen Notiz lediglich: "Kein Video verfügbar".

Die amerikanische Doku "Rise of the Drones" von 2013 sendete Arte unter dem deutschen Titel "Drohnen - Von der Waffe zur Überwachung". Im Abspann wird der US Air Force, der US Army, und der US Navy gedankt. Der Film handelt hauptsächlich von Technik. In den 52 Minuten wird die Kritik am Drohnenprogramm in aufgeregten vier Minuten abgehandelt und im Anschluß daran durch ruhige, souverän wirkende Interviewpartner wieder relativiert. Nach meinem Empfinden handelt es sich überwiegend um einen Werbefilm für militärische Drohnen. Im Kommentar des Films heißt es zum Thema Afghanistan im Oktober 2001:

"Seit diesem ersten Einsatz haben Drohnen sich als so effektiv erwiesen, daß die Air Force jetzt mehr Piloten dafür ausbildet als für bemannte Flugzeuge".

Trägt das zur Völkerverständigung bei? Ramstein wird im Film gar nicht erwähnt.

Zusammengefaßt bedeutet das: Uns fehlen die Zusammenhänge! Wenn es um Ramstein geht, fehlen die Drohnen. Wenn es um Drohnen geht, dann fehlt Ramstein. In beiden Fällen fehlt der Bezug zum 11. September. Und wenn es um 9/11 geht, dann fehlt Ramstein, es fehlen die Drohnen, und es fehlt das dritte Gebäude, das an diesem Tag einstürzte: Es heißt WTC7 - und da ist kein Flugzeug hineingeflogen.

Wie soll man sich da zurechtfinden?

Wer sich überrascht oder erschlagen fühlt von Zusammenhängen, die er oder sie nicht kannte, darf sich da nichts vorwerfen. Wenn wir immer das konsumieren, was aktuell geschrieben und gesendet wird, kommen wir ins Schleudern. Es ist viel zu viel - und man erfährt über Ramstein so gut wie gar nichts.

Deshalb ist meine Empfehlung, sich gezielt zu informieren. Am besten informieren wir uns in verschiedenen Medien - in den etablierten und in den sogenannten alternativen -, allerdings gezielt zu Themen und zu bestimmten Fragestellungen. Darüber hinaus ist es wichtig geworden, sich themenbezogen durch Experten, Whistleblower und Autoren zu informieren, die unabhängig veröffentlichen. Viele von ihnen geben Interviews und schreiben Bücher, manche halten Vorträge oder haben einen eigenen YouTube-Kanal.

Dieses Vorgehen ist zu allen wichtigen Themen möglich, sei es zu den Themen Frieden, Wirtschaft, Umwelt, soziale Gerechtigkeit und auch zum Thema Corona.

Wir sollten auch mehr und mehr selbst entscheiden, wie wichtig uns welches Thema ist und

unseren Medienkonsum entsprechend selbst dosieren. Warum sollte jemand anderes als wir selbst darüber bestimmen, was wirklich wichtig ist?

Ebenso führt die einseitige Konzentration auf Aktualität meiner Meinung nach in die Irre. Viel zu oft wurden schon viel zu lange viel zu verlogene Geschichten erzählt und aufgrund der angeblichen Aktualität bis ins Detail vom Leser oder Zuschauer verinnerlicht. Die angeblichen Massenvernichtungswaffen des Irak 2003 sind vielleicht das bekannteste Beispiel dafür.

Viel effektiver ist es doch, gezielt nach Fragestellungen vorzugehen. So findet man auch, das ist meine Erfahrung, in den NATO-nahen Medien noch die interessantesten und kritischsten Artikel, etwa mit Google News. Es gibt ja fast überall ehrliche und mutige Journalisten. Ihre Geschichten landen dann nur meistens nicht auf den Titelseiten.

Eine aktuelle Entwicklung stimmt mich optimistisch: US-Präsident Donald Trump plant offenbar den Abzug von mehreren Tausend US-Soldaten aus Deutschland. Der SWR bezieht sich hierzu auf das Wall Street Journal und auf Infos aus Regierungskreisen der USA. Demzufolge würden 9.500 der derzeit in Deutschland dauerhaft stationierten 34.500 US-Militärs bis September 2020 abgezogen.

Zum Abschluß noch mein Appell an meine Kolleginnen und Kollegen, an alle Journalisten: Wir leben heute in turbulenten und auch revolutionären Zeiten. Auch heute gibt es mutige Menschen, die das Zeitgeschehen kritisch hinterfragen. Laßt sie bitte zu Wort kommen so wie damals Brandon Bryant.

Gebt eure Bedeutung für unsere freie Meinungsbildung, für unsere Demokratie nicht einfach auf!

Liebe Journalisten, ich weiß nicht, ob euch das klar ist: Die Macht liegt nicht unbedingt immer da, wo die größten Waffen sind. Sehr viel Macht liegt bei euch. Die Macht liegt in jedem einzelnen von uns.

Bitte vereinbart eure Macht mit eurem Gewissen. Wir alle leben nicht ewig. Am Ende vom Tag können wir nichts mitnehmen, außer dem Ausmaß an Wahrheit und Liebe, das wir gelebt haben.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 49 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Dieses Sonderheft ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches, Seite 79.

x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.</u> Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge.</u> Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung.</u> Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x027	Thorwald, Jürgen: DIE GROSSE FLUCHT. München/Zürich 1979.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen.</u> Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x030	Wistrich, Robert: <u>Wer war wer im Dritten Reich?</u> Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Das III. Reich 1933-1939.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.

x033	Overesch, Manfred: <u>Das III. Reich 1939-1945</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung</u> . Bonn 1992.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege"</u> . Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: <u>DAS DRITTE REICH</u> (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x049	Holmsten, Georg: <u>Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland</u> . Bindlach 1989.
x050	Ruhl, Klaus-Jörg: <u>Brauner Alltag 1933-1939 in Deutschland</u> . Bindlach 1990.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches</u> . München 1985.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 3</u> . Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: <u>Deutsche Geschichte</u> . Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4</u> . Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV</u> . Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte</u> . Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x076	Andreae, Hugo: <u>Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen</u> . Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: <u>Deutsche Geschichte im Bild</u> . Frankfurt/Main 1991.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x106	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland</u> . Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.

x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: <u>Stalins Lager in Deutschland 1945-1950</u> . 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2</u> . 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II</u> . Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Forum für Kultur und Politik</u> . Heft 16. Bonn 1996.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Forum für Kultur und Politik</u> . Heft 14. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Erklärungen zur Deutschlandpolitik</u> . Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x172	Baker, Nicholson: <u>Menschenrauch</u> . Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert</u> . Dortmund 1997.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6</u> . In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4</u> . Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x264	Gosztony, Peter: <u>Stalins fremde Heere</u> . Das Schicksal der nichtsowjetischen Truppen im Rahmen der Roten Armee 1941-1945. Bonn 1991.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand</u> . Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten - verkauft - verloren</u> . Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte</u> . Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x346	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Tiefer Staat</u> . Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 24. Werder (Havel) 2019.
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 3. Teil</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.

Internet

x800	Bracht, Hans Werner: http://www.deutscherosten.de/BRACHT.htm - 19.04.2011.
x857	http://rsv.daten-web.de/Germanien/Die_BRD_ist_kein_Staat_Abhandlung_Prof_Sojka.html - Oktober 2015.
x866	http://horst-koch.de/welche_energietechnik_ist_den_deutschen_erlaubt/ - Januar 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ - September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x888	http://www.deutsches-reich-heute.de/html/index2.php?http://www.deutsches-reich-heute.de/html/gesetze/ueberleitung.htm - Dezember 2016
x890	https://www.bundestag.de/gg - Januar 2018
x936	https://www.magazin2000plus.de/index.php/magazine/extra/extra-11-detail - Juli 2019
x1.049	https://www.kla.tv - Februar 2022
x1.062	https://www.rubikon.news/rubrik/2/artikel/der-tod-vor-unserer-haustur - Januar 2022
x1.064	https://www.rubikon.news/rubrik/2/artikel/deutschland-ein-besetztes-land - Januar 2022